



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode: 1983/84

03.09.1987 - Sitzung Nr. 83

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

83. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. September 1987

Inhalt

<p>Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 5079</p> <p>Maßnahmen zur Verhinderung von Massenentlassungen und Firmenzusammenbrüchen im Fischereihafen von Bremerhaven Antrag der Fraktion der CDU vom 1. September 1987 (Drucksache 11/1019)</p> <p>Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung, zur Unterstützung von Unternehmen, zur Marktstabilisierung und Qualitätsförderung in der Fischwirtschaft Antrag der Fraktion der SPD vom 2. September 1987 (Drucksache 11/1023)</p> <p>Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung, zur Unterstützung von Unternehmen, zur Marktstabilisierung und Qualitätsförderung in der Fischwirtschaft Antrag (Entschliebung) der Fraktion der GRÜNEN vom 3. September 1987 (Drucksache 11/1024)</p> <p>Abg. Wilhelms (CDU) 5079 Abg. Tiedemann (SPD) 5080 Abg. Bischoff (GRÜNE) 5081 Abg. Polley (REP) 5082 Abg. Wilhelms (CDU) 5083 Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten 5083 Abstimmung 5083</p>	<p>Bilanz der Arbeit des Senats in der 11. Legislaturperiode (1983—1987) Antrag (Entschliebung) der Fraktion der CDU vom 18. August 1987 (Drucksache 11/1007)</p> <p>Abg. Neumann (CDU) 5084 Abg. Kunick (SPD) 5089 Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE) 5096 Abg. Oeing (REP) 5099 Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten 5102 Abg. Klein (CDU) 5109 Abg. Fücks (GRÜNE) 5111 Abstimmung 5113</p> <p>Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (Einsetzung von Untersuchungsausschüssen) Antrag des nichtständigen Ausschusses „Änderung der Landesverfassung — Untersuchungsausschüsse“ vom 26. Mai 1987 (Drucksache 11/961) 3. Lesung 5114</p> <p>Bericht des Petitionsausschusses Nr. 68 vom 17. August 1987 (Drucksache 11/1005) 5114</p> <p>Bericht des Petitionsausschusses über seine Tätigkeit während der 11. Wahlperiode vom 18. August 1987 (Drucksache 11/1006) 5115 Abg. Neumann (CDU) 5118 Abg. Thape (SPD) 5120</p>
--	--

E n t s c h u l d i g t fehlen die Abgeordneten Jackisch, Frau Tuzcek.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident v. d. Schulenburg

Schriftführer Sixt

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats und
Senator für kirchliche Angelegenheiten

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug
und für Bundesangelegenheiten **Kahrs** (SPD)

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

Senator für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Inneres **Kröning** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Lenz** (SPD)

Senator für Umweltschutz und für Arbeit Frau **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Euler** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Fuchs** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.46 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 83. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse vom Schulzentrum Carl-Goerdeler-Straße, eine Klasse vom Schulzentrum Koblenzer Straße, eine Klasse der Berufsbildenden Schule in Osterholz-Scharmbeck und eine Klasse vom Schulzentrum Walle. Ich hoffe, daß alle Klassen schon da sind.

Ich begrüße die Zuhörer recht herzlich in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung, zur Unterstützung von Unternehmen, zur Marktstabilisierung und Qualitätsförderung in der Fischwirtschaft, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vom 2. September 1987, Drucksache 11/1023.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die dringliche Behandlung des Antrags herbeiführen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

(B) Dann frage ich: Wer mit einer dringlichen Behandlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß ich den Antrag gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 11/1019, zur Verhandlung stelle.

Besteht darüber Einverständnis?

Das ist der Fall. Dann wird auch hier so verfahren.

Meine Damen und Herren, soeben ist von der Fraktion der GRÜNEN ein Entschließungsantrag eingebracht worden, der unter dem gleichen Betreff wie der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 11/1024 steht. Er wird dann in die Beratung mit einbezogen. Er gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 2 der Geschäftsordnung als dringlich. Wir werden ihn ebenfalls mit den soeben genannten Tagesordnungspunkten verbinden.

Auch hier besteht Einverständnis.

Weitere Eingänge liegen nicht vor.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, daß die Fraktion der CDU darum gebeten hat, heute die Wahl eines Mitglieds des Rundfunkausschusses von der Tagesordnung abzusetzen.

Für die heutige Landtagssitzung bleiben danach entsprechend dem gestrigen Beschluß noch folgende Tagesordnungspunkte übrig: die Anträge über die Situation der Fischwirtschaft sowie Tagesordnungspunkt 33, Bilanz der Senatsarbeit. Ohne Debatte kommen dann noch der Tagesordnungspunkt 32 — Landesverfassung —, der Tagesordnungspunkt 43 — Petitionsausschußbericht — und der Tagesordnungspunkt 44 — Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses — hinzu.

Wir wollen heute mit der Situation in der Fischwirtschaft beginnen. Wir haben uns gestern vorgenommen, daß wir diesen Fragenkomplex mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten pro Fraktion abhandeln wollen, so daß sich dann jeweils die Redezeit für den Tagesordnungspunkt 33 um fünf Minuten pro Fraktion verkürzen würde.

Auch darüber besteht Einverständnis.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Maßnahmen zur Verhinderung von Massenentlassungen und Firmenzusammenbrüchen im Fischereihafen von Bremerhaven

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. September 1987
(Drucksache 11/1019)

Wir verbinden hiermit:

Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung, zur Unterstützung von Unternehmen, zur Marktstabilisierung und Qualitätsförderung in der Fischwirtschaft

Antrag der Fraktion der SPD
vom 2. September 1987
(Drucksache 11/1023)

Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung, zur Unterstützung von Unternehmen, zur Marktstabilisierung und Qualitätsförderung in der Fischwirtschaft

Antrag (Entschließung) der Fraktion der GRÜNEN
vom 3. September 1987
(Drucksache 11/1024)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegen uns drei Anträge vor. Der Antrag von der SPD-Fraktion ist mehr oder weniger bekannt, weil er das enthält, was in den zuständigen Deputationen bereits einmütig beschlossen worden ist. Das das Ganze hier noch einmal als Lobhudelei des Senats gefeiert werden muß, wird unserer Meinung nach zwar nicht der ernstesten Lage der Fischwirtschaft in Bremerhaven gerecht, aber wir werden dem Antrag wie in den Deputationen zustimmen.

(C)

(D)

- (A) Es liegt ferner ein Antrag der GRÜNEN vor, der im wesentlichen das enthält, was auch die CDU zum Erhalt der Firmen und der Arbeitsplätze im Fischereihafen von Bremerhaven mit besonderem Schwergewicht auf Forschung und Verbraucherschutz fordert. Das ist eine der Voraussetzungen, damit sich überhaupt eine Werbekampagne lohnt. Wenn wir nicht das Vertrauen der Verbraucher in den Fisch und damit eine Qualitätsverbesserung und eine bessere Forschung erzielen, dann nützen auch eine Werbemaßnahme und sonstige Aktionen nichts.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grunde werden wir auch diesem Antrag zustimmen.

Es wäre gut, ich zitiere den Stadtverordnetenvorsteher Tallert — SPD —, der gestern die Stadtverordneten ermahnt hat, heute in der „Nordsee-Zeitung“ nachzulesen, doch wenigstens aus der Fischereikrise kein Wahlkampfthema zu machen und die Anträge einmütig zu verabschieden.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Damit war Stindl gemeint, haben Sie das nicht gemerkt?)

Ich kann ja verstehen, Herr Beckmeyer, daß Sie da unruhig werden. Er hat alle gemeint.

(Unruhe — Glocke)

- (B) Die CDU wird aus diesem Grunde sowohl dem Antrag der SPD als auch dem der GRÜNEN, als auch ihrem eigenen zustimmen und appelliert an Sie alle, das gleiche zu tun.

Meine Damen und Herren, nun hören Sie bitte gut zu! Ich möchte meine Rede mit einem Zitat aus der heutigen „Nordsee-Zeitung“ beenden: „Niedersachsen muß Seestadt unterstützen! SPD-Fraktion für Verlängerung der Sofortmaßnahmen!“

(Abg. Beckmeyer [SPD]: In Niedersachsen!)

Das entspricht unserem Antrag. Ich zitiere weiter: „Um Firmenzusammenbrüche und Massenentlassungen im Fischereihafen abzuwenden, müssen die gestern auch von der niedersächsischen Landesregierung verkündeten Sofortmaßnahmen über den beabsichtigten Zeitraum von drei Monaten ausgedehnt werden.“

Zu dieser Überzeugung kam gestern eine Delegation der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nach einem Informationsgespräch mit Unternehmern aus dem Fischereihafen. Landtagsabgeordnete Edda Goede: ‚Wir müssen in Hannover deutlich machen, wie viele niedersächsische Arbeitsplätze vom Fischereistandort Bremerhaven abhängen.‘ Diese Erkenntnis haben sie wohl nach einem Besuch bei der Fischereihafenbetriebsgesellschaft in Gesprächen mit dem FBG-Direktor Meiners, ebenfalls ihr Parteifreund, und anderen gewonnen.“

In diesem Fall ist also die Landkreis-SPD mit der bremischen CDU einig. Es wäre gut, wenn die Bremerhavener SPD und die bremische SPD sich dem anschließen könnten. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. Tiedemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch der Meinung, daß dieses Thema viel zu ernst ist, als es auf diese Weise, sage ich einmal, für billige Wahlkampfmanöver zu mißbrauchen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in der Tat ist es so, daß der Senator für Wirtschaft und Außenhandel nach Vorgesprächen, die mit der Fischwirtschaft stattgefunden haben, zeitweise habe ich an solchen Vorgesprächen teilgenommen, diese Vorlage für die Fischereihafendeputation und für die Wirtschaftsdeputation angefertigt hat. Die CDU in der Fischereihafendeputation, vertreten durch Herrn Wilhelms, ich wiederhole das hier noch einmal ganz deutlich, hat in dieser Deputation zu dem Beschlußvorschlag des Senators nicht einen einzigen Antrag vorgelegt. Herr Wilhelms hat nur auf sein Schreiben verwiesen, das er einige Tage vorher dem Häfensensor zugeleitet hatte. Auf dieses Schreiben verwies er auch in der Wirtschaftsdeputation. Anträge hat er aber nicht gestellt.

Meine Fraktion, meine Damen und Herren, hat in der Fischereihafendeputation, wie ich meine, zwei sehr wichtige Anträge gestellt. Der von Herrn Wilhelms eingebrachte Antrag enthält in einem Punkt eine Forderung in Richtung Bremen — es geht um die Werbemaßnahmen des Fischwirtschaftlichen Marketing-Instituts —, nur, das war der falsche Adressat. Wie Niedersachsen war auch der Senator für Wirtschaft und Außenhandel völlig zu Recht der Meinung, daß entsprechende Anträge an die Bundesregierung zu richten seien.

Die Richtigkeit der von den Deputationen beschlossenen Sofortmaßnahmen wird darin deutlich, daß die niedersächsische Landesregierung mittlerweile ihre Absicht bekundet hat, die Maßnahmen, die das Bundesland Bremen bereits beschlossen hat — die Anträge können ja schon aufgrund einer amtlichen Bekanntmachung bei der FBG und beim Wirtschaftssenator gestellt werden —, ebenfalls einzuleiten.

Meine Damen und Herren, was Herr Wilhelms ansonsten in seinem Antrag vorschlägt, nämlich eine pauschale Verlustübernahme, also sozusagen die Sozialisierung aller Verluste, kommt für uns überhaupt nicht in Frage. Wir wollen gezielte Hilfen für die Betriebe, die wirklich betroffen sind.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) Wenn er ganz pauschal sagt, er wolle die Strom- und die Wasserkosten im Fischereihafen reduzieren, ist das völlig falsch. Eine Stundung der Miete ist genau das richtige Instrument, das angewendet werden muß. Eine pauschale Reduzierung käme allen Betrieben zugute, auch denjenigen, die überhaupt gar keine Verluste haben. Wir wollen jedoch denjenigen helfen, die wirklich von dieser Krise in ihrer Existenz betroffen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Wort zum Antrag der GRÜNEN! Herr Bischoff, Sie haben ja in Ihren Stellungnahmen eine eigenartige Haltung eingenommen. Sie haben den Schuldigen immer beim Namen genannt. Nur, Sie haben Ihre Haltung dreimal geändert. Zuerst haben Sie gesagt, es sei der Monitor-Beitrag gewesen,

(Abg. Bischoff [GRÜNE]: Stimmt ja überhaupt nicht!)

dann vertraten Sie die Auffassung, nun müsse man mehr an den Verbraucher denken, und zum Schluß hatten Sie dann den Alleinschuldigen in Form der Fischindustrie ausgemacht. Diese Wackelpolitik nimmt Ihnen in Bremerhaven niemand ab.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sie haben das Kunststück in Ihrem Antrag fertiggebracht — ich gebe ja zu, Sie waren auch ein bißchen in einer schwierigen Position —, Teile aus dem CDU-Antrag zu übernehmen, leider auch die falschen, und Teile aus unserem Antrag,

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Auch die falschen!)

diesmal die richtigen. Meine Damen und Herren, wenn man sich den Antrag ansieht, ist er so eine Art Sammelsurium.

Meine Fraktion wird die Anträge der CDU und der Fraktion der GRÜNEN ablehnen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Sehr bedauerlich!)

Ich appelliere an Sie alle, dem wirklich ausgewogenen Antrag, der inhaltlich begründet ist und den Niedersachsen in der Tendenz ganz genauso auch für den Bereich Cuxhaven übernehmen will, in diesem Hause zuzustimmen, denn das ist, glaube ich, der allein richtige Weg für dieses Hohe Haus.

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Wenn wir nicht gewesen wären, hätten Sie den gar nicht gestellt!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bischoff.

(C) Abg. **Bischoff** (GRÜNE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tiedemann, ich habe gerade gehört, daß Sie einmal Wirtschaftsminister waren. Jetzt wird mir langsam klar, warum Sie es nicht mehr sind.

(Zurufe von der SPD — Abg. Beckmeyer [SPD]: Ist das heute Ihre letzte Sitzung im Parlament, Herr Bischoff?)

Das ist heute meine letzte Sitzung, das ist richtig! Ich möchte versuchen, noch einmal versuchen, zu einem ganz wichtigen Problem einen Konsens herzustellen. Viele Bremer wissen vielleicht nicht, daß im fernen Bremerhaven einige tausend Arbeitsplätze wirklich ernsthaft bedroht sind. Es ist wahrlich notwendig, sich darüber Gedanken zu machen. So einfach, Herr Tiedemann, wie Sie es machen, kann man es nicht abtun.

Ich möchte nicht noch einmal dieses peinliche Trauerspiel hier wiederholen, das sich Ihre Fraktion in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung erlaubt hat. Ich habe versucht, einfach noch einmal die Standpunkte zusammenzufassen, die im CDU- und im SPD-Antrag mit enthalten sind. Daß wir hier nicht etwas abstimmen, das in der Deputation schon lange verabschiedet ist, schon wochenlang durch die Presse geistert, ist doch völlig klar.

Kurz zum Inhalt, ich habe nicht viel Zeit!

(Zurufe von der SPD)

(D) **Präsident Dr. Klink:** Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen, Herr Abgeordneter Bischoff, Sie haben das Wort!

Abg. **Bischoff** (GRÜNE): Der CDU-Antrag zielt in der Tat im ersten Absatz nur auf Bremische Leistungen ab. Das finden wir falsch, deshalb beziehen wir den Bund mit ein.

(Abg. T i e d e m a n n [SPD]: Na, also!)

Na, also! Warum unterstützen Sie das denn nicht? Die Tendenz der Sozialisierung der Verluste haben wir ganz klar auch erkannt und haben gesagt, bei diesen Stabilisierungsbemühungen und der Verteilung der Maßnahmen müssen die Betriebsräte einbezogen werden. Es muß mit berücksichtigt werden, daß vor allen Dingen kleinere Betriebe in den Genuss dieser Maßnahmen kommen, um nämlich genau das auszuschließen, was Sie gesagt haben. Es müssen Beschäftigungsgarantien eingebaut werden. Das alles ist den Sozialdemokraten plötzlich fremd, da wundert mich überhaupt nichts mehr!

Einbezogen werden muß auch die Gefahr, ich glaube, das steht darin, daß aus dieser Krise heraus ein unheimlicher Konzentrationsprozeß entsteht. Das ist bei Ihnen überhaupt nicht erkannt worden. Sie klatschen in Ihrem Antrag nur bestimmte Vorgänge

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nach, die lange gelaufen sind, und lassen die Leute im Fischereihafen im Regen stehen. Das ist unerhört!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: So ein dummes Zeug habe ich lange nicht mehr gehört!)

Sie haben überhaupt nichts aus dieser gegenwärtigen Krise gelernt!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Wir haben gehandelt, Herr Bischoff!)

Sie hacken immer noch auf der Sendung „Monitor“ herum, anstatt zu sehen, daß die Fehler auch im Fischereijob selbst, bei Betrieben und auch bei der Bundesregierung gemacht worden sind. Das haben Sie überhaupt nicht erkannt!

Was machen Sie daraus? Ganz kurze Aktionen, eben eine Werbekampagne, und dann ist die Sache Fisch gegessen. Das ist wirklich nur Wahlkampf! Keine drei Monate, das hat Ihnen die SPD-Fraktion aus Niedersachsen, Frau Goede, schon vorgehalten, das ist Wahnsinn, es ist zu kurz! Stellen Sie sich einmal vor, in drei Monaten erkrankt jemand in München an diesem Wurm! Dann geht die ganze Krise wieder von vorn los, damit ist überhaupt nichts gewonnen! Deshalb beinhaltet dieser Antrag eine Qualitäts-offensive. Es steht auch darin. Diese ganzen Punkte haben Sie bisher zur Seite geschoben. Was passiert denn wirklich, um dieses Problem in den Griff zu bekommen? Überhaupt nichts!

(B) (Abg. Beckmeyer [SPD]: Überhaupt nichts? Sie laufen doch der ganzen Entwicklung hinterher!)

Sie legen den Grundstein für die mögliche neue Krise! Sie verlängern es nur! Es ist nicht nur eine tiefe ökonomische Krise vorhanden, sondern eine unheimlich tiefe Vertrauenskrise beim Verbraucher. Wie wollen Sie das denn überhaupt auffangen, wenn nicht durch Maßnahmen, die wirklich stichhaltig sind und die auch in Bremerhaven ansetzen? Deshalb nennt unser Antrag im zweiten Punkt diese Maßnahmen wie beispielsweise eine strengere Verordnung, Kontrollen und Einsatz von Fachleuten und Forschung. Dies wird von Ihnen hier pauschal abgelehnt, das ist doch ein völliges Unding!

Dann einen Punkt noch, angesprochen von Frau Goede aus Niedersachsen, Kooperation mit den anderen Standorten! Denken Sie daran, in Schleswig-Holstein ist Wahl, da wollen die Sozialdemokraten auch ein bißchen was gewinnen! Aus diesem Grund enthält unser Antrag den Punkt, sich mit den anderen Fischereistandorten zusammzusetzen, insbesondere mit Cuxhaven. Überwinden Sie doch endlich einmal Ihre Engstirnigkeit, die Sie da zutage tragen! Gehen Sie doch einmal auf die anderen zu, versuchen Sie einmal, eine konzertierte Aktion mit dem Bund, den Ländern und den betroffenen Kommunen durchzuführen! Sind Sie dazu überhaupt nicht mehr in der Lage? Ich habe jetzt überhaupt kein Verständ-

nis für Ihren Rückzieher, so etwas offen zu bekennen! — Schönen Dank! (C)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Polley.

Abg. Polley (REP*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle drei Anträge leiden darunter, daß Sie eben unserer Meinung nach nicht den richtigen Verursacher des Problems nennen. Es tut mir leid, Herr Bischoff, das ist nun einmal die fehlerhafte, ich möchte es einmal vorsichtig sagen, Berichterstattung in zwei oder zweieinhalb Fernsehsendungen, und das sollte man auch nennen.

Dennoch würden wir, wenn Sie sich, alle drei Fraktionen, wir sind ja nicht in Fraktionsstärke vertreten, auf einen interfraktionellen Antrag einigen könnten — ich komme gleich auf den Standpunkt der CDU von gestern zurück —, es begrüßen und alles schlucken, was unserer Meinung nach nicht konturenhaft genug ausgedrückt wird. Aber wenn Sie dazu auch nicht in der Lage sind, muß ich an alle drei Fraktionen appellieren, dann führen Sie hier in der Tat einen Wahlkampf mit völlig falschen Waffen.

Das Thema ist ja nun wirklich von keinem Politiker eingeführt worden — man muß sich noch einmal daran erinnern, was hier gestern in der Aktuellen Stunde gesagt worden ist —, sondern es ist durch die Medien ausgelöst worden. Es ist unserer Meinung nach durch eine doch sehr einseitige, unverantwortliche Berichterstattung ausgelöst worden. Wäre dies nicht geschehen, brauchten wir uns doch hier gar nicht mit diesen finanziellen Maßnahmen zu beschäftigen. (D)

Nun noch einmal zum ersten Redner, zu Herrn Wilhelms von der CDU! Herr Wilhelms, wenn Sie heute gerade den Appell von Herrn Tallert und die „Nordsee-Zeitung“ zitieren, dann müssen Sie schon korrekt zitieren! Ihre Stadtverordnetenfraktion ist gestern nach einer sehr hitzigen Debatte aus einem möglichen gemeinsamen Beschluß ausgestiegen. Selbst die GRÜNEN hatten wir soweit, dem SPD-Antrag in leicht abgeänderter Form zuzustimmen. Trotz Zusagen in kurzen Verhandlungen steigt Ihr Fraktionsvorsitzender wieder aus, und alles platzt. Sie können sich doch dann nachher nicht hier hinstellen und sagen, Sie wollten hier keinen Wahlkampf machen! Das müssen Sie erst einmal auf dem kleinen Dienstweg intern abklären, wer hier eigentlich diesen gemeinsamen Beschluß der doch am meisten betroffenen Stadt, in diesem Fall Bremerhaven, boykottiert hat. Das gehört dann auch hierher!

Ich fasse zusammen! Ich bitte die SPD, ihren Antrag im ersten Satz zu ergänzen, und zwar vor dem Wort „Nematoden-Diskussion“, das ist zuwenig, die Worte „durch fehlerhafte Berichterstattung aus dem Fernsehen veranlaßte Nematoden-Diskussion“ ein-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) zufügen. Wir haben sie doch gar nicht geführt, keiner aus diesem Hause hat sie geführt, sondern erst wir mußten reagieren, weil sie über die deutsche Bevölkerung hereingebrochen ist.

Ich sage es noch einmal! Wir müßten hier auch einen Beschluß im Hinblick auf viel härter getroffene Strukturen im Fischhandel im Binnenland fassen, die wir alle gar nicht kennen, in den Großstädten, im Ruhrgebiet, ja, bis hinunter nach Bayern und, wie wir gestern gehört haben, auf einem der interessantesten Fischmärkte in Berlin. Es ist doch alles zusammengebrochen. Es geht doch hier gar nicht nur um die Arbeitsplätze in Bremerhaven, leider geht es eben nicht nur darum, die könnten wir vielleicht noch retten.

Ich bitte Sie also darum, diesen Zusatz einzufügen! Wir könnten dann, wenn Sie sich interfraktionell nicht auf eine gemeinsame Entschließung einigen, Ihrem Antrag zustimmen. — Danke!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Bemerkungen anschließen! Die CDU-Fraktion wird sich selbstverständlich dem Beschluß der Bundestagsabgeordneten der norddeutschen Küstenländer anschließen und sich bemühen, Geld vom Bund für die Werbekampagne zu bekommen.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Es hat aber überhaupt keinen Sinn, das möchte ich hier auch einmal sagen, egal, wie man das beurteilt, ich habe mich selbst daran beteiligt, hier weiter eine Journalisten-Schelte zu diesem Thema zu betreiben, denn für eine Werbekampagne brauchen wir ja wohl die Sympathien aller Journalisten — ich meine das jetzt nicht politisch, sondern für den Qualitätsartikel Fisch —, sonst können wir sie sofort vergessen.

Die zweite Bemerkung, um noch einen letzten Versuch zu unternehmen, Herr Wedemeier!

(Zuruf von der SPD: Herr Bürgermeister Wedemeier!)

Herr Bürgermeister Wedemeier! Im Moment geht es mir nicht um Titel, sondern es geht mir um die Arbeitsplätze im Fischereihafen in Bremerhaven und in Cuxhaven!

Der Kreisausschuß des Landkreises Cuxhaven hat gestern einstimmig beschlossen, aus seinem ja auch nicht gerade sehr guten Haushalt 50 000 DM sofort für eine Werbeaktion im Binnenland mit vier ambulanten Fischwagen zur Verfügung zu stellen. Die Seestadt Bremerhaven hat in diesem Zusammenhang angeboten — ich meine, weil hier über Abstimmung geredet wird —, den Werbebus Bremerhaven umzuspritzen, um ebenfalls für Fisch zu werben. Ich meine, das ist ein gutes Signal.

(C) Wenn der Senat und die SPD-Fraktion in ähnlicher Größenordnung, nicht 50 000 DM, sondern gemessen an der Finanzkraft des Landes Bremen, auch ein Signal setzen würden, wäre etwas für den Fischereihafen getan, und unsere Bemühungen in Bonn würden erleichtert werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur einen Satz, guten Morgen, Herr Abgeordneter, wir haben bereits für den 12. September eine Großaktion in Bremen geplant!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als erstes rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/1019 auf.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

(D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

(GRÜNE und REP)

Ich stelle fest, dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 11/1023.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und REP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Helmke [GRÜNE])

Stimmhaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

Zuletzt lasse ich über den Antrag der Fraktion der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/1024 abstimmen.

(A) Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(REP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Bilanz der Arbeit des Senats in der 11. Legislaturperiode (1983 — 1987)

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 18. August 1987
(Drucksache 11/1007)

Die Beratung ist eröffnet.

Wir haben eine Redezeit bis zu 35 Minuten pro Fraktion vorgesehen.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

(B)

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns am Ende einer Legislaturperiode, unmittelbar vor dem Wahltag, und wir hielten es deshalb für richtig, auch im Hinblick auf die Information für die, die eine Entscheidung zu treffen haben, das leugne ich gar nicht, einmal rückblickend Bilanz zu ziehen über die Arbeit des Senats, über das, was an politischen Entscheidungen in den zurückliegenden vier Jahren hier getroffen wurde, über die Ergebnisse.

Ich amüsiere mich immer so ein bißchen, wenn jetzt in diesen Tagen von dem einen oder anderen gesagt wird, immer gegenseitig, das ist Wahlkampf. Ich finde, daß Wahlkampf nichts Unanständiges ist,

(Beifall bei der CDU)

sondern worum geht es denn beim Wahlkampf? Es geht darum, daß man, und dazu ist auch diese Bürgerschaft da, die politischen Positionen darstellt und für seine Position wirbt, und daß das natürlich und gerade auch vor der Wahl geschieht, halte ich für völlig normal. Insofern ist es abwegig, hier zu sagen, etwas sei Wahlkampf. Wenn damit gemeint ist, daß man im Wahlkampf dazu neigt, polemischer zu werden, die Dinge zu überzeichnen, dann allerdings ist das richtig, und deshalb will ich mich auch bemühen, bei der Bilanz, die ich hier vortrage, mich nur an Fakten zu halten. Ich wäre auch dankbar, wenn Sie hin und wieder einen Zwischenruf machten, meine

Damen und Herren von der SPD, dann ist das interessanter. (C)

(Abg. **Kunick** [SPD]: Sonst kommt die Maschine nicht in Gang!)

Ich werde mich konzentrieren auf die aus unserer Sicht wichtigsten Bereiche Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Schulpolitik, Kultur, Soziales und Kriminalität. Sie werden mir recht geben, daß das, was die Politik ausmacht, wohl die wichtigsten Bereiche sind, über die es sich zu reden lohnt.

Wenn man Bilanz zieht, muß man bestimmte Vergleichsmöglichkeiten haben. Ich werde mich also beziehen auf den Bremen-Plan 1983 bis 1987, der die Grundlage für diese Legislaturperiode für die regierenden Sozialdemokraten war. Ich werde mich beziehen unter anderem auch auf die Regierungserklärung von Bürgermeister Koschnick 1983 und dann auf die von Herrn Bürgermeister Wedemeier 1985, und hin und wieder werde ich auch Ihren neuen Bremen-Plan, den Bremen-Plan 1987 bis 1991, einbeziehen.

Meine Damen und Herren, ich beginne mit dem Bereich Wirtschaftspolitik. Da sind wir uns auch einig, daß der wichtigste Punkt die Arbeitslosigkeit ist. Im Bremen-Plan 1983 heißt es: „Für Sozialdemokraten hat in der Wirtschaftskrise die Sicherung des Lebensstandards der Arbeitnehmer und ihrer Familien, der Rentner und derer, die in einer Ausbildung sind, sowie auch derer, die die Hilfe der Gesellschaft in besonderer Weise brauchen, oberste Priorität. Deshalb ist der Abbau der Arbeitslosigkeit unser vorrangiges Ziel.“ Bei Bürgermeister Koschnick lautet es ähnlich. Er hat mehrere Arbeitsschwerpunkte, und der erste ist Arbeitsplätze sichern und schaffen. (D)

Bürgermeister Wedemeier erklärt in seiner Regierungserklärung: „Meine Damen und Herren, die Lage des Landes Bremen ist gekennzeichnet zuallererst durch die hohe Arbeitslosigkeit. Ihre Bekämpfung ist unser oberstes Ziel. Besonders bedrohlich — so sagt er — „ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Heute liegt die Arbeitslosenquote mehr als 60 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Dies wollen und müssen wir ändern.“

Meine Damen und Herren, es ist nun doch völlig legitim, die Aussagen, die Zielsetzungen, die Sie sich gesetzt haben, zu messen an den Fakten, für die es natürlich immer Erklärungen gibt. Aber ich mache das genauso wie Sie mit der Bundesregierung in Bonn. Ich nehme das, was ist.

Da sieht es so aus, daß im Dezember 1983 die Arbeitslosigkeit in Bremen bei 13,5 Prozent lag, im Bund bei 9,5 Prozent, im Oktober 1985, als Sie die Regierungserklärung, Herr Wedemeier, abgaben, in Bremen bei 15,2 Prozent, also war sie gestiegen, im Bund bei 8,9 Prozent. Jetzt in diesen Tagen im Juli 1987 liegt sie in Bremen bei 15,9 Prozent und im Bund bei 8,7 Prozent. Vor vier Jahren betrug die Arbeitslosigkeit in Bremen bezogen auf den Bund 42 Prozent mehr; als Sie die Regierung übernahmen,

(A) 76,7 Prozent mehr, und jetzt rund 83 Prozent mehr. Das heißt, in den zurückliegenden vier Jahren ist die Arbeitslosigkeit im Lande Bremen weiterhin dramatisch angestiegen, die Arbeitslosigkeit im Bund ist gesunken.

Wenn ich diese Fakten, es sind ja nur Fakten, die man gar nicht bestreiten kann, messe an Ihrer Zielsetzung, Bremen-Plan und Regierungserklärung, stelle ich fest, die SPD hat ihre Zielsetzung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verfehlt.

(Beifall bei der CDU)

Während im Bund eine Stabilisierung eingetreten ist, koppelt sich die Entwicklung in Bremen weiterhin ab.

Im Bremen-Plan 1987 heißt es: „Wir Bremer Sozialdemokraten kapitulieren nicht vor dem Problem der Arbeitslosigkeit,“ —

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das stimmt!)

jetzt sind Sie schon zurückhaltender geworden — „wir können keine große Lösung versprechen, die kann nur auf Bundesebene eingeleitet werden.“

Meine Damen und Herren, wie armselig! Es bestreitet natürlich keiner, daß die Arbeitslosigkeit in einem großen Umfang abhängt von der Entwicklung in der Weltwirtschaft und natürlich auch von der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, aber wer in einem Bremen-Plan, in einem Plan, welcher die Politik der SPD für das Land Bremen deutlich machen soll, erklärt, sie könnten keine große Lösung versprechen, das könne nur auf Bundesebene eingeleitet werden, stellt sich ein Armutzeugnis für seine eigene Wirtschaftspolitik aus.

(Beifall bei der CDU)

Es heißt dann weiter im Bremen-Plan: „Dem Willen zu einer verstärkten Kooperation mit der Grundausrichtung einer Politik für die Arbeit werden wir mit der Bildung eines regionalen Strukturbeirates besonderen Nachdruck verleihen. Dieser Strukturbeirat soll sich zu je einem Drittel mit Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand zusammensetzen. Dabei werden wir auch prüfen, ob eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors zum Beispiel durch Gründung öffentlicher Unternehmen und durch Ausweitung staatlicher Beteiligung an privaten Unternehmen zur Erreichung strukturpolitischer Ziele beitragen können.“

Herr Bürgermeister Wedemeier, nun mag es ja sein, daß Sie diese Positionen nicht teilen, immerhin aber sind sie Beschlußlage des Landesparteitages. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie diese Position teilen, weil Sie ja gerade im Rückblick der politischen Argumentation bezogen auf Ihren Amtsvorgänger deutlich gemacht haben, daß ein Stück Ursache für die Finanzkrise, die wir haben, die Ausweitung des öffentlichen Dienstes war. Die Tatsache, daß wir in

Zeiten schwieriger Arbeitsmarktlage hier in Bremen glaubten, über den öffentlichen Dienst beschäftigungswirksam tätig sein zu können, war ein fataler Fehler, denn damit wurde die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Ich kann mir also gar nicht erklären, daß uns jemand von den Sozialdemokraten, selbst wenn sie auf dem Parteitag geschwiegen haben, eine solche Forderung, die völlig ins Abseits geht, ernsthaft mitteilt.

Ich will auch eines weiter sagen. Ich glaube, so sehr der Wirtschaftssenator Lenz manchmal markige Sprüche macht, daß in vielen Bereichen diese markigen Sprüche konterkariert werden. Ich glaube, daß Ihre Energiepolitik mehr ideologisch als von der Sache geprägt ist.

(Beifall bei der CDU — Abg. K l e i n [CDU]:
Völlig richtig!)

Ich glaube, daß die Entscheidung zu Niedervieland eher eine Verneigung in Richtung Grün war als eine Entscheidung, die vernünftige Wirtschaftspolitik betrifft.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, daß die Entscheidung, einen riesigen Verbrauchermarkt anzusiedeln, im Grunde nicht der eigentlichen Überzeugung entsprach, sondern einer Panikentscheidung, hier kurzfristig vermeintlich zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Zu den letzten Entscheidungen, was das Kongreßzentrum anbetrifft, Herr Wirtschaftssenator Lenz, möchte ich nichts sagen, abgesehen einmal von dem Umgang miteinander. Aber ich möchte sagen, das ist natürlich ein Beispiel für eine Wirtschaftspolitik, die nun wirklich nicht besonders vertrauenswürdig ist.

(Abg. K l e i n [CDU]: Ganz bestimmt nicht!)

Deshalb möchte ich zusammenfassen: Ich sehe nicht, wie Sie im Bereich des Arbeitsmarktes, wenn Sie das vollziehen, was im Bremen-Plan steht, zu einer entscheidenden Kurskorrektur kommen. Ihr Motto heißt ja auch „Mit neuer Kraft auf Kurs!“ Die neue Kraft kann man nicht bestreiten, das ist augenscheinlich. Auf Kurs heißt aber, so weitermachen wie bisher, und, meine Damen und Herren, so weitermachen wie bisher bedeutet die weitere Abkopplung bei der Arbeitslosigkeit vom Bundesdurchschnitt. Das müssen wir ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich spreche den Bereich der Finanzen an. Da wird im Bremen-Plan 1983 und in der Regierungserklärung von Bürgermeister Koschnick die Notwendigkeit der Konsolidierung des Haushaltes postuliert. Sie können es mir nicht

(A) verübeln, daß ich diese Aussagen ernst nehme. Auch Bürgermeister Wedemeier macht deutlich in seiner Regierungserklärung 1985, daß die Konsolidierung des Haushaltes, der Abbau der Schulden, um das einfacher zu sagen, die Sanierung der Staatsfinanzen eine dringende Notwendigkeit sei. Ja, meine Damen und Herren, ist es unzulässig, ist es polemisch, wenn ich diese Aussagen messe an den tatsächlichen Sachverhalten?

Die Zahlen sehen so aus: 1983, als es mit diesen Aussagen losging, hatten wir eine Gesamtverschuldung von 8,7 Milliarden DM, 1985, als Bürgermeister Wedemeier die Regierung übernahm, von 10,6 Milliarden DM. Jetzt, 1987, haben wir eine Verschuldung von 12 Milliarden DM. Oder wenn Sie die Pro-Kopf-Verschuldung nehmen, betrug sie 1983 12,85 Milliarden DM, 1985 15,9 Milliarden DM und jetzt gegen Ende dieses Jahres —.

(Zurufe)

Entschuldigen Sie! Es ist immer gut, wenn man dann noch einen Stellvertreter hat!

(Bürgermeister Dr. Scherf: Das ist wie bei den Republikanern, die nehmen gleich drei Nullen!)

Haben Sie so wenig Humor, Herr Scherf?

(B) (Bürgermeister Wedemeier: Er hat ja nur darauf hingewiesen, daß Sie die dreifache Nulllösung gebracht haben eben!)

Ich unterstelle, selbst wenn ich mich bei den Zahlen versehe, daß Sie so intelligent sind und das merken. Mein Kompliment, Sie haben es gemerkt! Also, Pro-Kopf-Verschuldung: 1983 12 000 DM, 1985 15 000 DM und 1987 über 18 000 DM.

Meine Damen und Herren, es wird ja so der Eindruck erweckt, als hätten wir durch den neuen Bürgermeister eine Wende.

(Bürgermeister Wedemeier: Um Gottes willen!)

Die Wahrheit ist, wir haben bei der Verschuldung eine Steigerung um 40 Prozent. Das heißt, das Ziel, das Sie sich vorgenommen haben, Konsolidierung der Staatsfinanzen, ist nicht nur nicht erreicht, sondern die finanzielle Lage Bremens ist noch wesentlich schlechter geworden.

(Beifall bei der CDU)

Interessant ist nun schon, daß Sie das gar nicht bestreiten, sondern daß Sie das im Wettbewerb mit anderen, denen es schlecht geht, noch besonders herausstellen, Herr Finanzsenator Grobecker. Das ist auch eine eigentümliche Angelegenheit, daß Sie sozusagen gegenüber dem Außenverhältnis deutlich machen, im Saarland sieht das schon mies aus, aber

wir haben noch viel mehr Schulden. Das ist ja so Ihre Werbelinie. (C)

Im Bremen-Plan heißt es: „Die Finanzsituation des Landes Bremen und seiner beiden Gemeinden hat sich im Vergleich zu den anderen Bundesländern dramatisch zugespitzt.“ Also im eigenen Wahlprogramm! Es heißt weiter: „Die Abkoppelung der bremischen Finanzsituation von der der anderen Bundesländer hat sich in den letzten Jahren aufgrund des Schulden-Zins-Mechanismus beschleunigt.“

Hier frage ich auch wieder: Mit neuer Kraft auf Kurs? Auf Kurs weiter in die roten Zahlen? Nein, meine Damen und Herren, der Kurs muß sich ändern, damit sich die Zahlen ändern!

(Beifall bei der CDU)

Damit der Kollege Stichweh sich auch endlich einmal angesprochen fühlt, mache ich jetzt ein paar Bemerkungen zur Schulpolitik.

(Abg. Stichweh [SPD]: Er erwartet Zwischenrufe von mir, die mache ich heute nicht! — Abg. Fücks [GRÜNE]: Tun Sie ihm doch den Gefallen!)

Ich kenne ihn, ich werde ihn reizen!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, im Bremen-Plan 1983 heißt es — ich fasse das jetzt einmal stichwortmäßig zusammen —: „Ziele des Bildungswesens: mehr Chancengleichheit gewährleisten, alle Begabungen fördern, keine Nivellierung der Anforderungen, starke Differenzierung des Bildungsangebotes.“ (D)

(Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

Hans Koschnick sagte 1983 dazu, wir haben Vorbildliches geleistet; er will das Erreichte konsolidieren, Beibehaltung des Konzeptes der Stufenschule und behutsame Weiterentwicklung. Klaus Wedemeier sagte 1985, festhalten an den Zielen und Inhalten der Schulpolitik. Das sind klare Aussagen.

(Abg. Frau Kaltenstein [SPD]: Kontinuität!)

Meine Damen und Herren, Sie mögen sagen, daran sei die Opposition schuld, ich glaube dies nicht. Die bremische Schulpolitik hat in Bremen und über Bremen hinaus keinen guten Ruf. Was Hans Koschnick sich vornahm, daß diese Schulpolitik von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen ist, können Sie in Anbetracht der Auseinandersetzung, die Sie mit Betroffenen in den letzten Jahren hatten, wahrscheinlich nicht feststellen.

Meine Damen und Herren, das, was Sie im Bremen-Plan als Ziel sich gesetzt haben, ist in wichtigsten

- (A) Bereichen nicht erreicht. Alle Begabungen werden eben nicht ausreichend gefördert, sie werden eben nicht ausreichend in der Orientierungsstufe gefördert, von der ich glaube, bezogen jetzt auf die inhaltliche Differenzierung, daß sie in diesen Punkten gescheitert ist, weil die Schwachen nicht gut dabei wegkommen und die Leistungstärkeren am Fortkommen gehindert werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, alle Begabungen werden eben nicht gefördert, wenn Sie im Bereich der NGO, der Oberstufe, der gymnasialen Oberstufe, Ihre Anforderungen dort ansetzen, wo es den geringsten Level im Rahmen der KMK angeht, anstatt hier und dort auch den Leistungstärkeren die Möglichkeit zu geben, sich schneller fortzuentwickeln.

Meine Damen und Herren, Chancengleichheit, mehr Chancengleichheit kann doch nicht erreicht worden sein, wenn man feststellt, daß im Bereich des beruflichen Schulwesens in den letzten Jahren zum Teil vier, fünf oder sechs Stunden in der Woche ausgefallen sind. Das sind die Kinder gerade aus den Schichten, die Sie doch immer fördern wollen; die sind benachteiligt worden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Chancengleichheit und Begabung fördern geht nicht optimal, wenn Sie bei dem bleiben, Herr Bürgermeister Wedemeier, was Ihnen vorschwebt, nämlich die Beibehaltung der Stufenschule. Ich glaube, daß die Stufenschule in ihren Folgen unerträglich ist. Folge ist eben zum Beispiel keine freie Schulstandortwahl, Folge ist eine Zerschlagung des Gymnasiums, Folge sind Sekundarstufen, die zwar heute noch nicht integriert sind, die aber eine bestimmte Größenordnung haben müssen, um überhaupt von der Schulform zahlenmäßig machbar zu sein.

Dies alles bedeutet, daß eben diese Schulpolitik nicht die Zielsetzungen erfüllen kann, die Sie selbst gesetzt haben. In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Stichweh, ist der Bremen-Plan 1987 interessant. Im Bremen-Plan 1987 unter dem Titel „Bildung für morgen“ heißt es, ein bemerkenswerter Satz, so stand das noch nie darin: „Darüber hinaus muß Bremen angesichts seiner wirtschaftlichen Lage ein hohes Bildungsniveau seiner Bevölkerung anstreben. Bildung wird ein wichtiger Standortfaktor für das Land Bremen sein.“

Meine Damen und Herren, diese Aussagen habe ich vor 14 Jahren gemacht. Ich habe hier für meine Fraktion erklärt, Bildung ist ein ganz gewichtiger

Standortfaktor. Wir wissen aus Berichten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, daß gerade die Bildungspolitik in Bremen im Hinblick auf die Ansiedlung ein negativer Standortfaktor war.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja ein Trauerspiel, daß Sie nach soundso viel Jahren Regierung nun feststellen, daß es gut wäre, wenn die Bevölkerung Bremens ein hohes Bildungsniveau erreichte.

Nur eines sage ich Ihnen dazu abschließend, Kollege Stichweh: Das Haupthindernis, dies zu erreichen, liegt nicht in Bonn, liegt auch nicht beim Geld, sondern das Haupthindernis liegt in Ihrer Schulstruktur, die Sie nach wie vor befürworten. Ich stelle fest, die Stufenschule ist eben keine Schule der Zukunft, sie gefährdet die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und damit die Gleichwertigkeit und Anerkennung bremischer Schulabschlüsse in anderen Bundesländern. Deswegen sage ich auch hier, neuer Mann, ja, aber alter Kurs, nein! Ein neuer Kurs muß her, damit Bremen wirklich wieder attraktiv wird im Bereich der Bildungspolitik!

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Franke, eine kurze Bemerkung zur Kulturpolitik! Im Bremen-Plan 1983 heißt es: „Die Kulturangebote sollen verstärkt stadtteil- und zielgruppenbezogen ausgerichtet werden.“ Dann sagt Hans Koschnick 1983: „Kulturangebote prägen auch die Attraktivität unserer Städte. Die Attraktivität ist ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen. Der Anreiz der städtischen Ballungsräume muß erhalten bleiben.“

(D)

Ich finde die Aussage völlig richtig. Bürgermeister Wedemeier formuliert schon etwas anders 1985, indem er sagt, nicht alle Bereiche der kulturellen Arbeit könnten mit Steuergeldern gefördert werden. Meine Damen und Herren, wie ist die Lage? Die Lage besteht darin, daß die Kulturpolitik des Senats die Attraktivität und den Fortbestand einer Reihe von Kultureinrichtungen Bremens bedroht. Bremen hat tatsächlich an kultureller Anziehungskraft eingebüßt. Die Künstler und Kulturträger, Sie können das in den verschiedensten Gesprächen immer wieder feststellen, sind zunehmend demotiviert.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an ganz wenige Entscheidungen. Zum Beispiel hat das Übersee-Museum über ein Drittel seiner Besucher verloren, zahlreiche Stadtbibliotheken wurden geschlossen, und die restlichen können nur noch mit ABM-Kräften ihre Versorgungsaufgaben erfüllen. In der Jugend- und Volksmusikschule wurden die Arbeitsbedingungen drastisch verschlechtert.

(Senator Franke: Das Gegenteil ist der Fall!)

Die Kulturförderung in Bremen wird in weiten Bereichen nur noch notdürftig mit Toto- und Lottomitteln aufrechterhalten.

- (A) Meine Damen und Herren, ich glaube noch nicht einmal, daß der Kultursenator bestreitet, daß, was die Möglichkeiten in der Kulturpolitik betrifft, bezogen auf die letzten vier Jahre, wir da keine Schritte nach vorn gemacht haben, sondern aus welchen Gründen auch immer Rückzugsgefechte haben vollziehen müssen. Ich sage dies deshalb, weil ja der Eindruck erweckt wird, als habe sich nun alles in Bremen zum Positiven verändert. Ich stelle für die Kulturpolitik fest: Auch hier trifft dies nicht zu, Bremens Kulturpolitik ist um ein Stück weniger attraktiv geworden.

(Beifall bei der CDU)

Nun komme ich zu dem wichtigen Punkt Sozialpolitik. Das ist ja, wie ich gestern gehört habe, sozusagen ein Herzensanliegen gerade und auch der Sozialdemokraten, aber auch der Bremer SPD. Sie haben das, was das Herz betrifft, ja besonders deutlich gemacht bei dem Thema Neue Heimat. Im Bremen-Plan 1983 heißt es dazu, ich zitiere: „Sozialdemokraten werden nicht zulassen, daß die kleinen Leute ihre soziale Sicherheit verlieren, während wirtschaftlich Mächtige ihre Privilegien behalten oder gar ausbauen.“

Dann heißt es weiter in diesem Bereich Soziales: „In der Regel steht allen Kindern in der Nähe ihrer Wohnung ein Platz im Kindergarten zur Verfügung.“ Mit in der Regel war gemeint, das habe ich der Debatte entnommen, in der Regel in der Nähe ihrer Wohnung, aber im Prinzip war die Aussage, allen Kindern soll ein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen.

- (B) Bemerkenswert ist, daß in der Regierungserklärung von Hans Koschnick dazu kein Wort mehr fällt. Klaus Wedemeier formuliert in seiner Regierungserklärung, ich zitiere: „Besonders schmerzlich wird sich das zum Beispiel in der Kindergartenpolitik auswirken,“ — da war die Sparpolitik gemeint — „weil nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden können.“

Meine Damen und Herren, wir reden ja immer nur, wie die Legislaturperiode zu bewerten ist, ob das besser oder schlechter geworden ist, und da sage ich Ihnen, auch hier geht es eindeutig nach unten. 1983/84 wurde 394 Kindern eine Absage erteilt; 1984/85 915 Kindern; 1985/86 1651 Kindern; und 1987/88, also jetzt, stehen 2000 Kinder vor der Tür, die keinen Kindergartenplatz bekommen können.

Meine Damen und Herren, in dieser dazwischenliegenden Zeit wurden die Kindergartengebühren erhöht, die Sachmittel gekürzt. Ich darf Ihnen noch weitere Maßnahmen sagen, ich würde sagen, unsoziale Maßnahmen, die gerade die kleinen Leute treffen. Dazu gehört in dieser Legislaturperiode die Verminderung der Leistungen nach dem Bremischen Landespflegegesetz für Blinde und Schwerstbehinderte, Kürzungen im Behindertenfahrdienst, dazu gehört die Schließung von Jugendfreizeitheimen,

zum Beispiel das in Findorff, das erst vier Jahre alt ist. Es gehört dazu die Einziehung der Erziehungsberatung, die Reduzierung der Fahrkostenzuschüsse für Sonderschüler, die Kürzung der Mittel für Familienerholung; die Sozialhilferegelsätze wurden verspätet erhöht im Jahre 1986.

Ja, meine Damen und Herren, was bezeichnend für Sie ist, das Thema Familienpolitik kommt überhaupt gar nicht bei Ihnen vor, nicht im Bremen-Plan, in keiner Regierungserklärung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich daran erinnere, was da in den von der CDU regierten Ländern passiert, Landeserziehungsgeld, Mittel für die Landesstiftung „Mutter und Kind“, Familiengründungsdarlehen!

Meine Damen und Herren, ich würde dies gar nicht so besonders herausstellen, ich stelle es deshalb nur heraus, weil ich gerade heute wieder in einer Zeitung gelesen habe, Herr Wedemeier, daß Sie da mit der Steuerreform spekulieren und daß Sie von den sozialen Grausamkeiten sprechen, die bevorstehen, obwohl Sie gar nicht wissen, welche Vorschläge wir machen werden. Ich erwähne dies deshalb, weil dort, wo Sie Verantwortung tragen in den zurückliegenden vier Jahren, Sie im sozialen Bereich einen regelrechten Kahlschlag vollzogen haben,

(Beifall bei der CDU)

und deshalb ist es unanständig, wenn Sie uns so beschimpfen.

Meine Damen und Herren, ganz kurz will ich nur eingehen auf den Bereich innere Sicherheit. Dieser Bereich innere Sicherheit kommt im Bremen-Plan 1983 ganz kurz vor. Bei Herrn Koschnick heißt es, er wolle das Niveau halten, und bei Bürgermeister Wedemeier 1985 wird das Thema innere Sicherheit überhaupt gar nicht erwähnt. Das halte ich für verständlich, denn, meine Damen und Herren, auch hier können Sie ja gar nicht bestreiten, Herr Senator Kröning, daß sich die Zahlen dramatisch verändert haben.

Wir haben eine Kriminalitätssteigerung von 1982 zu 1986 bundesweit von 1,8 Prozent, in Bremen von 8,1 Prozent. Wir haben eine Aufklärungsquote im Bund von 1983 45,1 Prozent zu 1986 45,8 Prozent, das heißt, sie hat sich verbessert. Wir haben in Bremen 1983 eine Aufklärungsquote von 37,3 Prozent, wir haben 1986 eine Quote, die liegt bei 36 Prozent, das heißt, sie liegt nicht nur unter dem Bundesdurchschnitt, sondern sie hat sich verschlechtert. Deswegen, meine Damen und Herren, sind ja die Schlagzeilen, die Sie alle kennen, zu erklären: „Diekmann stoppt Jagd auf Umweltsünder“, „Wir ersaufen in einer Flut von Straftaten“, das sind die Schlagzeilen, „Fast Spitzenreiter bei der Kriminalität“, „In der Aufklärung ist Bremen Schlußlicht“ oder „Kröning: Kriminalitätsanstieg geht alle an“.

Ich habe mich nur auf diese wenigen Bereiche bremischer Politik konzentriert, meine Damen und

(C)

(D)

(A) Herren. Ich betone hier noch einmal, die von mir vorgetragenen Zahlen sind an keinem Punkte falsch. Natürlich, es wäre ja abwegig, dies zu bestreiten, es sind in dem einen oder anderen Bereich auch positive Entscheidungen gefallen. Dies zu leugnen wäre idiotisch. Aber, meine Damen und Herren, man kann ohne Polemik feststellen, daß in den wichtigsten politischen Bereichen in den letzten vier Jahren und auch in den letzten zwei Jahren die objektiven Daten nicht besser, sondern schlechter geworden sind. Die Zukunft des Landes Bremen, sie hängt ja ab von diesen Daten, ist nicht rosiger, sondern sie ist noch kritischer geworden. Die neue Kraft mit dem neuen Bürgermeister hat, wenn ich dies an den Zahlen messe, die ich genannt habe, eben keine Wende herbeigeführt, auch wenn versucht wird, publizistisch diesen Eindruck zu erwecken.

Meine Damen und Herren, Sie versuchen nun, in dieser Diskussion und in diesem Wahlkampf sich aus der Verantwortung zu stehlen. Das haben wir ja gestern erlebt. An jeder Stelle heißt es, und Bonn ist schuld, und Bonn ist schuld! Vergessen Sie denn, daß diese Zahlen in der Tendenz schon 1983 vorlagen? Sie haben sich nur verschlechtert! Vergessen Sie denn, daß in den Jahren 1969 bis 1982 Ihre Freunde in Bonn, Willy Brandt und Helmut Schmidt, für die Politik der Bundesregierung Verantwortung trugen? Vergessen Sie denn, daß dies die Ausgangslage war, die wir hier und Sie hier übernommen haben? Allein deshalb ist der Vorwurf, Bonn habe an vielem schuld, falsch.

(B) Meine Damen und Herren, natürlich könnte man sich hier und dort an Bonner Hilfen mehr erwarten, ich würde nicht anstehen, dies zu bestreiten; ich habe ja vor, mich dafür einzusetzen, und tue dies. Aber, Sie haben schon selbst einmal gesagt, Herr Bürgermeister Wedemeier, daß man sich im Vergleich zu der Zeit vorher, was die letzten vier Jahre betrifft, bei den Bonnern nicht prinzipiell beklagen kann. Das heißt, zumindest aus Ihrer Sicht, schlechter, was Unterstützung betrifft, ist es mit Sicherheit nicht geworden.

(Bürgermeister **W e d e m e i e r**: Das konnte auch nicht mehr!)

Ja, um so schlimmer, wenn Sie das sagen! Da sagen Sie, das konnte auch nicht mehr, das ist doch eine Anklage gegen Helmut Schmidt und Willy Brandt!

(Beifall bei der CDU)

Ich behaupte, es ist in dem einen oder anderen Punkt besser geworden, es reicht nicht aus, das gebe ich zu, es reicht nicht aus, aber ich habe jetzt auch nicht mehr die Zeit, die einzelnen Punkte zu nennen, Gemeinschaftsaufgabe und andere Dinge. Es ist hier und dort besser geworden, es könnte noch mehr sein. Aber, meine Damen und Herren, machen Sie sich doch nichts vor! Sie stellen jetzt in dieser wahlpolitischen Auseinandersetzung den Finanzausgleich in den Mittelpunkt, und da geht es jetzt strittig

noch vom Anspruch her um 200 bis 300 Millionen DM mehr; Sie haben ja gesagt 500 Millionen DM. (C)

Ich weiß, daß Sie da Realisten sind und insbesondere der Finanzsenator ein solcher ist. Es geht jetzt im Augenblick um eine Differenz von 100 bis 150 Millionen DM, und ich fände es gut, wenn wir sie erreichen, ich fände es gut, und ich setze mich dafür ein. Aber, meine Damen und Herren, 150 Millionen DM mehr im Jahr bei einer Verschuldung, die inzwischen 12 Milliarden DM ausmacht, reicht doch nicht allein aus, um die Probleme dieses Bundeslandes in den Griff zu bekommen. Das ist eine flankierende Hilfe, und ich gehe einmal davon aus, daß sie kommt. Wo es sich wirklich ändern muß, ist hier vor Ort. Deswegen möchte ich Ihnen abschließend sagen, neue Kraft ist immer gut, aber wenn mit der neuen Kraft nicht auch ein neuer Kurs verbunden ist, wird es mit Bremen so weitergehen wie bisher, und dies würde ich allerdings bedauern.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir diesen Antrag bekamen, hat es mich in den Fingern gejuckt. Ich würde eigentlich meinem geschätzten Vorredner zwei Änderungen empfehlen: die erste Änderung, was die Überschrift angeht, schon weil dies dann seinen Weg mit einschließen würde, da würde ich Ihnen „Sie, Herr Pessimist“ empfehlen, „Finale in Schwarz“. Nach all dem, was Sie vorgetragen haben, wäre dann der logische Schluß der:

(Abg. **B o r t t s c h e l l e r** [CDU]: Desaster in Rot!)

„Bei dieser schwierigen Lage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen tritt Bernd Neumann mit seiner CDU an, die Führung des Senats zu übernehmen.“ Dann, Herr Kollege, wäre das logisch. (D)

(Beifall bei der SPD)

Irgendwo ist da doch ein Bruch in Ihren Erwartungen, in Ihren Hoffnungen und dann offensichtlich auch in der Realität. Sie dokumentieren den Bruch ja sogar schon. Man schaue sich Ihre Plakate an! Darauf sind schon die Schuldigen und das Opfer, Schuldige ohne Bild, so viele kann man ja auch nicht fotografieren und auf einem Plakat unterbringen, nämlich mit dem etwas klagenden Satz, daß Bremen doch bitte aufwachen möge. Mit anderen Worten, dem, dem Sie hier entgegensehen, entgegenn Sie damit, daß Sie die Bremer für Schlafmützen erklären, und das Opfer, das die Suppe auslöffeln soll, haben wir ja auch mit einem sympathischen Bild, das ist der Mann, der ein Wort sagen darf, gelegentlich einmal.

(Beifall bei der SPD — Senator **F r a n k e**: Herr Niemand!)

(A) Herr Kollege Neumann, Ihr Vortrag und Ihr eigenes Handeln machen zusammen überhaupt keinen Sinn. Das will ich Ihnen einmal sagen. Im übrigen, meine Damen und Herren der Union, Sie werden hinterher noch einiges mit sich auszumachen haben, aber da Sie Herrn Altbürgermeister Koschnick und Herrn Bürgermeister Wedemeier hier zitiert haben, Herr Kollege Neumann, hätten Sie sich an Altbürgermeister Koschnick ein bißchen ein Vorbild genommen, dann hätten Sie auch gewußt, wie man eine Nachfolge macht, wie man aus dem Licht tritt und das Licht auf den Neuen richtet und wie man dem Neuen das Podest richtet, wie man dafür sorgt, daß der Neue zur Hoffnungsfigur wird, und wie ein Landesvorstand einen Neuen fordert zu kommen, weil der Alte verschlissen ist.

(Abg. Neumann [CDU]: War Koschnick verschlissen?)

Statt dessen machen Sie, das muß ich Ihnen zugehen, hier auch mit Ihrer Rede die großen Auftritte und lassen den Spitzenkandidaten in einer Form erscheinen —.

(Abg. Klein [CDU]: Koschnick wird sich bedanken, wenn Sie ihn als verschlissen bezeichnen!)

Herr Kollege Klein, es gibt Teile davon, die wir überhaupt nicht begrüßen können, es gibt doch einen Erosionsprozeß der Union! Wenn ich da ein Flugzeug fliegen sehe mit einem so komischen Ding dahinter, glauben Sie wirklich, dann sind wir an Ihrer Schwäche gar nicht interessiert!

(B)

(Beifall bei der SPD — Abg. Werner Fischer [CDU]: Kommen Sie doch einmal zum Bremen-Plan!)

Wenn wir sehen, wie Ihnen in Bremerhaven während der Legislaturperiode fast die gesamte Fraktionsspitze weggelaufen ist und diesen REP-Ableger gründet, der Sie nun rechts überholt, sind wir daran interessiert? Ich sage es Ihnen ehrlich, nein! Wir sind interessiert an einer starken großen Volkspartei, die natürlich in der Opposition bleibt, insoweit sind die Interessen unterschiedlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das, was Sie an Schwarzmalerei aufführen hier im Lande, wie Sie personell und inhaltlich unglaubwürdig sind, und all die Spagatübungen Ihrer Bundesspitze dazu und all die Streiterei, führt, meine Damen und Herren, dazu, daß wir wahrscheinlich in der nächsten Legislaturperiode wieder Gelbe begrüßen können. Sind Sie denn glücklich darüber, daß Ihnen die Unternehmer in Scharen weglaufen und sich überlegen, ob sie lieber gelb oder Sozialdemokraten wählen sollen?

(Beifall bei der SPD)

(C) Sind Sie denn glücklich darüber, daß Ihr Einfluß in der Handelskammer langsam gegen Null tendiert? Sind Sie denn glücklich über diese Schwarzweißmalerei, wobei das Weiße nur ein paar Tüpfelchen sind, die Sie den eigenen in Bonn geben und ein paar eigenen Initiativen? Sind Sie denn glücklich darüber, daß ein aufgeklärtes bremisches Bürgertum sich sagt, dies ist doch nicht unsere Stadt, die die beschreiben, daß Sie sich damit also selbst ins Aus manövrieren?

(Abg. Neumann [CDU]: Kommen Sie doch einmal zu den Zahlen!)

Kann Sie das denn glücklich stimmen? Ich weiß nicht, bei aller Gegnerschaft, Ihre Ansätze sind verfehlt. Ich will Ihnen einmal einen Eingangssatz zitieren, den der Präsident des Industrie-Clubs, der erfolgreiche, sehr wohlhabende Herr Harms, gesagt hat bei einer Neujahrsrede. Ich zitiere: „Gestatten Sie mir, einmal einige Worte über unsere Stadt beziehungsweise das Land Bremen zu sagen, die völlig im Gegensatz zu den heute üblichen Klischees stehen, denn diese Stadt und ihre Bürger haben es nicht verdient, einfach pauschal abqualifiziert zu werden, denn das Land Bremen ist besser als sein derzeitiger Ruf.“

(Beifall bei der SPD)

(D) Ehrlich gesagt, ich hätte bei Ihnen ein informierteres Wahlkampfmanagement vermutet, das ein Stück mehr von politischer Psychologie versteht und das ganz genau weiß, daß man Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt und eines Landes nicht die Lage miesmachen und nur noch in Schwarz malen kann, weil das natürlich keiner mehr hören will, meine Damen und Herren. Infolgedessen laufen sie Ihnen auch in Scharen weg.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz. — Abg. Neumann [CDU]: Stimmen denn die Zahlen nicht, die ich genannt habe?)

Herr Kollege Neumann, Sie bekommen Ihre Antwort!

(Abg. Klein [CDU]: Ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver!)

Sie werden Ihre Antwort bekommen, aber ich folge Ihrem Antrag in der Reihenfolge meiner Gliederung, wie Sie der Ihren gefolgt sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich beginne also auch bei Wirtschaft, und ich zitiere Ihnen als erstes aus den „Bremer Nachrichten“ vom 31. August 1987, wo die Handelskammer Bremen sich mit Wirtschaftsvorstellungen der GRUNEN auseinandersetzt — Zitat —: „Bemängelt wird unter anderem die Mißachtung und Fehleinschätzung der erfolgreichen Bremer Ansiedlungspolitik.“

(A) Zweites Zitat: „Bremer Nachrichten“, 19. Dezember 1986: „Die Automobilproduktion von Daimler-Benz entwickelt sich zu einer immer stärkeren Stütze für die Wirtschaftsregion Bremen, der Beschäftigtenstand der modernsten Automobilfabrik Europas hat sich“ — damals 1986 — „auf 12 000 Mitarbeiter erhöht. Die Unternehmensplanungen sehen in den folgenden Jahren eine weitere personelle Aufstockung vor. Die Beschäftigtenzahl soll bis Ende des Jahrzehnts auf 14 000 Arbeiter steigen. Mit der bremischen Automobilindustrie ist eine Vielzahl von Zulieferbetrieben verbunden. Jährlich werden Aufträge von über 300 Millionen DM an rund 1 000 Firmen in der Wirtschaftsregion Bremen vergeben.“

(Beifall bei der SPD)

Derzeit werden in Bremen rund 160 000 Fahrzeuge pro Jahr produziert. Durch die Ausweitung der Fertigung und die Entscheidung, ab 1988 in Bremen Sportwagen zu produzieren, wird die Zahl der in Bremen gefertigten Fahrzeuge auf 200 000 sich erhöhen.“ — Ende des Zitats! Das war am 19. Dezember 1986.

10. März 1987, „Bremer Nachrichten“, Überschrift: „Jetzt hat Mercedes 13 000 Mitarbeiter, Sportwagenproduktion bringt weitere Ausdehnung.“ — Ende des Zitats!

(B) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. Oktober 1986, Überschrift: „Bremen wird deutsches Zentrum von Jacobs“. Zitat: „Die Managementfunktionen dieses internationalen Konzerns für das deutsche Kaffee- und Schokoladengeschäft werden ab sofort in Bremen konzentriert. Das gab Verwaltungspräsident Klaus J. Jacobs in Bremen bekannt. Er sagte, damit wäre die Kaffeestadt Bremen neben Paris und Zürich zu einem der internationalen Standorte der Jacobs Suchard Kaffee- und Schokoladenaktivitäten.“

(Beifall bei der SPD)

Zweite Jacobs-Stufe, 13. März 1987, „Weser-Kurier“: Für den bundesdeutschen Teil des Schweizer Jacobs-Suchard-Konzerns gewinnt der Standort Bremen wieder weiter wachsende Bedeutung. Nachdem bereits im vergangenen Jahr das Suchard-Management nach Bremen verlegt worden war, folgen jetzt drei weitere wichtige Schritte in Richtung Norden. So baut Jacobs-Suchard-Gruppe in diesem Jahr auf ihrem Firmengelände in Bremen-Hemelingen eine eigene Entkoffeinierungsanlage, das Investitionsvolumen beträgt 60 Millionen DM. Darüber hinaus sollen die Kakao-Einfuhren für das Suchard-Werk in Lörrach von den niederländischen auf die bremischen Seehäfen verlagert werden.“ — Ende des Zitats! Aber lieber schwarzmalen, Herr Neumann, klar! Auf die dunklen Punkte einer schwierigen Entwicklung komme ich auch noch.

Dann lassen Sie mich zum Schluß noch, ein Eingangszitat habe ich ja bereits gegeben, zitieren „Industrie-Club-Chef sieht Bremen im Aufwind“! Zitat: „Eine überaus positive Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Bremens hat der

(C) Vorsitzende des Industrie-Clubs in der Hansestadt, der Kaufmann Egon Herbert Harms, gegeben. Harms sagte zum Jahreswechsel vor den Mitgliedern der mittelständischen Unternehmensvereinigung, er bewerte die Zukunftserwartungen der Wirtschaftsregion Bremen als gut.

Die Vorteile der geographischen Lage, die Innovationsbereitschaft der Unternehmen und die im Vergleich zu anderen Ballungszentren günstigen Rahmenbedingungen für ansiedlungs- und erweiterungswillige Wirtschaftsbetriebe ließen in ihrer Gesamtschau positive Erwartungen für die künftige Bremer Wirtschaftsentwicklung erkennen. Vor dem Hintergrund der, so Harms, nicht hausgemachten Krise, die in den zurückliegenden Jahren zu tiefgreifenden Beschäftigungs- und Produktionseinbußen in den traditionellen Bremer Wirtschaftsbereichen wie Schiffbau, Fischwirtschaft und Stahl geführt haben, sagte der Vorsitzende des Bremer Industrie-Clubs: ‚Wir sind zwar gebeutelt, aber nicht entmutigt. Für die Zukunft‘, erklärte Harms weiter, ‚hat Bremen gute und reelle Chancen, wenn alle Kräfte eingesetzt werden.‘“

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen und Herren von der CDU, für den Fall, daß Sie gewissermaßen Ihre Kräfte weiter in der Schwarzmalerei verschleifen wollen, wir werden unsere Kräfte gemeinsam mit Industrie, mit Gewerkschaften, mit allen, denen es darum geht, unsere Städte und unser Land vorwärts zu bringen, dafür einsetzen, eine zugegeben schwierige Entwicklung weiter voranzubringen!

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Kollege Neumann hat auch tunlichst die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verschwiegen, um von Wirtschaften und Menschen zu reden. Daß er die Lehrstellenpropaganda seines Kanzlers vor der dreiundachtziger Wahl nicht mehr erwähnt hätte, das würde ich ihm ja gern abnehmen wollen, denn das war peinlich genug. Aber zur Debatte über bremische Finanzen und zur Debatte über Zukunftschancen von Menschen in Bremen gehört doch wohl auch, wenn man objektiv werten will, daß man die Schwierigkeiten nennt, daß man auf der anderen Seite anerkennt, daß für dieses Land durch Senat und Parlament — der Senat, getragen von Sozialdemokraten, und da haben Sie mitgemacht, warum sind Sie nicht stolz darauf, warum nennen Sie es nicht einmal? — 370 Millionen DM bremisches Geld ausgegeben wurde, das wir natürlich nicht gedruckt haben.

Da wird hier statt dessen die Schuldenquote beschworen, als ob der Senat Konfetti dafür gekauft hätte und unnützerweise über der Stadt ausgestreut hätte, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen auch noch zitieren aus dem Bericht der Landeszentralbank Bremen, Hauptverwaltung

(A) der Deutschen Bundesbank, Wirtschaftsbericht am Ende des Jahres 1986: „Sichtbar vorangekommen ist die aus heutiger Sicht tragfähige Anpassung alter Industrien an nationale wie internationale Anforderungen. Hierzu gehören der Schiffbau, die Fischwirtschaft sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Parallel dazu vollzieht sich der Ausbau zwar traditioneller, aber gleichwohl zukunfts-trächtiger Industrien, zum Beispiel der Luft- und Raumfahrt wie der Automobilindustrie. Auch bei der Schaffung neuer wissenschaftsbezogener Arbeitsplatzpotentiale sind Fortschritte erkennbar.“

Die erfolgreiche Konzeption des Bremer Innovations- und Technologiezentrums BITZ deckt vor allem die Interessen kleiner und mittlerer Betriebe ab. In diese Richtung zielt auch die Arbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen mbH, WFG. In Bremerhaven baut das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung seine internationale Stellung im maritim bezogenen Wissenschaftsbereich aus und eröffnet dadurch zusammen mit anderen maritimen Leistungsangeboten der Region längerfristig erfolversprechende Perspektiven für neue Schwerpunkte des bremischen Industrie- und Dienstleistungskomplexes.“ — Soweit die Bremer Filiale der Deutschen Bundesbank, die Landeszentralbank!

(B) Meine Damen und Herren, an all dem, was da an Positivem sich entwickelt, ich habe Ihnen hier keine sozialdemokratischen Zitate gebracht, sondern Zitate aus einer interessierten und engagierten Öffentlichkeit, vorbeizugehen und den großen Eimer mit der schwarzen Farbe zu nehmen — Schwarz in Schwarz ist ja eigentlich gar kein Bild — und dann ein paar Pünktchen darin und zu sagen, das ist die Wirtschaftslage Bremens, oh Wähler, laßt es euch erschauern, und dann kommt in Scharen zu uns, das, meine Damen und Herren, klappt nicht! Man muß sich auf die Realitäten einstellen. Nur wer sich auf die Realitäten einstellt und von denen her Politik macht, kann Vertrauen erwerben. Das, was Sie machen, ist keine Vertrauenswerbung, das ist im Grunde die Aufforderung, aus dieser Stadt zu fliehen. Nur, die Leute tun es nicht. Sie sind klüger als Sie!

(Beifall bei der SPD)

Nun kommen wir zu der Frage, über die wir auch schon lange gestritten haben, Arbeitsplätze, qualifizierte Industrien, Zahl der Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit. Als hätte der Kollege Neumann noch nie etwas gehört von dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung, als hätte es nicht das große Beinestellen gegeben bei den Streiks um die Arbeitszeitverkürzung mit der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz, damit die Gewerkschaften sich da bitte nicht durchsetzen, als wäre das alles nicht gewesen, tut er so, als ob dieser Senat hier 40 000 Arbeitslose produziert hätte, als wäre es nicht ein volkswirtschaftliches Problem, daß durch den Einsatz immer modernerer Produktionstechnologien bei nicht genügend Kalben von Fabriken —

gleich Wachstum genannt — mit neuen Arbeitsplätzen Arbeitslosigkeit entsteht, und als sei es nicht so, daß wir uns allesamt damit plagen müssen, Konzeptionen zu finden, bei denen auch bei einem begrenzten und vernünftigen Wachstum — nicht diese Siebenprozentraten, die nötig wären, diese Arbeitslosigkeit zu beseitigen — wir dazu kämen in einer solidarischen Gesellschaft, durch Teilung, durch andere Arbeitsmarktpolitik Arbeit für alle zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Nichts von alledem, Wahlkampf hat er, zwar zugegeben in der Tonlage moderat, gemacht, aber das Fehlen von Zukunftsideen, die in Ihrer eigenen Partei ja auch diskutiert werden, das einfache Weglassen, weil man dem Senat global die Zahl in die Schuhe schieben will, Herr Kollege, das ist dann doch noch Wahlkampf!

Ganz Norddeutschland — da sind wir dann beim Lambsdorffismus, an dem Sie voll erkrankt sind —

(Abg. Klein [CDU]: Was?)

leidet unter der Krise, weil Regionalpolitik und Strukturpolitik und staatliches Handeln — —

Sie sind von den Gelben angesteckt, Herr Klein, ich gebe Ihnen ja zu, bei Ihnen ist die soziale Komponente, manchmal kommt sie noch stärker durch als bei diesen Lambsdorff-Gelben, der Herr Jäger ist von der gleichen Sorte, das sage ich nur dazu, bei Ihnen kommt sie ab und an noch stärker durch, aber dieses Laissez-faire, Laissez-aller der Wirtschaft und dann noch sagen, den Privaten, und zwar vorrangig denen, die die Großen sind, mehr Geld in die Taschen, und damit wird der ganze Wirtschaftsprozeß laufen, und damit werden alle wieder in Arbeit kommen, dieser Quark, der ist es doch!

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten uns in einem Gipfelpunkt politischer Entwicklung — manche mögen anders denken, ob das ein Gipfelpunkt war —, nämlich als wir einmal ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gemeinsam gemacht haben, darauf verständigt, daß Beschäftigung zu den Grundrechten gehört. Da haben wir im Bundestag gemeinsam ein Gesetz verabschiedet, das Beschäftigung zu einer Pflicht staatlichen Handelns macht. Übrigens haben Sie das Gesetz nie aufgehoben, Sie haben es nur still in den Schubladen verschwinden lassen oder der gelben Lambsdorff-Runde ausgeliefert bei Ihrer Wende, bei der Lambsdorff-Wende. Ihnen kann ich ja keine Wende vorwerfen. Die anderen sind gewissermaßen die Waagschreiber,

(Beifall bei der SPD)

die einmal hier, die einmal da regieren wollen, in jeder Art und Weise.

(Abg. Neumann [CDU]: Wie heißen die?)

(A) Das ist vornehmes Schwäbisch, Herr Kollege, das ist vornehmstes Schwäbisch, sonst hätte ich es im Hause nicht verwandt: einmal hier, einmal da, für den Fall, daß es dient, mit der SPD, wenn es dient, mit der CDU, wenn sie einen Koalitionspartner so enttäuscht und mißbraucht haben, daß es nicht mehr weitergeht, flugs auf die andere Seite,

(Abg. Neumann [CDU]: So ist es! — Abg. Bischoff [GRÜNE]: In Hamburg finden sie offene Arme!)

meine Damen und Herren, und so kamen Sie um das Soziale beim Begriff der Marktwirtschaft!

(Beifall bei der SPD — Abg. Wilhelms [CDU]: Gilt das auch für die Hamburger SPD?)

So kamen Sie um das Soziale. Eines sagen wir Ihnen ganz deutlich, diese soziale Komponente bei unserem Bekenntnis von Marktwirtschaft lassen wir uns nicht kaputt machen!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Klein, da die Debatte auch um die Finanzwirtschaft geht, sage ich Ihnen ganz deutlich: Was beklagen Sie hier denn Staatsentwicklung und Arbeitslosenzahlen in Bremen, wenn Sie durch die Gestaltung der Gesetzgebung, die die Arbeitsloskeitsfinanzierung betrifft, uns schon einmal Hunderte Millionen in die Sozialhilfe schieben, wenn Sie gerade dabei sind — Sie jetzt nicht als christdemokratische Parlamentarier hier, sondern ich rede von der Regierungsgesamtverantwortung in Bonn —, 200 Millionen dem Finanzsenator aus der Kasse herauszuholen nach der Steuerreform? Dann reden Sie hier, als ob der Senat auf eine ganz merkwürdige Art und Weise, obgleich er Geld genug hat, die Kultur nicht genug finanzierte, dort zu wenig täte, drittens dort angeblich trotzdem verschwende. Was ist das für eine unseriöse Betrachtungsweise?

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie wirklich, daß die Wähler Ihnen den Kram abnehmen, abgesehen von dieser Steuerreform? Sie wird sie schon noch erwischen. Ihr hervorragender Koalitionspartner, der Herr Wirtschaftsminister, hat ja nun laut heutiger Zeitung wieder verraten, daß man an die Mineralöl- und Tabaksteuer heran will, eine weitere Komponente!

Jedenfalls sollen immer die Kleinen zahlen, damit die Großen mehr in der Tasche haben, weil die Großen dann angeblich investieren, weil daraus soviel Wirtschaftswachstum entsteht, weil sie dann so viele Arbeitskräfte brauchen und weil sich dann alles ausgleicht. Das, meine Damen und Herren, glauben wir Ihnen nicht. Da wäre es schon besser, wenn diese Bundesregierung sagen würde, wir machen ein Belebnungsprogramm und geben der chemischen Industrie bedeutende Sonderabschreibungen und kon-

trollieren ab sofort jeden Schornstein und jedes Ausleiterrohr und bestrafen auf der anderen Seite ganz fürchterlich, während wir auch fördern.

(Beifall bei der SPD)

Da wäre es sinnvoller, Sie würden den Gemeinden, deren Kläranlagen noch nicht ausreichen — wir könnten auch noch eine Chemiestufe gebrauchen —, Bauinvestitionen fördern aus dem Geld, das Sie nun wieder in die Taschen wohlhabender Bürger stecken werden, die werden es doch nur auf Bankkonten tragen. Das würde Beschäftigung in einer sozialen Marktwirtschaft — zu der wir uns bekennen — schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Letztes Wort zum Geld! Bremens Bürger, Bremens Unternehmen tragen im Jahr in die Kassen des Gesamtstaates Bundesrepublik Deutschland — die Bremerhavener mit — 3,4 Milliarden DM. Das zahlt das leistungsfähige Land Bremen in seiner Wirtschaftskraft, die Arbeitenden, die Maschinenbesitzer und die anderen Steuerzahler, an den Bund! Die Zahl lassen Sie einmal auf der Zunge zergehen, 400 Millionen DM an die anderen Länder! Diesen Hintergrund muß man doch erst einmal benennen, wenn man nun auf den Streit kommt, in dem wir das Karlsruher Urteil haben.

Wir haben in dieser Legislaturperiode herrliche Debatten gehabt, Herr Klein, bei denen Sie so taten, als ob wir eher nach Canossa als nach Karlsruhe sollten,

(Abg. Klein [CDU]: Was?)

Sie haben uns bei der Bundesregierung in dieser Frage schon anrutschen lassen, Canossa statt Karlsruhe. Vor dem Hintergrund dieser 3,8-Milliarden-DM-Zahlung an andere Länder und an den Bund kann man sich dann einmal, ich denke, der Kollege Klatt stimmt mir da zu, die Frage überlegen, ob das nicht gerechtfertigt ist mit den Forderungen eines leistungsstarken Landes, das aber durch eine falsche Finanzverfassung — und da zum Teil mit Ihrer Hilfe — benachteiligt wird!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei Ihrer unrealistischen Schwarzmalerei, Ihrer Profillosigkeit und Ihrer sachlichen Inkompetenz ist es geradezu folgerichtig, daß die Wählerinnen und Wähler in Bremerhaven und Bremen nicht in ihrer Mehrheit auf diese Union setzen. Dieser Tiefstand des Vertrauens, der sich da abzeichnet, in Ihren eigenen Reihen auch schon leise befürchtet wird, bringt merkwürdige und teils für die Demokratie gefährliche Bewegungen und Unruhe mit sich. Wir würden uns hier — das will ich sagen an dieser Stelle, Herr Kollege Neumann — eigentlich schon fast lieber mit anderen, politisch

- (A) Gefährlicheren als mit Ihnen auseinandersetzen. Ich sage das mit allem Bedauern.

Ich komme einmal zur Bildungspolitik! Sie haben die Schulpolitik ja schon immer zu einem Ihrer wichtigsten Themen gemacht und haben damit regelmäßig Wahlen verloren.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Das sagt aber noch nichts!)

Bei uns ist Bildungspolitik noch immer eines der ganz wichtigen Themen, denn unser erklärtes Ziel ist ein Bildungswesen, das mehr Chancengleichheit gewährleistet, alle Begabungen ohne Rücksicht auf Herkunft — ohne Rücksicht auf Herkunft! — fördert und Bildungsziele so umsetzt, daß die Schüler zur Bewältigung ihres Lebens und zum praktischen Handeln befähigt werden. Dabei bleiben wir!

(Beifall bei der SPD)

Dieses bremische Schulsystem hat sich bewährt!

Um nur einmal einen Punkt zu nennen! Vor 1975 gab es 14 gymnasiale Standorte in Bremen. Mittlerweile sind es 34. Das müße jeder anerkennen, der nicht dem Organisationsfetischismus unterliegt, den Sie mit Ihrer komischen Gymnasialdiskussion aufmachen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) 20 Bildungsstätten mehr, an denen das Abitur gemacht werden kann, 20 Orte gymnasialer Bildung mehr! Natürlich wollen wir diejenigen fördern, die dazu befähigt sind, Unternehmerkinder, Anwaltskinder, Arbeiterkinder, Angestelltenkinder, alle. Ihre Debatte erzeugt manchmal, ich weiß, daß das ganz so auch nicht ist, den komischen Eindruck, als ob Sie irgendwelche Laufbahnen und spezielle Wege basteln wollten, in denen Konkurrenz ausgeschaltet wird, als sei das größte Problem bremischer Schulpolitik, es zu erreichen, die durchschnittlich begabten Kinder besonders begüterter Eltern an die Ziele und Schaltpunkte zu bekommen, wo sie nach der Meinung der Eltern hinsollten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Pure Ideologie!)

Herr Kollege Klein, da sollen sie ja auch hin, wenn sie den Laden erben! Aber wir garantieren mit unserem Schulsystem, daß nach dem Maß der Befähigung auch diese Mädchen und Jungen das werden können, was sie nach aller Lebenschance, und dazu gehört auch Eigentum, werden können. Am bremischen Schulsystem ist noch keine Unternehmerkarriere gescheitert.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Deswegen besuchen Ihre Kinder auch eine Privatschule! — Abg. Dr. Menke [CDU]: Aber die eigenen Kinder auf die Privatschule schicken!)

Dann kommen wir einmal zur Berufsschule, und zwar in der sogenannten deutschen Hauptstadt, die ja den Vorteil hat, daß jede zweite Mark aus der Bundeskasse bezahlt wird, also Gestaltung von Schulsystem und Berufsschulsystem wohl in jeder beliebigen Form! Wie viele Berufsschultage haben wir da? Herr Kollege Klein, raten Sie einmal! Einen einzigen! Hier wird lautstark beklagt, weil ja auch die jetzt nicht protestieren, mit denen wir es häufig zu tun haben, die sagen: Wie, der kann doch nicht soviel aus unserem Betrieb heraus, diese ganze Berufsschule, das Mädchen oder der Junge, die sollen doch bitte im Betrieb lernen und nicht in der Berufsschule. Diesen Teil der Debatte haben Sie heute, weil von oben niemand ruft, eine ausgeschlossen und über zu wenig Berufsschule geklagt.

Im übrigen, meine Damen und Herren, Herr Finanzexperte Klein, Herr Neumann, wenn der Schülerberg denn schon aus der allgemeinen Schule durchrollt auf die Berufsschule und wenn das wahr ist, es ist ja wahr, daß wir finanzielle Engpässe des Landes Bremen in diesen Jahren zu bewältigen haben, wie kann man sich denn da wundern, daß dieser Schülerberg in Berufsschulen nur mit Mühe und mit Engpässen und mit manchen Schwierigkeiten zu bewältigen ist! Wie kann man sich überhaupt darüber wundern? Aber wie kann man daraus eine Staatskrise machen? Wir verstehen das jedenfalls nicht!

Ich komme zum nächsten Punkt, Kulturpolitik! Wenn man das so hört, Herr Neumann, das muß ja eine fürchterliche Banausenrepublik da an der Weser sein, wo die noch mit dem Holzlöffel essen!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich will Ihnen nur einige Belege zeigen. Bremische Kultur: Die Stadt ist ja besser, und die Menschen wissen es, sie verdient nur diese Art der Union gar nicht. Kulturpolitik: „Aphrodites Schwestern“, eine weltweit beachtete Ausstellung, Leistung bremischer Kultur!

(Abg. Fücks [GRÜNE]: Na, eine Leistung bremischer Kultur?)

Wenn Ihnen das zu hoch ist, ein bißchen praktischer: „Lebenswelt Häfen“, Deutsches Schifffahrtsmuseum Bremerhaven!

(Abg. Klein [CDU]: Wenn schon kein humanistisches Gymnasium, müssen wir wenigstens griechischen Humanismus haben! — Senator Franke: Beleidigen Sie nicht das AG! — Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Klein, ich danke für den Zwischenruf, denn Humanismus, meine Damen und Herren, ist ein Begriff, der auch unsere Parteiprogramme zutiefst prägt, Humanismus als Summe und Erbe von Geschichte nach dem Motto, wir wollen die alten Fehler nicht wiederholen! Nur, die Vermittlung,

(C)

(D)

- (A) Herr Kollege Klein, bei Ihrem Humanismus muß sehr schwierig sein, ansonsten wäre es wohl nicht möglich, daß die Kinder des Humanistischen Gymnasiums in Bremen vor Ferienende nichts Besseres zu tun hatten, als Tische und Stühle der Steuerzahler auf dem Markt zusammenzuwerfen, als wollten sie ein Autodafé abhalten.

(Beifall bei der SPD)

Kunst und Kultur zu vermitteln einschließlich Humanismus für alle Schichten unserer Bevölkerung bleibt stetiges Ziel sozialdemokratischer Politik.

(Abg. Neumann [CDU]: Hört, hört!)

Der Herr Bildungssenator hat in bezug auf die Möbeltransporteure auch das Nötige getan, damit sie wissen, daß man als Humanist solche Möbel, die der Steuerzahler bezahlt hat, nicht über den Marktplatz zieht, als ob man seinen privaten Sperrmüll irgendwo abgeben wollte.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ihre Passage zur Familien- und Sozialpolitik, meine Damen und Herren von der CDU, ist allerdings nicht nur schizophren, Ihr Antrag, Herr Klein, in den Sie einmal hineinschauen sollten, ist geradezu perfide. Die Politik des Nichtstuns und des Aussitzens, des Ignorierens, der Ignoranz gegenüber Struktur- und Arbeitsmarktproblemen, die Ihre Bonner Freunde an den Tag legen, treibt strukturschwache Regionen und Kommunen doch an den Rand des Ruins und natürlich nicht nur Emden und nicht nur andere Städte, in denen Sie auch noch die Regierung haben in Norddeutschland, in Schleswig-Holstein, nein, die großen Schwierigkeiten auch in Bremen! Immer mehr Menschen sind an das Existenzminimum gekommen, allein in Bremen und Bremerhaven leben 66 000 Menschen an der Armutsgrenze, sind 55 000 auf Sozialhilfe angewiesen, mußten 1986 rund 500 Millionen DM ausgegeben werden für Hilfe zum Lebensunterhalt. Wenn wir diese 500 Millionen DM Hilfe zum Lebensunterhalt nicht ausgeben müßten, weil wir eine andere Gesellschaft hätten, in der jeder Arbeit hat und in der jeder vernünftig mit Rente versorgt wird, dann gäbe es das Bremer Problem, über das wir in der Finanzpolitik reden, überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Für Sozialdemokraten gilt jedenfalls, Arbeitslose haben Anspruch auf Unterstützung, Arbeitslose gehören nicht in die Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit gehört sich überhaupt nicht, sondern Arbeit, und zwischendurch, wenn so etwas passiert, wird das Arbeitsamt zuständig, aber darin hat Ihre Bundesregierung schwer herumgepfuscht mit katastrophalen Folgen für Länder, Städte und Gemeinden.

(Beifall bei der SPD)

- (C) So wird denn der Sozialetat der Kommunen als Folge Ihrer Bonner Politik aufs äußerste strapaziert, muß jede Mark zusammengekratzt werden, um die nötigen Hilfen geben zu können. In dieser Situation, Herr Neumann, wagen Sie es dann aufzustehen und mit dem Finger auf uns zu zeigen, als täten wir nicht genug, als gäbe es eine sozialdemokratische Bremer Verweigerungshaltung gegenüber der Bremer Bevölkerung und keine Bonner Verweigerungshaltung, wo gewissermaßen der Hahn halb zugedreht wird vor dem Hintergrund berechtigter Forderungen Bremens.

(Beifall bei der SPD)

Dann läßt es sich gut reden über 1 000 Kinder, die leider keinen Kindergartenplatz bekommen haben, da wird sorgfältig nicht erwähnt, daß 10 000 Kindergartenplätze zur Verfügung stehen, weitaus mehr als zu Beginn der siebziger Jahre!

Zur Versorgung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger: Der Anteil von ihnen wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, dies erfordert den Ausbau der entsprechenden Hilfen. Ich sage das Wort Finanzknappheit gleich dazu, denn Dukaten-scheißer gibt es nicht, und das Geld wird hier nicht gedruckt. Bremen hat zur Zeit 38 Altentages- und Begegnungsstätten, die eine Stützpunktfunktion in der Stadtgemeinde haben und die wir erhalten wollen, Teile städtischer Kultur, kein Wort bei all der Schwarzmalerei! Dienstleistungszentren der Wohlfahrtsverbände sorgen für die Versorgung der Senioren, die auch im hohen Alter in ihren Wohnungen bleiben möchten, und Ihr Neue-Heimat-Geplänkel heute morgen noch einmal zeigt ja, daß selbst dieses Bekenntnis der fünfziger und sechziger Jahre, als wir gemeinsam der Meinung waren, daß Wohnungen sichern Sicherung von Grundexistenz ist, unter dem gelben Lambsdorff-Bazillus allmählich ausgekehrt wird.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Hoffentlich kommt er nicht hierher, dann mußt du zurücktreten, Conny!)

Wir kommen erst einmal zur Umwelt, Rudi! Umwelt! Dem Herrn Kollegen Neumann, das haben Sie, Frau Bernbacher, hoffentlich auch gemerkt, ist aus seinem Antrag der Punkt Umwelt völlig entfallen.

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, Sie haben mir die Redezeit gestern gestrichen, geben Sie mir fünf Minuten, dann hätte ich auch dazu etwas gesagt! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kunick, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(Lachen bei der CDU)

(A) Abg. **Kunick** (SPD): Also, meine Damen und Herren, wir wollen fair sein, ich sage nur — —.

(Abg. **Klein** [CDU]: Herr Präsident, Herr Kunick soll fünf Minuten daranhängen, es ist zu wichtig!)

Ich lasse einiges weg, Herr Kollege Klein!

(Abg. **Neumann** [CDU]: Jetzt geht es Ihnen genauso!)

Ich hätte Ihnen sicherlich noch den einen oder anderen Kummer bereiten können.

(Abg. **Klein** [CDU]: Herr Präsident, Herr Kunick sollte wirklich fünf Minuten daranhängen, es ist zu wichtig! — Lachen bei der SPD)

Fragen Sie den Präsidenten doch! Ich darf also, Herr Präsident, zum Schluß kommen und lasse einiges weg. Zum Thema Umweltschutz ist schon bemerkenswert, in welcher Art und Weise Sie aus der politischen Schwarzmalerecke nicht in der Lage sind, Umwelt und die Notwendigkeit, Arbeit zu schaffen und zu erhalten, zusammenzubringen, wie Sie mit einer Philosophie der fünfziger und sechziger Jahre Wiese wahrscheinlich immer noch ansehen als schlichte Bullenaufbewahrungsanstalt. Auf der anderen Seite die GRÜNEN, zugegeben mit ihrem gebrochenen Verhältnis zur Arbeit,

(B)

(Abg. **Thomas** [GRÜNE]: Na, na! — Bürgermeister **Wedemeyer**: Sehr gut!)

mit Ihnen, das wird sich noch zeigen, kann Notwendiges nicht getan werden, wenn Betriebe expandieren wollen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Die Nagelprobe darauf, Herr Fücks, versprechen wir Ihnen für die nächste Legislaturperiode.

(Abg. **Thomas** [GRÜNE]: In der Rüstungsproduktion! — Abg. **Fücks** [GRÜNE]: Bei der Luneplate!)

Warten Sie einmal ab! Da wird noch manches kommen, da werden Sie genauso wie die BGL seinerzeit gegen Arbeitsplatzbeschaffung und -notwendigkeiten Kopfstände machen in diesem Hause.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Der einzige, der das kann, ist Herr Helmke, er hat Turnen unterrichtet!)

Ich komme, Rudi Gassdorf, nicht zu Ihnen, verehrter Kollege, Sie bleiben uns ja erhalten, ich komme zum Kollegen Neumann am Schluß meiner Ausführungen. Man macht sich, lieber Kollege Neu-

mann, ja auch so seine Gedanken über die anderen Parteien. (C)

(Abg. **Neumann** [CDU]: Sie machen sich sehr viele, das ist sehr nett von Ihnen!)

Am Ende dieser Legislaturperiode kann ich Ihnen versichern, ein Wahlkampf ohne eigentlichen Gegner, ohne einen kräftigen, knackigen Spitzenkandidaten auf der anderen Seite

(Bürgermeister **Wedemeyer**: Knackig?)

bereitet wirklich kein richtiges Vergnügen. Zwi-
schendurch haben wir uns schon Überlegungen hingegeben, wie wir Ihren voraussichtlichen Nachfolger etwas bekannter machen könnten. Einige haben gesagt, ein Kreuzworträtsel, andere haben gesagt, das ist zu schwierig, darauf kommt ja doch keiner.

(Heiterkeit bei der SPD — Bürgermeister **Wedemeyer**: Stadt in Frankreich kann man ja noch fragen!)

Ich will jetzt nicht mehr auf Ihren Nachfolger eingehen, ob der hier schon sitzt oder ob er auf den Plakaten ist, darüber, wenn die Herren sich inzwischen nicht schon geeinigt haben, wie das Bein gestellt wird,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

darüber sind Sie selbst ja wohl noch gespannt, was nun daraus werden könnte. (D)

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Das sagen wir nicht!)

Nein, zu Ihnen persönlich, Herr Neumann! Ihnen persönlich, lieber Herr Kollege Neumann, wünschen wir Sozialdemokraten alles Gute, ein Nachfolger, ein wirklicher für Sie, ist noch nicht in Sicht, und wie ich Sie kenne, wird das auch einige Schwierigkeiten bereiten, denn bei aller politischen Auseinandersetzung, Sie waren ein beachtlicher Gegner, wenn Sie sich jetzt voll auf Ihre Bonner Aufgabe konzentrieren, bleiben Sie bitte, Sie können es dann ja offener tun, bisher haben Sie oft leise im Hinterhalt bremische Argumente vertreten, die Sie hier dann auch laut wieder verdammt haben, bleiben Sie bitte ein guter Vertreter bremischer Interessen in Bonn, nicht daß Sie Ihre politische Gesinnung verleugnen sollten, aber bleiben Sie bitte Bremer!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Heute geht es hier im Parlament am Ende der Legislaturperiode nicht nur um die politische Bilanz des Bremer Senats, sondern

- (A) auch um die parlamentarische Arbeit der Oppositionsparteien. Die Umweltschutzpolitik des Senats während der letzten vier Jahre hat der grünen Fraktion jeden Tag die Wichtigkeit ihrer Präsenz im bremischen Parlament bestätigt, denn der Umweltschutz hat in diesem Land seine Grenze, wo wirtschaftliche Interessen beschnitten werden, Herr Kunick, und wir sind nicht gegen Neuansiedlungen von Firmen, wenn sie sich zu der dringend notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfung entschließen könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN — Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

Fangen wir gleich mit der gravierenden Fehlplanung im Niedervieland an! Von Anfang an haben wir auf die sinnlose Zerstörung zugunsten zweifelhafter wirtschaftlicher Nutzen hingewiesen. Hohn und Spott war lange Zeit die einzige Reaktion der SPD. Man denke nur an die unsäglich naive Rede des Abgeordneten Schreiber von der SPD, die dieser mit Zustimmung seiner Fraktion im Dezember 1985 hier im Parlament ablieferte, als es um den Landschaftsschutz im Niedervieland ging!

- (B) Ein halbes Jahr später wartete die SPD-Fraktion mit der Neuigkeit auf, man wolle das Niedervieland vor der Totalzerstörung retten, und die SPD-Fraktion forderte den Senat auf, auf das Niedervieland III zu verzichten. Senator Lenz ließ daraufhin verlauten, man sei lernfähig, und die Zeit der Gewerbegroßansiedlungen sei ohnehin vorbei, und stimmte dieser Forderung zu. Der Fraktionsführer der SPD, Herr Kunick, fand anerkennende Worte für die GRÜNEN und schwärmte von Naturbetrachtungen und von wunderbaren Dingen im Niedervieland, was die Oppositionspartei, die CDU, ja von Wigwam und Fröschen und gemeinsamen nächtlichen Wanderungen reden ließ.

(Lachen bei der SPD)

Es ist wohl eher eine Mischung aus wirtschaftlichen Erwägungen und auch ökologischer Einsicht auf Druck der GRÜNEN und der Naturschutzverbände, daß das Niedervieland vor der Zerstörung durch Baumaschinen gerettet wird, dann die Entwicklung in dem Güterverkehrszentrum geht sehr langsam vor sich, nicht, wie man sich das gedacht hat. Die siedlungswilligen Unternehmer stehen nicht Schlange, wie vor drei Jahren im Beirat Strom von Vertretern der Wirtschaftsförderungsgesellschaft angekündigt wurde. Das Gegenteil ist der Fall. Grund und Boden wird wie Sauerbier billig angeboten in dem Gebiet.

Das Konzept der Erno-Studie wird nicht realisiert, wonach neue Verteil- und Verkehrstechniken angesiedelt werden sollten. Die wenigen Unternehmen im GVZ sind konventionelle Speditionsfirmen, die ihre Transporte weiterhin über die Straße ab-

wickeln, es handelt sich dabei auch nicht um Neuansiedlungen, sondern vornehmlich um Firmen, die aus anderen Bremer Stadtteilen dorthin verlegt wurden. Die Bundesbahn ist in das GVZ noch gar nicht einbezogen, und ein Verkehrskonzept, Anbindung an die Bundesstraßen und Bremer Straßen fehlt nach wie vor. Hier bahnt sich offensichtlich ein großer wirtschaftlicher Flop an. Das wird in den zuständigen Behörden auch ganz offen und ehrlich diskutiert.

Dem Hollerland ging es nicht besser! Der Bedarf an Gewerbefläche — ausgerechnet in dem ökologisch hochwertigen Landschaftsschutzgebiet — ist nie nachgewiesen worden. Nein, das Hollerland wurde geopfert, um der Neuen Heimat Bremen finanziell in der Vergangenheit zu helfen. Das Opfer war vergebens, ein großer Teil des Hollerlandes wurde zerstört und die anderen Flächen durch Bauaktivitäten stark beeinträchtigt.

(Bürgermeister Wedemeier: Drei Fünftel stehen unter Naturschutz!)

Bei den jetzigen Verhandlungen des Bremer Senats und der Neuen Heimat steht die intensive wirtschaftliche Ausnutzung der wertvollen Grünflächen wieder zur Debatte. Jetzt wird nicht vor der Wahl da Klarheit geschaffen, sondern, das versteht sich, hinterher. Das alles, obwohl der Umweltschutz nach zweijähriger Vorbereitung in die Landesverfassung aufgenommen wurde!

- (D) Es war ein Erfolg grüner Unbeirrbarkeit, und in diesem Fall meiner eigenen ganz persönlichen, allerdings später mit der Unterstützung der Naturschutzverbände und vieler Bürgerinitiativen, daß der ominöse Begriff „möglichst“ im Verfassungstext fallengelassen wurde. In Zusammenhang mit dem Satz „Umweltschäden sind möglichst zu vermeiden oder auszugleichen“ hätte diese Formulierung allen Wachstums- und Naturzerstörungsfetischisten noch weiter Tor und Tür geöffnet. Es war erstaunlich, wie schnell SPD und CDU einen Tag vor der Abstimmung hier im Parlament angesichts einer drohenden Volksbefragung das lange hartnäckig verteidigte „möglichst“ fallenließen.

Aber was geschah nach der Aufnahme

(Abg. Kunick [SPD]: Was geschah bei der Aufnahme? Die GRÜNEN schlichen davon!)

des Umweltschutzes in die Bremische Landesverfassung? Gleich am Anfang wurde der mit allen Fraktionen vereinbarte begleitende Maßnahmenkatalog zum Schutze der Umwelt von der SPD-Fraktion trotz Protestes der Oppositionsparteien durch das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“ ersetzt, obwohl dieses Papier unverbindliche Absichtserklärungen enthält und niemals einen konkreten Maßnahmenkatalog ersetzen kann. Hier wurde ein Parlamentsbeschluß eklatant mißachtet, und das zeigt, daß Umweltschutz, wenn er grundsätzlicher Art ist, von der SPD nicht ernstgenommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) Obwohl wir den Umweltschutz als Staatsziel in die Bremer Landesverfassung aufgenommen haben, läßt Senator Meyer weiter den besonders giftigen Sondermüll wie Säureharze und Lösungsmittel aus den Lackierereien nach Schönberg in die DDR transportieren. Dies ist ein umweltpolitischer Skandal!

Gerichtsurteile aus Hessen, Schleswig-Holstein und jetzt auch aus Hamburg haben dies wegen drohender Gefährdung des Grundwassers im Lübecker Bereich längst verboten. In einem Brief vom 24. 8. 1987 fordert der Lübecker Senator Hilbert den Bremer Bausenator energisch auf, die Giftmülltransporte nach Schönberg ab sofort mit Rücksicht auf die Gefährdung der Lübecker Bürger sofort einzustellen, und er weist in diesem Zusammenhang auf das Gutachten von Dr. Grohneimeier, des Hydrologen, hin.

Herr Senator Meier hatte in der Bürgerschaftssitzung — er ist nicht da, schade! — am 29. 1. 1987 bestritten, daß irgendeine Gefährdung für die Lübecker Bürger von der Deponie Schönberg ausgehen könnte. Hoffentlich glaubt er nun seinem Kollegen Hilbert. Die von mir damals genannten Gutachten nahm er jedenfalls nicht zur Kenntnis. Aber jetzt müssen der Bausenator und der Senat handeln. Es ist ihre Pflicht und ihr politischer Auftrag, für eine umweltverträgliche Verwahrung des Giftmülls aus Bremen zu sorgen. Sie hatten lange Zeit dazu, denn diese Entwicklung bahnte sich über Jahre hinaus an. Als erstes muß Bremen seine Funktion als Umschlagplatz für Gift- und Sondermüll aufgeben, um die Menge des Giftmülls zu reduzieren, da kann man auf hier ansässige einschlägige Firmen keine Rücksicht nehmen.

(B)

Die Aufnahme des Umweltschutzes in die Landesverfassung verhinderte auch nicht, daß aus ökologischer und ökonomischer Sicht katastrophale Abfallverwertungspolitik durch den Einbau einer Rauchgaswäsche auf Jahrzehnte festgeschrieben wird. Unser wissenschaftlich und wirtschaftlich sorgfältig erarbeitetes Abfallkonzept Vermeidung, Verwertung, Entgiften als Alternative zu der Abfallverbrennung wurde von Ihnen abgelehnt, obwohl die SPD etwas Gleichwertiges nicht anzubieten hatte. Sie lehnte es ab, weil es nicht aus ihren Behörden kam, nicht von ihr erarbeitet war. Dieser Mangel an Souveränität zeigt, daß es Ihnen selten um die Sache geht, sondern um kleinkariertes, miefiges Prestigedenken zu Lasten der Natur und auf Kosten der Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Einstellung zeigt sich auch zum Beispiel — das fällt mir gerade ein — beim Thema Teerhof, auf das wir ja noch heute kommen werden. Bei all diesen Problemen spielt die Umweltsenatorin entweder keine oder eine unerhebliche Rolle. Nur als es um die dringend erforderliche Smogverordnung für unser Land Bremen ging, wurde das Thema mit der gewohnten Inkompetenz abgebügelt, als wenn die Umweltsenatorin viel mehr Durchblick und Urteilsvermögen hätte als die Umweltpolitiker anderer Bundesländer. Inkompetenz und Schwäche, Zurück-

weisung von Zuständigkeiten und Arroganz als politische Überlebensstrategie (C)

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Genau!)

sind bezeichnend für die politische Handlungsweise dieser Umweltsenatorin.

Ich könnte noch viele Beispiele anführen, wo sie nicht für ihr Ressort kämpfte, nicht ihre Möglichkeiten voll ausschöpfte, sich auf Bundesgesetzgebung in Bonn verließ. Ich sage nur Stichworte wie Baumsterben, Baumschäden, Bürgerpark, 40 Notüberläufe beim Mischwasser 90, Aufhebung des Landschaftsschutzes im Werderland zugunsten ökonomischer Interessen. Der Katalog könnte so weitergehen.

Aber jetzt noch zu einem anderen Thema! Eine beschämende Stunde hier im Parlament war die Debatte zum Thema Gewalt gegen Frauen. Ein müdes, spärlich besetztes Parlament ließ lustlos die Reden zum Thema über sich ergehen, ohne die Brisanz dieser Problematik zu erfassen, was sich besonders in den Anträgen der Regierungsfraktion äußerte. Da ist es nicht verwunderlich, daß unsere jahrelangen Forderungen, die beiden Bremer Frauenhäuser als unverzichtbare Einrichtung zum Schutze der Frauen und Kinder vor Gewalt über einen Haushaltstitel finanziell abzusichern, abgelehnt wurden.

Meine Appelle an Sie, meine Damen Abgeordneten der großen Fraktionen, wenigstens hier im Parlament ein Signal der Solidarität für die Frauen draußen zu zeigen, scheiterte jedesmal, Sie hatten keinen Mut dazu, geschweige denn in Ihren Fraktionen für die Frauenhäuser zu kämpfen und für Einrichtungen für Frauen. Ein Vorstoß der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen zu diesem Thema scheiterte im Rahmen der SPD-Programmdebatte.

(D)

Die Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau wird zwar gern vom Senat als frauenpolitisches Feigenblatt benutzt, aber die Bemühungen der Zentralstelle, den Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verschaffen, findet beim Senat wenig Resonanz. Das zeigen die harten Sparbeschlüsse auf Kosten der Frauen.

Auch die Berufschancen der Frauen, speziell für leitende Funktionen, sind weiter sehr eingeschränkt. Herr Senator Scherf kann angeblich laut „taz“-Bericht keine qualifizierten Frauen für die Besetzung von Spitzenpositionen in seinem Ressort finden. Sollte dies ein journalistisches Mißverständnis sein, dann nehme ich das zurück. Sie haben ja mit Mißverständnissen so Ihre Erfahrungen. Ich frage Sie aber, Herr Senator Scherf, wo haben Sie eigentlich suchen lassen, und ich sage, welch ein Chauvinismus eines linken Sozialdemokraten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren, in der Bilanz der Fehleinschätzungen gibt es einige Spitzenreiter, eine davon — neben dem Teerhof — ist das Prozedere um die Einführung der Umweltkarte.

- (A) Es war eine grüne Initiative, als der Abgeordnete Willers mit Pressevertretern im Dezember 1984 nach Freiburg und Basel fuhr, um sich dort an Ort und Stelle über die Umweltkarte im öffentlichen Nahverkehr zu informieren. Im Januar brachten wir einen Antrag ein, der die Einführung der Umweltkarte forderte, er wurde abgelehnt. Im Mai brachten wir noch einmal einen Antrag ein, er wurde abgelehnt. Über den Reinfall der Blauen Karte — Ihre Initiative, meine Damen und Herren von der SPD — brachte die SPD dann die Umweltkarte im Oktober als ihre Initiative heraus und läßt sich dafür ausgiebigst feiern. Es ist immer die gleiche Methode, erst beschimpfen, verhöhnen, ablehnen, dann die Ideen des politischen Gegners übernehmen und als eigenen Erfolg vorzeigen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat übrigens auch der Oppositionsführer Vogel im Bundestag gestern angeprangert. Ich meine, es hat wirklich mit politischem Anstand und politischer Kultur nichts zu tun!

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

- (B) Aber nun zum Schluß meiner letzten Rede in der Bürgerschaft (Landtag) in dieser Legislaturperiode! Gestatten Sie mir noch ein kurzes persönliches Wort! Ich habe in den letzten vier Jahren es immer trotz allem als große Ehre empfunden, hier in der Bürgerschaft mit Ihnen zum Wohle unseres Landes zu streiten und zusammen zu arbeiten, obwohl die Möglichkeiten als Mitglied einer kleinen Fraktion sehr gering waren. Mit Sorge sehe ich die zunehmenden Schwierigkeiten, die Regierung durch das Parlament wirksam zu kontrollieren, zumal, wenn eine übermächtige Regierungsfraktion in dieser wichtigen Frage versagt oder sich nur als Arm der Regierung versteht. Darüber hinaus engt das Blockdenken der großen Fraktionen den Spielraum eines jeden Abgeordneten unnötig ein. Diese Beobachtungen gehören zu den negativen Erkenntnissen meiner parlamentarischen Arbeit. Trotzdem hat mir das politische Wirken im Namen meiner jungen Partei, die GRÜNEN, viel Freude bereitet.

Ganz besonders danke ich Ihnen, Herr Präsident Dr. Klink, Frau Präsidentin Knorr, dem Präsidium insgesamt für die Geduld und Toleranz, die Sie besonders mir und meinem Temperament entgegengebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und an meine Kollegen hier im Plenarsaal: Wen ich nicht in den letzten Jahren beschimpft habe, den bitte ich ausdrücklich um Entschuldigung!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

- (C) Aber zurück zu den Nachdenklichkeiten! Ich wünsche uns allen Frieden, und dieses Parlament wird seinen Anteil dazu weiterhin beitragen. Ich möchte mit dem Wort von Gustav Heinemann schließen, „denn der Friede ist der Ernstfall“. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Frau Bernbacher, ich glaube, Sie haben uns viele anregende und aufregende Debatten geliefert, Sie werden uns fehlen.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Oeing.

Abg. Oeing (REP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich weiß nicht, ob das eine abschließende Rede ist, nur eines weiß ich ganz sicher: Das entscheiden nicht Sie, sondern das entscheidet immer noch der Bremer Wähler hier.

(Bürgermeister Wedemeier: Gott sei Dank!)

- (D) Meine Damen und Herren, wir Republikaner wollen natürlich auch eine Bilanz der letzten Jahre ziehen, insbesondere der letzten zwei Jahre unter Bürgermeister Wedemeier. Ich habe, Herr Bürgermeister, mit großem Interesse die Fernsehsendung „Länderspiegel“ am 15. August im ZDF gesehen, in der die Spitzenkandidaten der Parteien hier in Bremen zu Wort kamen. Sie haben da einen Satz gesagt, der mich, aber leider nicht die anderen Kandidaten zum Widerspruch gereizt hat. Sie haben gesagt: „Wir haben in den letzten zwei Jahren in Bremen erhebliche Erfolge zu verzeichnen.“

Dies schien nicht nur den anderen Kandidaten, sondern auch dem Redakteur die Sprache verschlagen zu haben, denn der hätte nur zu fragen brauchen: Welche Erfolge haben Sie denn nachzuweisen, Herr Wedemeier?

(Bürgermeister Wedemeier: Das sage ich Ihnen gleich!)

Wenn Sie darauf geantwortet hätten, daß heißt wahrheitsgemäß, versteht sich, hätten Sie sich aus unserer Sicht blamiert. Sie geben, Herr Bürgermeister, viel Geld aus, um den Bürgern in Bremen und Bremerhaven Ihre, wie Sie es nennen, Erfolge und Ihre Politik näherzubringen. Nur, Werbeschriften auf Hochglanzpapier und gute PR-Manager können die Fakten hier im Land Bremen weder kaschieren noch leugnen.

Ich will bei unserer Kritik an Ihrer Politik die gleichen Maßstäbe anlegen, die Sie bei anderen beziehungsweise bei der jetzigen Bundesregierung anlegen. Da gibt es eine Menge Fragen an Sie, die ich hier stellen möchte. Gibt es nicht auch oder gerade

(A) in Bremen im Gegensatz zum Bundestrend steigende Arbeitslosenzahlen? Gibt es nicht eine weitere Abwanderung von Betrieben? Wir haben das hier ja häufig schon dargestellt. Wir haben über das Klima hier in Bremen gesprochen, über die verfehlte Schulpolitik, über die Gewerbesteuer hier im Umland. Gibt es ein nicht unwesentlich geringeres Wirtschaftswachstum als im Bundesdurchschnitt?

Wie sieht es denn mit den Finanzen aus, Herr Bürgermeister Wedemeier? Ich will dies nur ganz kurz zusammenfassen. Wir haben trotz mancher Hilfen aus Bonn eine stetig steigende Schuldenlast, die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder in der Bundesrepublik und eine Zinsbelastung, die nur durch immer neue Schuldenaufnahme noch zu tilgen ist.

Hier lassen Sie mich auch ein Wort an die FDP richten! Ich habe mit Entsetzen eigentlich festgestellt, daß gerade die FDP von sich behauptet, sie werde diesen Haushalt in Ordnung bringen. Meine Damen und Herren, dies bezeichne ich als eine glatte Lüge. Dieser Haushalt in Bremen wird weder von dieser Generation noch von der nächsten oder übernächsten Generation in Ordnung gebracht. Dieser Haushalt wird von niemanden in Ordnung gebracht. Ich sage Ihnen, wir sollten froh sein, wenn wir überhaupt den Status quo halten können.

Wie sieht es, Herr Bürgermeister, denn mit Ihren Erfolgen in anderen Bereichen aus? Ich nehme einmal hier die innere Sicherheit. Wenn man in Bremen morgens die Zeitungen aufschlägt, hat man das Gefühl, wir befinden uns im Chicagoo der zwanziger Jahre und nicht, wie es sein sollte, in einem kleinen sympathischen Zweistädtestaat.

(B)

(Bürgermeister Wedemeier: Ich habe das Gefühl, daß Werder Meister wird, wenn ich die Zeitung aufschlage!)

Berichte über Tötungsdelikte, Vergewaltigungen, Überfälle werden uns Bremern jeden Morgen zum Frühstück serviert.

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Panikmache!)

Nein, daß Ihnen das Thema nicht paßt, Herr Fücks, das glaube ich gern! Alte Frauen werden in Straßenbahnen belästigt oder bestohlen, ohne daß jemand eingreift. Junge Mädchen können kaum noch ohne Begleitung nachts nach Hause gehen, ohne Gefahr laufen zu müssen, belästigt oder gar vergewaltigt zu werden.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Law and order müssen kommen!)

Einbrüche in Häuser und Wohnungen selbst am helllichten Tag durch organisierte Banden erregen kaum noch die Aufmerksamkeit der Leser und, was aus unserer Sicht noch viel schlimmer ist, auch nicht die Aufmerksamkeit der Politiker. Keine Nacht vergeht, ohne daß Bremer am Morgen feststellen müssen, daß Kriminelle ihre Autos von innen wie von außen

verändert haben. Wer gar in Bremen sein Fahrrad für zwei Stunden abstellt und es dann auch noch wiederfindet, darf hier getrost als Glücksritter bezeichnet werden.

(C)

(Beifall bei den REP)

Was steht dem gegenüber? Dem gegenüber steht eine total demotivierte, frustrierte, schlecht ausgerüstete, personell hoffnungslos unterbesetzte

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Parteitag der Republikaner!)

und deswegen auch völlig überforderte Polizei. Es war kein geringerer als Polizeipräsident Diekmann — versteht sich, Mitglied der SPD —, der zweimal in den letzten Jahren die politisch Verantwortlichen darauf hinwies, daß er mit seiner Polizei, wenn nicht gravierende Änderungen eintreten, die innere Sicherheit Bremens nicht mehr garantieren könne. Änderungen sind nicht eingetreten. Die Kriminalität steigt.

Ein zweiter Beweis für meine Behauptungen: Mit Bitterkeit habe ich den Medien entnommen, daß sich in einigen Stadtteilen Bremens — ich erinnere hier an Gröpelingen — Bürgerwehren organisieren, um ihr Hab und Gut und ihr Leben zu schützen. Um dies hier ganz deutlich zu machen, meine Damen und Herren: Wir Republikaner lehnen solche Bürgerwehren ab. Aber bedarf es noch eines besseren Beweises, daß die Bürger das Vertrauen zur Polizei, zu diesem Staat verloren haben? Ist es nicht eine Ohrfeige für jene Politiker, die immer behaupten, in Bremen sei die Welt in Ordnung, es läge nur an der Opposition, die alles hier so mies mache? Ist es nicht ein Beweis dafür, daß dieser SPD-Staat seine Bürger nicht mehr schützen kann?

(D)

Ich kann allerdings auch den Zorn der Bremer Bürger verstehen, wenn der Innensenator die Vorwürfe herunterspielt und statt dessen im „Spiegel“ darüber philosophiert, ob man nicht die Verfassung ändert und in Bremen das Ausländerwahlrecht einführt. Ich mache ganz deutlich: Ein Ausländerwahlrecht mit uns wird es nicht geben, Herr Beckmeyer!

Damit das deutlich wird: Unsere Angriffe richten sich nicht gegen die Polizisten, die unter schwersten Bedingungen das tun, was sie können, und vor allen Dingen, was sie tun dürfen, und die gerade hier in Bremen immer mehr zum Prügelknaben linker Chaoten werden und das in dem traurigen Bewußtsein, daß die politische Führung nicht hinter ihnen steht. Meine Angriffe richten sich gegen den Innensenator und die ihn tragende SPD, die alles unterlassen, was notwendig wäre, um aus Bremen und Bremerhaven das zu machen, was es nämlich einmal war, ein kleiner sympathischer Zweistädtestaat.

Wie sieht es in den anderen Bereichen aus? Der Kauf der Neuen Heimat war eben nicht, Herr Bürgermeister Wedemeier, wie Sie uns glauben machen wollten, ein Erfolg bremischer oder Ihrer Politik. Es

(A) mag vielleicht ein Wahlkampfesfolg sein, allerdings habe ich da auch meine Zweifel. Unstrittig ist, daß das Land Bremen ein ungeheures und von niemandem überschaubares finanzielles Risiko eingegangen ist.

Warum, Herr Bürgermeister, nimmt der Sozialetat in Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional zu?

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Ja, warum wohl?)

Die GRÜNEN haben ja die Forderung erhoben und nicht wenige Ihrer Parteifreunde folgen ihr, Bremen zur offenen Flüchtlingsstadt zu erklären. Wollen Sie dem Begehren folgen, und wenn ja, haben Sie dem Bremer Bürger erklärt, welche weiteren Kosten auf Bremen zukommen?

Es gibt andere Bereiche, in denen der Senat sich auch nicht mit Ruhm bekleckert hat. In der Gesundheitspolitik hat Ihr Kollege Brückner durch falsches Taktieren den bremischen Steuerzahler immerhin 300 Millionen DM gekostet, und dies als Erfolg hinzustellen, wäre selbstverständlich auch töricht. Auch auf andere betrübliche Tatsachen hat Bremen keinen Grund, stolz zu sein. Ich meine die Tatsache, daß Bremen mittlerweile die heimliche Hauptstadt der Nation für Abtreibungen geworden ist. Untersuchungen haben ergeben, daß auf 1000 Geburten in Bremen 946 Abtreibungen kommen, und das heißt konkret, auf jedes in Bremen geborene Kind kommt ein getötetes.

(B) Ich will nicht alle Bereiche bremischer Politik ansprechen, da man uns als Gruppe hier wieder einmal nur 15 Minuten zur Verfügung gestellt hat.

(Zuruf von der SPD: Das reicht auch!)

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, wir haben hier schon einige Male gesagt, und wir scheuen uns auch nicht, dies zu wiederholen, es gibt in der Tat, wenn auch allerdings wenige, richtige politische Ansätze, die Sie in der Vergangenheit formuliert haben. Nur, wir sind der Meinung, daß Sie genau wie Ihr Vorgänger Hans Koschnick die bittere Erfahrung machen werden, daß niemand an der verkrusteten und ideologisch festgefahrenen Partei wie der SPD vorbeiregieren kann.

Ich habe gerade mit Erstaunen gelesen, ich glaube, in der „FAZ“ war es, daß Ihr Senatskollege Scherf schon erklärt hat, daß er in absehbarer Zeit gegen Sie wieder kandidieren wird. Diese SPD, meine Damen und Herren, das hat die Vergangenheit gezeigt, ist absolut lernunfähig. Dies hat Ihr Vorgänger Hans Koschnick erkannt, und er hat auch erkannt, daß diese Politik der linken Wortführer Scherf und Brückner in den Abgrund führt. Deshalb verließ er ja unter unschönen Begleiterscheinungen den Senat.

Ich wollte auch ein paar Worte sagen zu dem Mann, der Bremen immer wieder in die Negativschlagzeilen gebracht hat. Ich meine Senator Scherf.

(C) Ich glaube, seine häufigen verbalen Entgleisungen sind mittlerweile in Bremen und im ganzen Bundesgebiet so bekannt, daß ich es mir ersparen kann, auf sie erneut einzugehen. Nur an einem Thema, das auch den Gesundheitssenator betrifft, lassen Sie mich deutlich machen, wie dieser Mann politisch zu bewerten ist!

Wir haben, meine Damen und Herren, im März 1987 einen Antrag eingebracht, in dem wir die Aids-Meldepflicht beantragt haben. Dieser Antrag wurde durch die Mehrheit der SPD von der Tagesordnung im Juni auf die Tagesordnung im September verschoben, um dann ganz zu verschwinden. Warum wohl? Wir hatten mit dem Antrag auch eine Presseerklärung formuliert, in der wir Republikaner feststellten, daß es zur damaligen Zeit in Bremen 15 Aids-Tote, zirka 40 Aids-Kranke und in etwa 100 Infizierte gibt. Darauf hat dieser Senator erklärt, die Behauptung der Republikaner sei falsch, sei Panikmache, und er nannte uns Lügner.

Meine Damen und Herren, derselbe Senator stellt sich aber vier Monate später hin und erklärt folgendes: Er, Scherf, rechne damit, daß es in Bremen und Umland 3000 bis 5000 Aids-Infizierte gebe. Herr Bürgermeister Wedemeier, wer solche Leute in seiner Regierungsmannschaft hat, hat es schwer, eine vernünftige und glaubwürdige Politik zu machen. Wir sind der Meinung, Sie sollten Ihren Senat „entscherfen“.

(D) Es ist allerdings sicherlich auch erlaubt, in einer Generaldebatte ein paar Worte über die größte Oppositionspartei zu verlieren. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie beziehungsweise Ihr Spitzenkandidat Metz treten mit dem Wahlslogan an, „Wir wollen den guten Ruf Bremens und Bremerhavens wiederherstellen“. Da muß ich Ihnen sagen, da ist die Frage erlaubt, wie Sie das denn machen wollen. Erscheinen nicht bei Ihnen auf der Liste, und zwar auf den vordersten Listenplätzen, Leute, die in den letzten Jahren mehrmals die Staatsanwälte beschäftigt haben, Leute, die in die Parteikasse gegriffen haben? Erscheinen nicht dort Leute, die im Verdacht stehen, mehrmals Wahlen manipuliert zu haben?

Ich erinnere hier vielleicht in dem Zusammenhang einmal an den Wäscheschrank, wie war es denn zuletzt mit der Tonbandaffäre? Derjenige, der sie verursacht hat, ist weiter Mitglied der CDU und um 30 000 DM reicher. Böse Zungen behaupten auch, das seien 30 000 DM Schweigegeld gewesen. Derjenige, der die Affäre aufgedeckt hat, nämlich der langjährige Kollege Egon Kauffmann, ist mittlerweile aus der Partei geflogen. Mit diesen Leuten, meine Damen und Herren von der CDU, wollen Sie den guten Ruf Bremens wiederherstellen. Ich erspare mir hierzu jeden Kommentar.

Wir Republikaner stellen fest, einer verkrusteten und verfilzten SPD steht eine skandalträchtige und unfähige CDU gegenüber. Wir sind sicher, daß die

- (A) Bremer Bürger dies am 13. September berücksichtigen werden.

(Beifall bei den REP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dem letzten will ich nichts mehr sagen. Ich glaube, wenn wir uns über eine Bilanz der Jahre 1983 bis 1987 unterhalten wollen, dann gehört auch dazu, daß man die Lage so schildert — wie ich es übrigens 1985 in meiner Regierungserklärung getan habe —, wie sie ist, ohne etwas zu verschweigen. Aber es gehört dann natürlich auch dazu, daß man sie bei der Diskussion berücksichtigt.

Wenn ich lese 40 Jahre SPD, 40 000 Arbeitslose, kann ich nur sagen, man muß dumm oder zynisch sein, um so etwas zu kleben.

(Beifall bei der SPD)

Es wird ja übersehen, man weiß es wahrscheinlich, aber diskutiert es nicht, wie es zustande gekommen ist. Sie von der CDU übersehen bewußt die Probleme, die wir haben. Herr Dr. Barschel hat sie zum Beispiel auch. Denken Sie beispielsweise an den Niedergang der deutschen Schiffbauindustrie! Innerhalb von zehn Jahren gingen allein in Bremen 12 000 Arbeitsplätze verloren.

- (B)

Erinnern Sie sich an den Niedergang der Stahlindustrie, auch an der Küste, hier gingen 2000 Arbeitsplätze verloren, einige Tausend Arbeitsplätze gingen in der Fischereiindustrie verloren! Durch eine unglückselige, ungerechte Berlin-Förderung sind fast alle Arbeitsplätze in der Tabakindustrie verlorengegangen. Ich habe nichts gegen eine sinnvolle Berlin-Förderung, aber wenn 400 Arbeitsplätze in Berlin mit 1 600 Arbeitslosen in Bremen bezahlt werden, kann das nicht die Berlin-Förderung sein, die von den Betroffenen auch noch akzeptiert werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit an der Küste und auch hier in Bremen sind, daß wir es zum Teil mit Industrien zu tun haben, mit denen in den fünfziger, in den sechziger Jahren gutes Geld verdient wurde, die auf rechtzeitige Warnungen, egal von welcher Partei, nicht gehört haben und die wir anschließend mühsam retten mußten.

Wenn aber jetzt, Herr Neumann, von Ihnen versucht wird zu suggerieren, es sei keine Aufbruchstimmung in Bremen feststellbar, dann ignorieren Sie das, was aus Ihren eigenen Kreisen, wenn Sie noch dazugehören, zu hören ist, zum Beispiel von der Handelskammer, aus der bremischen Wirtschaft,

- (C) daß nämlich die Investitionsfreudigkeit in Bremen in den letzten Jahren deutlich gestiegen sei —

(Beifall bei der SPD)

aber man muß es nicht bemerken! —, auch bei kleineren und mittleren Betrieben.

Wenn hier nach Erfolgen gefragt wird, dann können wir auch für die letzten vier Jahre bedeutende Erfolge auflisten. Abgesehen davon, daß wir vor zehn Jahren die Entscheidung für die Ansiedlung Daimler-Benz getroffen haben, haben wir in dieser Legislaturperiode, konkreter in den letzten zwei Jahren, mit Daimler-Benz vereinbart, die Arbeitsplatzzahl in Bremen von 13 500 auf 16 000 zu erhöhen, ohne Rastatt. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den gestrigen „Industriekurier“, in dem sich Daimler-Benz selbst noch einmal zu Rastatt und Bremen geäußert hat.

16 000 Arbeitsplätze bei Daimler-Benz, das heißt 16 000 Familien weniger, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen, Angst um den Arbeitsplatz des Ernährers oder der Mutter haben müssen! Das war ein Erfolg dieses Senats.

Es war auch ein Erfolg dieses Senats in den letzten zwei Jahren, mit Krupp Atlas Elektronik die Ausweitung der Arbeitsplätze von 3000 auf 6000 vereinbart zu haben. Natürlich haben wir dabei Bundeshilfen wie zum Beispiel die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur in Anspruch genommen.

Wir haben uns bei MBB beteiligt, um Einfluß auf Standortentscheidungen nehmen zu können, auch auf Entscheidungen über Arbeitsplätze bei MBB. Jacobs Suchard ist schon genannt worden.

Wir haben über den Werftenverbund die verbliebenen Arbeitsplätze in der Werftindustrie gerettet. Ich sage es noch einmal ganz deutlich, weil wir hier in der Tat von der Bundesregierung im Stich gelassen worden sind. Ohne diesen Senat gäbe es im Lande Bremen keine Werftindustrie mehr!

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt für die Fischindustrie! Ich erinnere daran, daß es nicht so war, wie es hier gestern diskutiert worden ist, daß wir nicht mit Cuxhaven zusammenarbeiten wollten. Das Gegenteil ist der Fall. Es hat monatelange Bemühungen des Wirtschaftssenators gegeben, mit Cuxhaven, mit Niedersachsen etwas gemeinsam zu machen. Sie sind in letzter Minute vom Kollegen Albrecht aus Niedersachsen in der Hoffnung zerschlagen worden, daß er den Niedergang Bremerhavens, was die Fischindustrie angeht, einleiten könne. Das Gegenteil ist eingetroffen. Zentrum der Fischindustrie in Deutschland ist und bleibt Bremerhaven!

(Beifall bei der SPD)

Das, was ich eben genannt habe, wirkt sich ja auch in den Zahlen aus. Es ist richtig, daß wir noch keinen

(C)

(D)

(A) Rückgang der Arbeitslosigkeit in Bremen verzeichnen können. Ich komme aber auch noch auf Rahmenbedingungen zurück. Aber es ist uns gelungen, in den letzten vier Jahren die Anzahl der Beschäftigten um insgesamt zirka 3000 zu steigern. Wir haben das Problem, daß der Schülerberg auf den Arbeitsmarkt drängt, daß Frauen in das Arbeitsleben zurückkehren möchten, aber keine Stelle finden. Falsch ist daher zu sagen, es gäbe keine arbeitsmarktpolitischen Erfolge in Bremen. Trotz der hohen Arbeitslosenquote, die wir haben, gibt es sie.

Das gleiche gilt für AB-Maßnahmen. Hier wird übrigens auch in Ihrem Antrag, und gestern ist es ja auch gesagt worden, so getan, als sei es der Bund, der uns Gelder für AB-Maßnahmen zur Verfügung stellt. Nein, meine Damen und Herren, es sind die Gelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die uns hier zur Verfügung gestellt werden,

(Beifall bei der SPD)

und es sind die Gelder der Arbeitgeber. Nicht der Bund stellt hier Geld zur Verfügung,

(Abg. Klein [CDU]: Überproportional!)

sondern es ist die Solidarkasse. Wenn das überproportional der Fall ist, was richtig ist, liegt das an der Kreativität der Arbeitssenatorin und noch lange nicht an der Bundesregierung!

(B) (Beifall bei der SPD)

Man muß Ideen entwickeln, was man über AB-Maßnahmen machen will, und das haben wir in der Tat getan. Wir haben über 5000 Menschen, die heute in AB-Maßnahmen beschäftigt sind, vor vier Jahren waren es 2000. Auch das ist ein Erfolg. In Weiterbildungseinrichtungen bilden sich 3500 Arbeitslose fort.

Die Tatsache, daß der Bundeskanzler sein Wort von 1983 gegenüber den Ausbildungsplatzsuchenden nicht eingehalten hat, hat dazu geführt, daß wir mit bremischen Steuergeldern für Ausbildung sorgen mußten. Allein das 70-Millionen-DM-Programm von 1985 sorgt dafür, daß 4000 junge Menschen in Bremen eine Ausbildung bekommen, die in der privaten Wirtschaft keinen Ausbildungsplatz angeboten bekommen. Auch das ist eine Leistung des Senats in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Senat sage, meine ich natürlich immer die Sozialdemokratische Partei, und die Fraktion gehört dazu!

(Abg. Bischoff [GRÜNE]: Das ist ja fließend, der Übergang!)

Ich will nur noch einmal den Termin aufgreifen, den Herr Neumann vorhin genannt hat! Nein, meine Damen und Herren, da können Sie uns keine Vor-

würfe machen. Es hat auch zur Bundestagswahl im Jahr 1987 Versprechungen der Bundesregierung gegeben. Nicht nur daß Geißler 1983 gesagt hat, „eine Million Arbeitslose weniger in einem Jahr“, daß Bundeskanzler Schmidt mit dem Argument der 1,8 Millionen Arbeitslosen abgewählt wurde, wir heute aber weit über zwei Millionen Arbeitslose haben und der Bundesregierung von Instituten bescheinigt wird, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nicht abnehmen, sondern daß sie zunehmen wird, auch in diesem Jahr ist im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit zur Bundestagswahl etwas versprochen worden. Aber wir alle, alle Länder — fragen Sie einmal den Kollegen Albrecht, den Kollegen Barschel und die Hamburger! —, werden doch in dieser Frage im Stich gelassen. Die Bundesregierung ist doch in der Beschäftigungspolitik untätig. Es wird doch absolut nichts getan!

(Beifall bei der SPD)

Ich bekenne hier offen, und ich habe das immer und überall getan, eine Landesregierung ist nicht dazu in der Lage, 40 000 Arbeitslose von der Straße zu holen, dafür fehlen uns die Instrumente. Wenn Sie meinen, Sie könnten es, dann bitte ich Sie, das Konzept darzulegen, wie das passieren soll! Ich denke, daß sich dann Ihre Chancen erhöhen und Sie weniger über das Gemetzel nach der Wahl nachdenken müssen.

(Beifall bei der SPD)

Dann müssen Sie es aber sagen. Sagen Sie, wie Sie es machen wollen! Das geht in keinem Bundesland, auch nicht in großen Bundesländern. Das ist völlig klar. Wer wirtschaftspolitischen Sachverstand hat, wird auch nicht das Gegenteil behaupten. Es muß eine Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden sein.

Ich komme jetzt zur Steuerreform! Diese Steuerreform soll erstens über einen erhöhten Konjunkturaufschwung finanziert werden, die Zahlen haben wir ja noch im Kopf, vor dem 25. Januar waren es drei Prozent, am 26. Januar hat die Bundesregierung gesagt, ein Prozent, und sie soll zweitens zum Teil durch die Länder und Gemeinden und zum Teil durch Ausgleichsmaßnahmen finanziert werden. Ausgerechnet die Länder und Gemeinden wie Bremen mit hoher Arbeitslosenquote, die jede Mark brauchen, um sie in die private Wirtschaft investieren zu können, werden bei dieser Steuerreform ausgeplündert, damit die Reichen noch reicher werden!

(Beifall bei der SPD)

Genau das ist das Problem! Da können Sie mit dem Kopf schütteln. Wir verlieren bei dieser Steuerreform 200 Millionen DM pro Jahr. Stellen Sie sich einmal vor, wieviel Ausbildungsplätze das wären oder wieviel Arbeitsplätze man damit schaffen könnte!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Er ist ja nicht so, daß das, was ich hier sage, eine Erfindung der Sozialdemokraten wäre. Der Deutsche Städtetag, mehrheitlich CDU-Oberbürgermeister und CDU-Bürgermeister —

(Zuruf von der SPD: Rommel!)

Rommel —, lehnt es eindeutig ab, diese Steuerreform zu finanzieren. Sie wissen doch warum. Wenn Herr Rommel sie ablehnt, der sich bei mir neulich darüber beklagt hat, daß er einmal 100 Millionen DM Schulden im Jahr machen muß, dann hat er seine Gründe.

Er ist aber auch nicht der einzige. Lothar Späth ist es doch, der mittlerweile erkennt, daß es so nicht weitergeht. Sie sind nur noch nicht dahintergekommen. Lothar Späth vertritt die Auffassung, keine Steuerreform für Reiche, die Arbeitnehmer zu bezahlen haben, zwar aus taktischen Gründen, aber er vertritt sie.

Welche Resonanz findet die Steuerreform in Hannover? Frau Breuel, Herr Albrecht, mittelfristige Finanzplanung, ohne diese Steuerreform? Sie haben keine Mehrheit für die Steuerreform! Herr Neumann, ich bitte Sie als Bundestagsabgeordneter, ich schätze Ihren Einsatz in Bonn, ich will das auch einmal betonen, man konnte immer auf Sie zählen, wenn es darauf ankam, ich tue es auch jetzt, verabschieden Sie sich von dieser Idee! Sie kann eigentlich nichts mehr werden. Setzen Sie sich im Interesse dieser Stadt in Bonn für eine vernünftige Steuerreform ein, die wirklich Arbeitsplätze schafft!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich suche meine Verbündeten für Alternativen auch weiterhin in anderen Parteien. Die SPD hat ohnehin eine einheitliche Meinung. Ich bin mit Ulf Fink aus Berlin, CDU, dem künftigen Vorsitzenden der Sozialausschüsse, der Meinung, daß wir eine Beschäftigungsinitiative in der Bundesrepublik brauchen, um den Ländern und Gemeinden zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Es bröckelt! Natürlich hat Ulf Fink gemerkt, daß man nicht den Arbeitnehmern in die Tasche greifen kann: Wegfall des Weihnachtsfreibetrags, des Arbeitnehmerfreibetrags, der Behindertenfreibetrag soll wegfallen, steuerfreie Zuschläge soll es für Sonntag und Feiertagsschichten nicht mehr geben, all das wird diskutiert. Heute wird die Mineralölsteuererhöhung wieder angeführt, natürlich ist die Mehrwertsteuererhöhung nicht vom Tisch. Die Frage ist nur, ob Sie sich mit der Mehrwertsteuererhöhung durchsetzen oder ob Herr Bangemann sich mit der Mineralölsteuererhöhung durchsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Dabei kommt doch heraus, daß Sie dem Arbeitnehmer das nehmen, was Sie ihm gerade gegeben haben,

und damit nicht die Binnennachfrage ankurbeln, so daß wir alle gemeinsam die Zeche bezahlen werden.

(C)

Nun vertritt die FDP die Meinung — das sagen nicht Sie —, es sei Absicht, daß den Gemeinden und Ländern weniger Geld gegeben werde, wir haben ja beide an den Beratungen teilgenommen, sie wolle, daß der Staat weniger Geld habe. Man muß jetzt natürlich weiterdenken, auch wenn es schwerfällt, und überlegen, was dann passiert! Sie beklagen — ich sage dazu nachher noch etwas — hier zum Beispiel den Rückgang sozialer Leistungen.

Wenn wir weniger Geld haben, für wen können wir denn weniger Geld ausgeben? Etwa für die, die dringend darauf angewiesen sind, daß eine Gemeinde da ist, die ihren Lebensunterhalt bestreitet, zum Beispiel die Sozialhilfeempfänger, daß eine Gemeinde dafür da ist, die Kindergartenplätze, die Betten in den Krankenhäusern und die Schulen zur Verfügung stellt? Wir wollen das Geld doch nicht unseretwegen ausgeben, sondern für die, für die wir hier — übrigens gemeinsam — Politik machen wollen, und da sagt Herr Jäger, es sei richtig, daß die Gemeinden weniger Geld erhalten würden. Das kann nicht die Steuerreform sein, die uns weiterhilft.

Ich bin davon überzeugt, daß, wenn dies vor dem 13. September gesagt werden würde — und darum möchte ich Sie noch einmal bitten, Metz ist da übrigens anderer Meinung als Sie, der kritisiert, daß das nicht vor dem 13. September gesagt wird —, Sie auch in Schleswig-Holstein keine Mehrheit für diese Steuerreform hätten. Hier bahnt sich, wenn die Bundesregierung nicht ehrlich ist, vor dem 13. September der nächste Wahlbetrug dieser Koalition an.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben auch erhebliche Leistungen für die kleinen und mittleren Betriebe in dieser Legislaturperiode erbracht. Über 1 000 Betriebe haben unser Beratungsprogramm in Anspruch genommen. Wir haben sehr, sehr viele Arbeitsplätze in diesen Betrieben gesichert. Auch da blickt man mittlerweile nach vorn und nicht immer nur nach hinten, wie das noch in der CDU-Fraktion der Fall ist. Das wissen Sie natürlich auch sehr genau. Wenn Sie sagen, wir würden — ich habe den Antrag jetzt nicht hier — die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen sozusagen beseitigen, die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen nicht erkennen, dann müssen Sie natürlich auch da über die Ursachen nachdenken.

Aber zunächst einmal zu unseren Erfolgen! Haben Sie gar nicht mitbekommen, daß wir Rekordumschläge in den bremischen Häfen haben?

(Beifall bei der SPD)

30 Millionen Tonnen zwei Jahre hintereinander? Haben Sie nicht mitbekommen, daß wir beim Autoumschlag mittlerweile die Größten in Europa sind? Das ist unter anderem Hafenpolitik in Bremen. Ohne

- (A) FDP übrigens, seitdem die draußen sind, tun wir mehr für die Häfen als sie jemals vorher!

(Starker Beifall bei der SPD)

Es gibt keine Engpässe in den bremischen Häfen. Was Sie hier behaupten, ist schlicht falsch. Hafeninformatik beispielhaft für ganz Europa, Herr Gassdorf, Sie wissen das doch! Nein, was wir brauchen, ist die Sicherung dieser Hafenanlage.

Wir haben ein nettes Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegen, aus dem hervorgeht, das ist überhaupt der deutlichste Teil in diesem Urteil, daß die Häfen in Hamburg und Bremen — ich kann es schon auswendig — Unternehmungen aller Länder seien und deshalb auch von diesen finanziert werden müßten.

(Beifall bei der SPD)

Deutlicher kann man eine Unterhaltsklage nicht gewinnen.

- (B) Nun ist ja die Frage, was die Bundesregierung aus dem Urteil macht. Wir sind aufgefordert worden nachzuweisen, welche Kosten wir für den Hafen haben. Das haben wir gemacht, penibel wie wir sind. 200 Millionen DM kamen heraus, vorher hatten wir 160 Millionen DM geschätzt. Nach diesem Urteil, wenn man zugrunde legt, wie 1958 die Abgeltung der Hafencosten geregelt wurde, müßte uns ein Großteil davon ersetzt werden.

Nach dem Willen der Bundesregierung — die Bundesländer sind etwas weiter — bekommen wir tatsächlich 75 Millionen DM. Wissen Sie, welche Begründung die Bundesregierung in ihren Gesetzentwurf geschrieben hat? Damit wird die Abgeltung für die Hafencosten in Bremen verdreifacht. Wir bekamen bisher 25 Millionen DM, die Rechnung ist richtig, aber dem Urteil ist damit nicht Rechnung getragen worden. Es ist ein Aufgabenfeld für Abgeordnete in Bonn, egal von welcher Partei sie kommen, darauf immer wieder hinzuweisen, daß dieses höchste deutsche Gericht bitte ernst genommen werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Dann, bin ich sicher, brauchen wir gemeinsam — und das muß unser gemeinsames Anliegen sein, das ist ja geradezu Verfassungsauftrag für Bremer Politiker — keine Angst um die Zukunft der bremischen Häfen zu haben, auch wenn noch manches auf uns zukommt, wir sollten uns aber nicht einbilden, daß es mit dem Hafenschlag in Europa hier und da so weiterläuft.

Statt aber einmal die deutschen Interessen in dieser Frage zu bündeln, was wird gemacht? Der Dollarthafen, das unsinnigste Projekt dieses Jahrhunderts, wird in Niedersachsen geplant!

(Beifall bei der SPD)

- (C) Das ist meine Meinung! Wir sind uns, glaube ich, auch darin einig, daß das falsch ist und daß dort Flächen zerstört werden, die man wirklich nicht zerstören muß.

Karlsruhe war, und darauf bin ich natürlich auch ganz persönlich insbesondere zusammen mit dem Finanzsenator stolz, der Erfolg der Legislaturperiode überhaupt,

(Beifall bei der SPD)

eingeleitet 1983 durch eine Klage zu den Bundesergänzungszuweisungen und 1985 ergänzt durch eine weitere Klage. Karlsruhe hat die Stadtstaaten im Urteil als „Wunschkind der Verfassung“ bezeichnet und alle anderen, inklusive den Bund, verpflichtet, diese Stadtstaaten am Leben zu erhalten, und dem Bund gesagt, er sei hier nicht Beobachter, sondern er müsse die Sache gestaltend in die Hand nehmen, er sei nicht dazu da aufzuschreiben, was sich andere ausdenken würden. Das vermischen wir.

Aber auch in anderen Fragen, ich will jetzt auf die anderen Dinge hier gar nicht eingehen, was passiert denn? Es wird die hohe Verschuldung hier beklagt. Sie bekommen es ja in einer Rede fertig, aber dazu gehört natürlich auch politisches Talent, das muß man zugeben, auf der einen Seite zu beklagen, daß wir zu hoch verschuldet seien, Sie haben übrigens noch die Haushaltskonsolidierung mit der Frage der Verschuldung verwechselt, aber darauf komme ich gleich noch, und gleichzeitig auf der anderen Seite für verschiedene Aufgabenbereiche mehr Geld zu fordern.

Beides ist nicht möglich. Man muß sich einmal auch konzeptionell dazu durchringen, was man denn jetzt will. Will man den Haushalt konsolidieren, oder will man mehr Geld ausgeben? Unsere Lage ist dadurch entstanden, daß wir im Finanzausgleich ungerecht behandelt worden sind. Es wird immer gesagt, wir seien nehmendes Land im Länderfinanzausgleich. Ich muß Ihnen noch einmal die Zahlen seit der Steuergesetzänderung 1970 in der großen Koalition nennen, und wir haben das auch noch mitgemacht.

(Abg. Thape [SPD]: Aber bloß in Bonn, nicht wir hier!)

Ja, wir in Bonn, aber gut, das sind wir eben!

Wir haben seit 1970 — Herr Kunick hat schon darauf hingewiesen, ich nehme jetzt einmal den Saldo, wir haben im Länderfinanzausgleich bei der Körperschaftsteuererlegung und den Bundesergänzungszuweisungen auch etwas bekommen — 2,5 Milliarden DM an andere Länder abgeführt, von wegen nehmendes Land! Wenn wir seit 1974 so behandelt worden wären, wie es Karlsruhe eigentlich vorschreibt, wissen Sie, wie hoch unsere Verschuldung dann wäre? 5,2 Milliarden DM!

(Abg. Dr. Zollmann [CDU]: Warum haben Sie denn nicht schon 1974 geklagt?)

(A) Dazu wollte ich jetzt auch ein Wort sagen, natürlich, sonst würde ich diese Zahl ja nicht nennen! Das sage ich nicht nur zu dieser Koalition, das sage ich auch zur sozialliberalen Koalition. Beide machen einen Fehler, sie haben einen Fehler gemacht und machen ihn erneut, sie vernachlässigen den Norden.

Es gibt eine Untersuchung der niedersächsischen Landesregierung über Finanzströme in der Bundesrepublik, aus der deutlich hervorgeht, daß sowohl die sozialliberale Koalition als auch die jetzige Norddeutsche vernachlässigt hat. Wenn wir das Grundgesetz ernst nehmen wollen, dann muß endlich — und Sie sind nun einmal in der Regierung in Bonn — damit angefangen werden, auch wirklich gleiche Lebensverhältnisse in allen Regionen herzustellen, wie es im Grundgesetz steht.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich doch nicht in Bonn damit entschuldigen, daß das vorher auch nicht gelaufen ist, was ich auch kritisiere. Sie wollen es doch besser machen, dann machen Sie es doch einmal besser, als es vorher gemacht worden ist!

(Beifall bei der SPD)

Weil das so ist, weil wir diese Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben, weil wir die ungerechte Finanzverteilung auf Bundesebene haben, haben wir zum Beispiel 40 000 Arbeitslose in Bremen, darum haben wir so viele Sozialhilfeempfänger in Bremen. Es sind auch eigene Fehler gemacht worden, natürlich, wer arbeitet, macht Fehler. Haben Sie schon einmal Fehler gemacht? Nein, noch nicht!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Natürlich sind Fehler gemacht worden, aber uns jetzt die Haushaltskonsolidierung als nicht gelungen vorzuwerfen, da muß ich Ihnen, Herr Neumann, jetzt wirklich einmal ein paar Zahlen nennen! Die Quelle ist die Deutsche Bundesbank, ich will das gleich dazusagen. Von 1983 bis 1986 sind die Gesamtausgaben in Bremen um 6,9 Prozent gestiegen, im Bundesdurchschnitt um 10,4 Prozent. Wir haben uns um Haushaltskonsolidierung bemüht. Die Steigerungsraten betragen bei den Personalausgaben in Bremen 5,1 Prozent, bei allen anderen Gebietskörperschaften 10,1 Prozent, bei den laufenden Sachausgaben in Bremen 2,7 Prozent, bei allen anderen 13,5 Prozent; bei den Investitionen hat Bremen — das ist richtig — ein Minus von 10,2 Prozent, alle anderen von 9,9 Prozent.

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Was war das Bezugsjahr?)

1983 bis 1986! Wir reden ja über diese Legislaturperiode, die Zahl von 1987 habe ich noch nicht, aber dies sind auch vier Jahre.

(C) Jetzt sagen Sie, wir hätten die Verschuldung nicht abgebaut. Das ist uns doch wohl klar, Herr Klein, sonst müßten wir noch einmal einen gemeinsamen Kursus machen, damit Sie etwas dazulernen. Wir sind in den nächsten Jahren nicht dazu in der Lage, die Verschuldung abzubauen, Herr Klein. Wenn Sie auch noch fordern, daß wir die Verschuldung abbauen sollen, dann bin ich auf die Konzeption dafür wirklich gespannt. Nein, es geht, darum, die Nettokreditaufnahme zu begrenzen und auf den Bundesdurchschnitt herunterzuschrauben. Das muß unsere Strategie für die nächsten zehn Jahre sein!

(Beifall bei der SPD)

Um nichts anderes geht es!

Aber ich sage hier auch ganz deutlich, wenn wir auf der einen Seite ein so hervorragendes Urteil bekommen — wir wußten ja selbst nicht, wie es ausgeht, es waren viele von uns überrascht, ich bin hingegangen und habe es mir selbst abgeholt, ohne zu wissen, was dabei herauskommt —, auf der anderen Seite solche Eigenanstrengungen, wie ich sie eben dargestellt habe, im Haushalt vollziehen, dann erwarten Sie nicht von uns, und da sage ich, das kommt auch nicht in Frage, wenn Bonn der Meinung ist, jetzt die Stadtstaaten im Stich lassen zu müssen, weitere Einsparungen!

Das, was uns hier fehlt, können wir gar nicht mit weiteren Einsparungen auffangen. Wir haben erhebliche Einsparungen in den letzten vier Jahren erbracht, auch was das Personal angeht, aber es gibt eine Grenze der Einsparungen im öffentlichen Dienst, es gibt eine Grenze des Zumutbaren auch bei Leistungen, hier ist diese Grenze erreicht, weitere Einsparungen gibt es nicht.

(Beifall bei der SPD)

(D) Wenn uns von Bonn nicht so geholfen wird, wie es uns zusteht, dann werden wir, was die Einwohnerwertung insbesondere angeht, erneut nach Karlsruhe gehen, uns bleibt im Interesse der Menschen nichts anderes übrig.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt noch kurz auf einige andere Punkte eingehen. Es wird natürlich immer wieder die Chancengleichheit, das Bildungssystem und die freie Schulstandortwahl angesprochen. Herr Neumann macht dies und meint wahrscheinlich eine freie Wahl des Bildungsganges. Das ist hier selbstverständlich garantiert. Das Abitur aus Bremen? Es ist eine Mär, wenn Sie sagen, es sei nicht anerkannt. Es ist ein anerkanntes Abitur. Es gibt überhaupt keine Information darüber, daß es mit dem Bremer Abitur Schwierigkeiten an Universitäten gäbe. Solche Schwierigkeiten sind mir nicht bekannt.

(Beifall bei der SPD)

- (A) Aber es muß immer wieder herhalten, wir wollen nicht weiter darüber diskutieren. Nur eines noch! Trotz der Einsparmaßnahmen, natürlich auch im Bildungsbereich, nimmt Bremen in der Schüler-Lehrer-Relation Platz eins im Bundesgebiet ein.

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Gehabt!)

Nein, nein, heute noch! Wir haben in den letzten vier Jahren kleine Klassen bekommen, Grundschule 21, Hauptschule 20, Lernbehinderte zehn, und, meine Damen und Herren, wer ein Bildungsangebot sichern will, der muß sich natürlich auch über Schulstandorte unterhalten. Das ist ja wohl völlig klar. Es geht um das, was auch in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert wird — nicht offen, aber doch versteckt —, nämlich um die Frage der zunehmenden Schwierigkeiten von Abiturienten, auch von Universitätsabsolventen, auf dem Arbeitsmarkt.

Das ist auch bekannt, das ist bei dieser Arbeitsmarktlage auch logisch. Nun möchten einige, daß es wieder so wird, wie wir es früher hatten, daß nämlich bestimmte Positionen nur bestimmten Kindern zugänglich sind, weil die Arbeitsplätze so knapp werden. Wir sagen, obwohl es auf dem Arbeitsmarkt so knapp wird: Kinder aus allen Schichten haben den gleichen Anspruch auf Bildung und auf die gleichen Chancen im Berufsleben.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sie haben auch nicht die Umstrukturierung bei der Universität mitbekommen. Es wird von zuviel Geisteswissenschaften geredet, ich weiß nicht, ob Herr Schulte Ihnen das aufgeschrieben hat, eine Universität ohne Geisteswissenschaften ist keine Universität. Sie wissen natürlich, daß, wenn man ein Lehrangebot hat, es auch ausgefüllt werden muß. Kennen Sie die Urteile dazu? Wir streben ein Verhältnis von 50 zu 50 an. Sehen Sie sich einmal an, was in den letzten Jahren dafür unternommen worden ist! Haben Sie gar nicht mitbekommen, daß diese Universität mittlerweile auch von der bremischen Wirtschaft angenommen wird?

(Zuruf des Abg. D r . S c h u l t e [CDU])

Ich dachte, Sie hätten ihm das aufgeschrieben. Ich bitte um Entschuldigung, Herr Schulte, dann war das jemand anders! Ich brauche dann auch nicht weiterzureden. Ich sehe schon, daß Sie meiner Meinung sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Universität hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Wir wissen, daß es sicher sinnvoller gewesen wäre, als wir sie vor ungefähr 20 Jahren gegründet haben, die Naturwissenschaften von Beginn an mit zu beachten.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das haben wir vorgeschlagen!)

- (C) Sie waren damals zunächst einmal ganz gegen die Universität, aber darüber wollen wir nicht mehr streiten. Es gab gute Gründe, daß wir es so gemacht haben, das haben wir doch lange diskutiert. Wir können nach 20 Jahren klug darüber reden, ob es sinnvoller gewesen wäre, Naturwissenschaften mit aufzunehmen. Es war auch die Forderung der Bundesregierung, die Universität so zu gestalten, wie wir es gemacht haben. Es wurden Studienplätze für Lehrer, Sozialpädagogen und Juristen gefordert, weil in diesen Berufsgruppen ein Mangel bestand. Es war auch eine finanzielle Frage.

Heute, nachdem uns seinerzeit die Mitfinanzierung versprochen worden war — übrigens auch von SPD-regierten Ländern, ich lasse sie nicht außen vor, wenn es um Bremen geht —, zahlen wir allein etwa 120 Millionen DM pro Jahr für diese Universität. Zu diesem Bereich vertritt das Bundesverfassungsgericht übrigens die Auffassung, daß das bei der Einwohnerwertung Beachtung finden müsse, das haben sie aber herausgerechnet.

Nein, meine Damen und Herren, diese Universität, die Umstrukturierung dieser Universität zum Kristallisationspunkt der Wirtschaftsregion in Bremen und Bremerhaven, ist ebenfalls ein Erfolg dieses Senats in den letzten vier Jahren und nicht nur in den letzten vier Jahren.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Zur Kulturpolitik will ich jetzt nur soviel ausführen: Eines ist klar, Bremen kann nicht in den Wettbewerb der Fürsten eintreten, die in der Bundesrepublik einen Kulturpalast nach dem anderen bauen, und wir wollen das auch nicht!

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Kulturpolitik auch mit Menschen vor Ort verbinden, darum ja die soziale Künstlerhilfe in Verbindung mit Kunst im öffentlichen Raum! Ich halte es für viel sinnvoller, daß Menschen in Gröpelingen viele Monate lang über ein Wandbild diskutieren, weil sie so auch an Kunst herangeführt werden, als einen Palast für 80 oder 100 Millionen DM zu bauen, in den nur die gehen, die ich von anderen Parties schon kenne.

(Beifall bei der SPD)

Völlig klar ist, daß wir finanziell nicht das zur Verfügung stellen können, was unser Kultursenator natürlich gern hätte. Aber gerade wenn man wenig Geld hat, dann wird die Kreativität um so größer, und das kann man in der Kulturpolitik bemerken.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Das sollte wohl auch für die Flächenpolitik gelten!)

Dann ist hier — dazu sage ich auch noch etwas — über die Soziallasten gestritten worden, Herr Neu-

(A) mann, da kommt auch eine Aufgabe auf Sie zu! Das größte Problem aller Gemeinden, die eben wie Bremen unter hoher Arbeitslosigkeit leiden, ist, daß wir die Lasten dieser Krise auch noch selbst finanzieren müssen, nämlich dadurch, daß nur 30 Prozent aller Arbeitslosen überhaupt Arbeitslosenunterstützung bekommen und daß zirka ein gleich hoher Prozentsatz Sozialhilfe bezieht, auf Bundesebene ist der Prozentsatz sogar höher. Das sind für uns in Bremen ungefähr 146 Millionen DM Bundeslasten, die wir übernehmen.

Nun kann man noch sagen, das sei gewollt, aber man muß sich fragen, wie man mit den Menschen umgeht. 30 Jahre lang gearbeitet, dann arbeitslos geworden, Arbeitslosengeld bezogen und nach einem Jahr zur Sozialhilfe geschickt, so kann man nicht mit Menschen umgehen, die 30 Jahre ihre Beiträge bezahlt haben!

(Beifall bei der SPD)

Hier entlastet sich der Bund beziehungsweise die Bundesanstalt für Arbeit auf Kosten der Gemeinden, und uns fehlt das Geld, um neue Investitionen tätigen und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Ausgerechnet die Gemeinden, die die höchste Arbeitslosigkeit haben, die investieren müßten, müssen die Arbeitslosigkeit finanzieren. Das muß ein gemeinsames Problem werden, da dürfen wir nicht gegeneinander streiten.

(B) Die Hilfe zur Pflege anders zu finanzieren muß auch ein gemeinsames Problem werden. Wir haben eine Steigerung von 23 Prozent in diesen vier Jahren zu verzeichnen, mittlerweile zahlen wir über 200 Millionen DM für die Hilfe zur Pflege. Streiten Sie mit uns, überlassen Sie es nicht nur Herrn Fink, daß wir eine Pflegeversicherung, eine Grundsicherung für Menschen im Alter bekommen, dann haben wir hier in der Gemeinde wieder Geld! Über diese beiden Punkte werden wir ja sicherlich im Bundestag noch miteinander zu streiten haben.

Bei den Kindergartenplätzen ist Ihre Zahl übrigens falsch, das ist, glaube ich, schon gesagt worden. Wir haben eine Versorgung von 70 Prozent. Wir stellen im Augenblick fest — Sie haben ja nur Absagen und nicht die Versorgung genannt, so kann man natürlich auch Statistik machen —, daß mehr und mehr Eltern ihre Kinder im Kindergarten anmelden.

(Abg. Stiering [SPD]: Das ist ja hervorragend!)

Ja, wir finden es wunderbar, daß das so ist! Wir haben natürlich in unserer Finanzsituation Probleme, das alles zu finanzieren. Aber gemeinsam mit den Kirchen ist es uns gelungen, hier nun wirklich einiges zu tun, so daß es hier nicht zu 2000 Absagen gekommen ist.

Nächster Punkt,

(Zuruf von der CDU)

ja, ich bin gleich durch, und bis Herr Kudella seinen Lottoschein fertig ausgefüllt hat, bin ich sicherlich auch fertig! (C)

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber ich finde es richtig, daß jeder seinen Beitrag leistet, um die Finanzlage Bremens zu verbessern.

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD)

Wenn wir heute alle einen Lottoschein ausfüllen — und ich nehme an, es ist ein Monatsschein — und die Gewinne in die Staatskasse legen, dann wollen wir einmal sehen, was dabei herauskommt!

(Abg. Kudella [CDU]: Bei der Politik wäre das das einzige, was Erfolg verspricht!)

Nein, das ist wahrscheinlich Ihr Konzept zur Haushaltskonsolidierung, das greift aber nicht!

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD)

Ich will mich auch an die vorgegebene Redezeit halten, deshalb nur noch, sehr geehrte gnädige Frau Bernbacher, ein Wort zum Umweltschutz! Es ist völlig klar, daß, wenn man zu einer Gruppe gehört hat, die den großen Parteien — und auch das müssen wir offen bekennen — in Sachen Umweltschutz auf die Sprünge geholfen hat, dann kann man darauf erstens stolz sein, und es kann Sie zweitens auch fuchsen oder fücksen, (D)

(Heiterkeit — Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Fuchsen und fücksen, ich habe es mit beiden zu tun!)

mit beiden haben Sie es zu tun, ich bin beim Umweltschutz, gnädige Frau!

(Heiterkeit)

Lassen Sie uns über Umweltschutz reden, davon verstehe ich mehr! Wenn man erkennen muß, daß die großen Parteien die Anregungen aufnehmen und umsetzen, läuft man Gefahr, überflüssig zu werden. Sie bemühen sich nun nachzuweisen, daß der Bremer Senat nichts in Sachen Umweltschutz getan hat, und führen nun einige Dinge auf.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Nicht genug getan hat!)

Das Hollerland steht zum Beispiel zu drei Fünfteln unter Naturschutz. Wir sagen, es ist eine Leistung des Senats, drei Fünftel des Hollerlandes unter Naturschutz zu stellen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Fückes [GRÜNE])

(A) Wir streiten um den Rest des Hollerlandes, wenn es um die Wohnbebauung und um die Gewerbeflächen geht, bei denen wir übrigens keine Probleme haben. Wir haben die Naturschutzflächen in Bremen erheblich ausgeweitet, sechs Hektar 1983 und 1000 Hektar heute. Die Umweltschutzpolitik gehört zu den Politikbereichen, in denen wir in diesen vier Jahren am erfolgreichsten gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte Ihnen jetzt weitere Punkte einzeln auflisten, auch das Mischwasserkanalnetz, das hier geleistet worden ist, haben Sie nur negativ angesprochen.

(Abg. **B i s c h o f f** [GRÜNE]: Indirekteinleiter!)

Sie haben Schönberg angesprochen. In diesem Zusammenhang habe ich mich daran erinnert, daß, als in Hessen noch die Tragödie im Gang war, und Sie den Umweltminister in Hessen gestellt haben, Joschka Fischer, und aus einem Urteil hervorging, daß er den Müll nicht mehr nach Schönberg bringen lassen dürfe, er — wie heißt der Begriff? —

(Senator **M e y e r**: Den sofortigen Vollzug angeordnet!)

(B) den sofortigen Vollzug angeordnet und gesagt hat, er lasse den Müll weiter nach Schönberg fahren, wohin denn sonst. Jochka Fischer! Reden und Handeln liegen bei Ihnen auch da meilenweit auseinander!

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau **B e r n b a c h e r** [GRÜNE]: Joschka Fischer ist für uns nicht maßgebend, Herr Bürgermeister!)

Also, wenn der beste Mann, den die GRÜNEN überhaupt noch auf Bundesebene haben, für die Bremer GRÜNEN nicht maßgebend ist, dann, hoffe ich, merken das auch alle.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist völlig klar, daß man nicht alles, was man sich in vier oder in zwei Jahren vornimmt, umsetzen kann. Es werden immer bei jedem Wahlprogramm Wünsche offenbleiben, auch für die, die das Wahlprogramm aufgestellt haben. Andere haben das Problem, daß solche Wünsche gar nicht offenbleiben können. Man muß es erst einmal umsetzen können. Aber gemessen an der schwierigen Situation — finanzpolitisch, wirtschaftspolitisch —, an den schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen wir hier zu leben haben, hat dieser Senat, und ich sage jetzt dazu, hat diese Sozialdemokratische Partei bewiesen, daß sie für die Menschen, für die in Bremen etwas zu tun ist, ob sie Arbeit, Ausbildung, eine Wohnung oder sonst etwas suchen, das geleistet haben, was ihnen möglich war, und daß es keinen Anlaß gibt, Träumer, Aussteiger oder Markt-

wirtschaftler, wenn ich Lambsdorffs Partei mit aufzählen darf, irgend jemand von denen am Senat in der Hoffnung zu beteiligen, daß es besser werde. (C)

Es wird mit Ihnen, es tut mir leid, das sagen zu müssen, als Aussteiger aus dieser Industriegesellschaft nicht besser für die Menschen, die Arbeit suchen. Es wird mit der FDP, die mit Menschen ohnehin nichts im Sinn hat, auch nicht besser, und darum sage ich jetzt noch einmal, wir sind ja im Wahlkampf: Die beste Koalition für Bremen ist die SPD!

(Anhaltender Beifall bei der SPD — Abg. Frau **B e r n b a c h e r** [GRÜNE]: Werfen Sie den Teller nicht aus dem Fenster, von dem Sie essen müssen!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, ein Fazit der Debatte zu ziehen

(Lachen bei der SPD)

und auf einige mir wichtig erscheinende Punkte eingehen, wobei ich selbstverständlich wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Redezeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe.

Herr Bürgermeister Wedemeier, wir haben Ihnen eine Bilanz vorgelegt, die Bilanz war nicht nur plausibel, sondern sie war im krassen Gegensatz zur Bilanz der Neuen Heimat auch inhaltlich richtig und zutreffend, sie war wahrheitsgemäß. (D)

(Beifall bei der CDU)

Eine wesentliche Aussage dieser zutreffenden Bilanz war die Abkoppelung Bremens von der Bundesentwicklung sowohl arbeitsmarktpolitisch, wirtschaftspolitisch als auch finanzpolitisch. Das ist mit Zahlen belegt worden, und es ist auch deutlich geworden, daß sich dieser ungünstige Abkoppelungseffekt fortsetzt mit beschleunigender Wirkung.

(Zuruf von Bürgermeister **W e d e m e i e r**)

Herr Bürgermeister, trotz all Ihrer rhetorischen Bemühungen, die Sie gerade hier vollzogen haben, trotz dieses ganzen Verbalismus, dieses Strohfuehrs, ist es Ihnen nicht gelungen, auch nicht dem Schein nach, diese wesentliche negative Bilanzaussage zu widerlegen!

(Beifall bei der CDU)

Der Abkoppelungseffekt setzt sich fort, und Sie haben es mit zu verantworten. Er hat sich in den letzten vier Jahren Ihrer Regierungsverantwortung, der SPD-Regierungsverantwortung, fortgesetzt und sich beschleunigt. Das ist die Wahrheit. Und weil Sie wissen, meine Damen und Herren von der SPD, daß das die Wahrheit ist, versuchen Sie abzulenken. Ich habe

- (A) Ihnen das gestern abend schon gesagt, und es ist eine ganz wesentliche Strategie dieses Ablenkungsmanövers, den Bund, vor allem die Bundesregierung, zu beschimpfen und zu verteufeln. Dazu benutzen Sie völlig zu Unrecht dieses komplizierte Feld des Länderfinanzausgleichs.

Herr Bürgermeister, aber zunächst einmal eine Vorbemerkung zur Bundesverteufelung! Im Bund haben wir eine Arbeitslosigkeit von 8,7 Prozent zur Zeit, Schleswig-Holstein, auch im Wahlkampf, hat eine Arbeitslosigkeit von 9,7 Prozent, unsere letzte Arbeitslosigkeit im Landesdurchschnitt liegt bei 16 Prozent, in Bremerhaven bei 17 Prozent. Stellen Sie sich bitte einmal vor, es würde hier eine politische Perspektive glaubhaft vermittelt, die die Möglichkeit eröffnete, sich an diesen Bundesdurchschnitt oder meinetwegen den Landesdurchschnitt in Schleswig-Holstein heranzubewegen! Was würde das denn bedeuten? Wir würden mehr als 20 000 Arbeitslose verlieren, wir haben im Augenblick 42 500. Wir würden anstatt 2,3 Millionen DM Zinsen am Tag vielleicht nur noch 700 000 DM an Zinsen bezahlen.

(Bürgermeister *W e d e m e i e r*: Das ist doch Unsinn!)

Das wäre immer noch genug, aber Sie würden wochenlang die Glocken läuten lassen, im Quadrat springen und Feste über Feste feiern ob dieser großartigen Erfolge Ihrer Politik! Das ist aber die bereits erfolgte politische Leistung in der Bundesrepublik, die ich Ihnen hier noch einmal vor Augen geführt habe.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Von daher bricht inhaltlich-politisch jede Bundesverteufelung in sich zusammen, es ist nichts anderes als das taktische Manöver, von der eigenen selbst angezitierten Misere abzulenken und etwas den Horizont zu vergolden und die Schuld ausschließlich bei der anderen Partei in Bonn zu suchen.

(Beifall bei der CDU)

Gestern abend habe ich über den Landesfinanzausgleich gesprochen. Das war Thema der Tagesordnung. Herr Bürgermeister, Sie waren nicht zugegen. Ich bedauere das. Sie haben jetzt wiederum falsche Informationen vermittelt, die gestern abend bereits behandelt und widerlegt worden sind. Sie benutzen die komplexen Verhandlungen des Länderfinanzausgleichs zur Angriffswaffe völlig zu Unrecht gegenüber der Bundesregierung. In Wirklichkeit hat sich folgendes abgespielt. Meine Damen und Herren von der SPD, ich werde es noch einmal kurz zusammenfassen.

(Abg. *B e c k m e y e r* [SPD]: Herr Klein, Sie lernen nicht dazu!)

Es hat sich im Bundesrat eine Koalition von fünf Ländern gebildet, und zwar weil Nordrhein-West-

falen, das von der SPD regiert wird, mitgespielt hat, und diese Koalition von fünf Ländern hat Bremen und Hamburg einige Vorteile eingeräumt in einer Größenordnung von 67 Millionen DM, und auf der Strecke geblieben sind zwei CDU-regierte Länder, nämlich Niedersachsen und Schleswig-Holstein, und das SPD-regierte Saarland. Diese Koalition, wo Sie punktuell mitgemacht haben, hat Ihnen eine Hafencost bescheinigt von 90 Millionen DM, Herr Bürgermeister, 90 Millionen DM, und Sie tun so, als müßte Ihnen die Bundesregierung mehr als das Doppelte zur Verfügung stellen.

Hier war die Bundesregierung nicht beteiligt, hier waren die Länder beteiligt, und Sie haben schließlich sogar mitgestimmt. Es ist einfach unredlich, hier so zu tun, als wenn die Bundesregierung es wäre, die Ihnen das Doppelte vorenthält. Die Länder enthalten es Ihnen vor.

(Bürgermeister *W e d e m e i e r*: Herr Klein, jetzt sagen Sie aber nicht die Unwahrheit!)

Im übrigen hat auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur gesagt, daß ausnahmsweise die Hafencosten anerkannt werden dürften, hat aber sich inhaltlich hinsichtlich der Höhe nicht geäußert.

(Glocke)

Ich habe gestern zitiert, daß bei dem noch wesentlichen Punkt der Einwohnerwertung das Bundesverfassungsgericht sogar ausdrücklich gesagt hat, daß bei einer Neubesinnung und einer neuen gutachtlichen Feststellung die Einwohnerwertung für Bremen auch abgesenkt werden könnte. Ich habe es hier zitiert, und damit ist auch widerlegt, daß Sie ein Urteil in der Hand haben, das Ihnen sozusagen eine Einwohnerwertung von 163 Prozent zugesprochen hat.

(D)

(Bürgermeister *W e d e m e i e r*: Ein Gutachten haben wir in der Hand!)

Ich habe gestern bewiesen, daß sieben Länder für die Einwohnerwertung von 135 gestimmt haben, und das ist etwas, was nicht der Bundesregierung zum Vorwurf gemacht werden kann.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(Abg. *K l e i n* [CDU]: Ich werde ganz schnell zum Schluß kommen!)

Die Redezeit ist schon lange überschritten, und Sie haben ja jetzt das wiederholt, was Sie gestern gesagt haben, Herr Klein!

(Zurufe — Bürgermeister *W e d e m e i e r*: Das ist immer noch nicht die Wahrheit, Herr Klein, was Sie da sagen!)

(A) Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, hier ist wieder etwas zum Finanzausgleich gesagt worden.

Präsident Dr. Klink: Wie lange brauchen Sie noch?

(Abg. **Klein** [CDU]: Ich brauche noch etwa drei Minuten!)

Ist das Haus einverstanden?

(Zuruf des Abg. **Fücks** [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns nicht streiten! Herr Abgeordneter Klein, Sie bekommen die drei Minuten, aber dann machen wir Schluß!

(Abg. **Fücks** [GRÜNE]: Nein, dann kommen wir!)

Abg. **Klein** (CDU): Sie haben dann erneut versucht, die Steuerreform zu verteufeln. Herr Bürgermeister, ich sage es Ihnen noch einmal, die Steuerreform wird vollzogen werden, und ich verstehe überhaupt nicht, wie Sie dazu kommen, daß der Wirtschaft 200 Millionen DM fehlen würden in Bremen.

(Bürgermeister **Wedemeier**: Bremen fehlen 200, habe ich gesagt!)

Sie haben von der privaten Wirtschaft gesprochen.

(Zuruf von der SPD: Nein! — Bürgermeister **Wedemeier**: Unsinn!)

Aber natürlich, ich habe es mir notiert!

Meine Damen und Herren, durch diese Steuerreform wird vor allen Dingen der gewerbliche Mittelstand einen großen investiven und innovativen Schub erleben. Es ist das beste Mittelstandsförderungsprogramm, das wir seit Bestehen der Bundesrepublik hatten.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau **Leinemann** [SPD]: Man muß das entschuldigen, Herr Klein ist nicht in Bremen zur Schule gegangen!)

Ich möchte einen Satz zur Universität sagen, Herr Bürgermeister. Sie haben ja gemeint, die Akzeptanz der Universität durch die Wirtschaft wäre gesichert. Ich halte das für eine maßlose Übertreibung. Selbst der Rektor Timm hat mir kürzlich gesagt, mit einem Drittel der Professoren könne er nichts anfangen, und das ist sicherlich nicht übertrieben nach dieser Universitätspolitik, die hier geführt worden ist. Ich habe hier das „Handelsblatt“ von diesem Jahr.

(Lachen bei der SPD — Bürgermeister **Wedemeier**: Das kommt jeden Tag heraus!)

Das ist ja immerhin eine maßgebliche überregionale Wirtschaftszeitung. Da steht die Universität Bremen in der Akzeptanz der Wirtschaft sage und schreibe an letzter, nämlich an dreiundvierzigster Stelle.

Ich will jetzt nicht mit Ihnen darüber rechten, ob das inhaltlich richtig ist oder nicht, aber es ist natürlich auch schon ein Tatbestand, wenn in einem so wichtigen Außenverhältnis, was von der Wirtschaft ja doch sehr ernst genommen wird, diese von Ihnen angeblich akzeptierte Universität an letzter, nämlich an dreiundvierzigster Stelle rangiert. Da haben Sie weiß Gott noch sehr viel zu tun, um sich hier im Meinungsbild nachhaltig zu verbessern.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Dunker** [SPD]: Jetzt macht er schon wieder mies!)

Zum Schluß zum Miesmachen! Da bin ich bei Herrn Kunick. Die Unterhaltung setzen wir noch fort, Herr Kunick, wie Sie hier locker und flockig versucht haben, hämisch zu sein und mit Häme abzulenken. Sie haben uns Miesmacherei unterstellt, weil wir einen argumentativen Wahlkampf führen und den Finger auf die Wunde legen. Das ist unser Wahlkampfstil im Gegensatz zu Ihrem Einlullungs- und Ablenkungsstil.

Wir haben einen guten Zeugen, daß das sachgerecht ist, nämlich Ihren Kollegen Schröder in Niedersachsen, Gerhard Schröder. Ich habe einen Wahlkampfaufruf von ihm hier, und ich werde abschließend ganz kurz einen Satz zitieren. Er wendet sich an seine Wähler wie folgt: „Eine persönliche Bitte habe ich noch: Wer unser Land voranbringen will,“ — damit meint er Niedersachsen — „der muß ehrlich sagen, was ist. Der muß auch die Finger in die Wunden legen. Wer das tut, der wird zunehmend als Miesmacher verleumdet. Bitte achten Sie auf diesen Vorgang! Und streiten Sie mit mir für unser demokratisches Recht und unsere Pflicht zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme! Es grüßt Sie Ihr Gerhard Schröder.“

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Meine Damen und Herren, die ehrliche Bestandsaufnahme machen wir und werden wir weiter machen.

(Abg. **Kunick** [SPD]: Wir schicken Ihnen einmal eine Rechenmaschine!)

Das quält Sie, und wir werden das so lange machen, bis hier ein grundlegende Änderung und Wandlung der Politik im Interesse Bremens erfolgt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (GRÜNE *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Wedemeier endete seine Rede mit dem Scherz, daß es den GRÜ-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) NEN bange um ihre Existenz würde, weil die SPD so schnell von Ihnen gelernt habe.

(Bürgermeister *W e d e m e i e r*: Das habe ich nicht gesagt!)

Wenn man die wirkliche Politik auseinandernimmt, dann fällt einem auf, daß es doch nicht reicht, die Rhetorik grün anzureichern und damit zu glauben, man hätte tatsächlich eine Politik geändert, die auf Umweltzerstörung hinausläuft und auf Wirtschaftswachstum, das die Lebensgrundlagen für uns und die nächste Generation vernichtet.

Das Paradeferd der Umweltpolitik der SPD ist das Programm Arbeit und Umwelt, mit einem stolzen Finanzetat von 500 Millionen DM ausgestattet.

(Frau Senator *L e m k e*: 518!)

518, sagt die Umweltsenatorin! Betrachtet man dieses Paradeferd etwas genauer, dann zeigt es sich, daß es sich eher um ein Trojanisches Pferd der Umweltzerstörung handelt als um ein Programm, das tatsächlich Arbeit und Umwelt miteinander verknüpft. Mehr als zwei Drittel dieses Programms bestehen aus gesetzlichen Pflichtaufgaben, die darüber hinaus noch halbherzig betrieben werden. Allein der Einbau der Rauchgaswäsche in die Müllverbrennungsanlage und das Programm Mischwasser '90 verschlingen mehr als 50 Prozent des gesamten Investitionsvolumens, und von beiden wissen wir, daß es eher ökologische Fehlhandlungen sind als tatsächlich ökologische Errungenschaften.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Programm finden sich solche ökologischen Goldstücke wie der Neubau des Fuhrparks der Müllabfuhr. Es finden sich darin Straßenbauprojekte, die das Geld verschlingen, das für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Bremen fehlt, zum Beispiel Beneckendorffallee oder die Straßenbahnprojekte im Bremer Osten. Auch diese finden sich im Programm Arbeit und Umwelt als umweltpolitische Großtaten verbucht.

(Abg. *D i t t b r e n n e r* [SPD]: Gut, daß Sie da nicht wohnen, Herr Fücks!)

Was wir darin aber nicht finden, meine Damen und Herren, das ist zum Beispiel ein Abfallwirtschaftskonzept, das diesen Namen verdienen würde, und da, Herr Meyer, ist ausnahmsweise die Umweltsenatorin unsere Kronzeugin, aus deren Haus ein Brief an Sie geschrieben wird mit der Bitte, doch gefälligst diesen hochtrabenden Begriff nicht zu gebrauchen für die provisorischen Überlegungen, die aus Ihrem Hause bisher zur Abfallpolitik angestellt worden sind.

Was wir auch nicht finden, ist ein Programm etwa für ökologische Stadterneuerung oder für eine Zurückdrängung des Autoverkehrs und der Flächen,

die für den Pkw-Verkehr in Bremen verbraucht werden. Davon ist genausowenig die Rede wie von inhaltlichen Zielvorstellungen, von Umwelttechnologieförderung, das ist ja im Rahmen des WAP sozusagen das ökologische Alibi. Der Öko-Fonds, auch ein Begriff, den wir von den GRÜNEN übernommen haben! Aber wenn man fragt, in welche Richtung sollen denn diese Umwelttechnologien weiter entwickelt werden, dann stößt man auf eine Leerstelle.

(C)

(Zuruf von Frau Senator *L e m k e*)

Sie sind gerade dabei, den Zug zu verpassen, der im Moment in Richtung neue Umwelttechnologien abfährt: Energieeinsparung, umweltfreundliche Energietechnik, Recycling-Technik, ökologische Werkstoffe, Emissionsschutz, Wasserreinhaltung und Wasserrückgewinnung, das sind die Techniken der Zukunft und die Arbeitsplätze der Zukunft, die Lebensgrundlagen nicht zerstören, sondern erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darauf müßte sich bremische Technologieförderung konzentrieren, statt nach dem Gießkannenprinzip technische Modernisierung zu betreiben und damit den Spätkapitalismus in Baden-Württemberg zu imitieren bloß mit viel weniger Ideen und viel weniger Geld, also viel weniger Erfolgsaussichten.

Wenn man überlegt, Flächenpolitik, da sagt Herr Wedemeier, der Dollarhafen sei der größte Jahrhundertunsinn. Wunderbar, eine Erkenntnis, die die GRÜNEN seit Jahr und Tag versuchen der Öffentlichkeit klarzumachen!

(D)

(Bürgermeister *W e d e m e i e r*: Wir auch!)

Aber wir würden uns natürlich wünschen, daß Ihr Engagement gegen Flächenversiegelung und gegen die Zerstörung von Naturreserven nicht nur für die anderen Küstenländer gilt, mit denen Bremen konkurriert, sondern auch für Bremen Maßstab von Regierungshandeln wäre.

Dann könnten Sie zum Beispiel nicht die Luneplate Daimler-Benz anbieten, damit dort eine Teststrecke betoniert wird mit öffentlichen Kosten von zumindest 300, eher 500 Millionen DM, damit am Ende 150 Arbeitsplätze dort entstehen und 50 Prozent der Teststrecke für militärische Fahrzeugversuche genutzt werden.

(Bürgermeister *W e d e m e i e r*: Unsinn!)

Wenn man das ernst nehmen würde, tatsächlich nach einer Synthese von Arbeit und Umwelt zu suchen, dann würde man im eigenen Land nicht eine solche Politik des Ausverkaufs von ökologischen Naturflächen betreiben.

Arbeitszeitverkürzung, sagt Herr Kunick. Wunderbar! Ohne Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung

(A) der Arbeit ist keine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit möglich. Gleichzeitig aber wieder ein Beispiel, genau wie Arbeit und Umwelt, für dieses Auseinanderfallen von richtigen Einsichten und konkretem Handeln! Wo praktiziert denn der Senat in seinem eigenen Handlungsbereich eine offensive Politik der Arbeitszeitverkürzung? Wo haben wir den Versuch, im öffentlichen Dienst in diese Richtung zu gehen und Personalkosten einzusparen und Neueinstellungen zu ermöglichen, statt des unseligen Einstellungsstopps, der ja doch nicht funktioniert, sondern durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse?

Die Sparpolitik des Senats! Wenn man Herrn Grobecker gestern gehört hat mit dem Zukunftsszenario, das er entworfen hat, dann kann man doch, Herr Kunick, nicht mehr zur CDU sagen, sie betriebe Schwarzmalerei. Das war die schwärzeste Prognose, die man sich überhaupt noch vorstellen kann, und da ist implizit gesagt worden, die Sparpolitik des Senats sei am Ende ihres Lateins. Trotz Einstellungsstopps haben wir nach den Zahlen von Herrn Grobecker seit 1983 einen Anstieg der Personalkosten um 16 Prozent. Das Einfrieren der sogenannten sonstigen konsumtiven Ausgaben hat die Schmerzgrenze schon überschritten. Kulturpolitik, Soziales und Jugend sind zu Sparschweinen der Haushaltspolitik geworden, die nur noch mit ABM-Geldern gefüttert werden und überleben können.

(B) Es gibt Beispiele: Kindergärten sind doch schon gefallen oder Stadtteilbibliotheken oder Jugendfreizeitheime. Wenn ich mir die Kulturpolitik ansehe, da gibt es im Moment noch nicht einmal eine Überlebensgarantie für die Shakespeare-Company, und man spielt damit, sozusagen eine neue kulturelle Attraktivität zu verlieren, weil nicht einmal mehr die Mittel aus diesem ausgebluteten Kulturerbe herausgewirtschaftet werden können. Da gibt es überhaupt keine Spielräume mehr bei der Einsparung konsumtiver Kosten.

Was den drastischen Rückgang von Investitionen angeht, so wissen wir alle, daß da auch kein Einsparungsspielraum mehr ist, weil das wirtschaftspolitisch kontraproduktiv ist und weil das auf Kosten notwendiger Zukunftsinvestitionen geht. Also, hier sind Sie am Ende des Lateins, aber die Wähler werden darüber im dunkeln gelassen, wie es nach dem 13. September weitergehen wird, wenn der finanzpolitische Offenbarungseid geleistet werden muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe leider wenig Zeit, ich erspare es mir zum Beispiel, auf Ihre Stadtentwicklungspolitik einzugehen, wo Sie alles konzentrieren auf ein Aufpolieren der Innenstadt und gleichzeitig solche Potentiale, solche Chancen wie das Wasserkraftwerk an der Weser und den Teerhof mutwillig aufgeben, weil Sie immer noch nicht begriffen haben, worin die Qualitäten Bremens als einer Stadt am Fluß liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Ich erinnere Sie noch einmal an eine wirklich dunkle Stunde in dieser Legislaturperiode, nämlich an die Auseinandersetzung über den Härtefonds für Nazi-Opfer, als die SPD-Fraktion nicht nur alle Anträge abgeschmettert hat, einen solchen Härtefonds auf Landesebene einzurichten, wie in Berlin oder in Hamburg jetzt beschlossen wurde, sondern Sie haben auch unsere Forderung nach einer Anhörung hier abgelehnt, meine Damen und Herren, nach einer Anhörung zu diesem Thema! Diese Anhörung hätte eine große Chance werden können, hier in der Stadt noch einmal eine öffentliche Auseinandersetzung zu führen mit einer Geschichte von Rassismus, von Fremdenfeindlichkeit. Das hätte sehr wohl eine Bedeutung gehabt im Kampf gegen die rechtsextremistischen Tendenzen, die heute in Bremen zur Bürgerschaftswahl wieder ihr Haupt erheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre nützlicher gewesen als alle papierenen Resolutionen gegen Neofaschismus, wenn wir eine solche Anhörung durchgeführt und damit eine offensive Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus anhand unserer Geschichte für diese Stadt geführt hätten. Aber das ist natürlich viel unbequemer und möglicherweise auch teurer gewesen als Allparteienerklärungen gegen Rechtsextremismus, die nichts kosten.

(D) Deshalb, denke ich, werden wir am 13. September wirklich vor einer Schlüsselwahl stehen, weil eines klar ist, es kann nicht so weitergemacht werden wie bisher. Es sind strategische Richtungsentscheidungen fällig, und die SPD wird sich entscheiden müssen, in welche Richtung sie geht, ob sie noch stärker in Anpassung an die Wende in Bonn ihr Überleben sichern will oder ob sie wirklich den Mut hat für einen ökologischen und sozialen Neubeginn, und dafür stehen auch die GRÜNEN ein, und an uns wird das dann nicht scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Unruhe)

Ich stelle fest, die Beratung ist geschlossen. Das gilt auch für Sie, Herr Stelljes!

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/1007 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und GRÜNE)

(A) Stimmenthaltungen?

(REP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Wir fahren in der Beratung der Tagesordnung fort.

**Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
(Einsetzung von Untersuchungsausschüssen)**

Antrag des nichtständigen Ausschusses „Änderung der Landesverfassung — Untersuchungsausschüsse“ vom 26. Mai 1987
(Drucksache 11/961)
3. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen — Einsetzung von Untersuchungsausschüssen — in ihren Sitzungen am 12. Mai und 24. Juni 1987 in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Wir kommen jetzt zur dritten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Ich bin von der Interfraktionellen Besprechung aufgefordert worden, ganz kurz etwas hierzu zu sagen. Meine Damen und Herren, die Änderung der Landesverfassung, die heute in dritter Lesung beschlossen werden soll, ist von erheblicher Bedeutung. Sie erfordert eigentlich eine ausführliche Debatte, zumal eine Debatte in der zweiten Lesung unterblieben ist. Lediglich aus Zeitgründen hat die Interfraktionelle Besprechung empfohlen, heute auf eine ausführliche Beratung zu verzichten. Auf folgendes möchte ich indessen hinweisen:

Im Bund und allen Bundesländern kann die Opposition die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen durchsetzen. Dafür reichen jeweils die Stimmen eines Fünftels oder eines Viertels der Abgeordneten. In Bremen schreibt dagegen die Verfassung vor, daß sich die Mehrheit der Abgeordneten für einen Untersuchungsausschuß aussprechen muß. Eine Anpassung der Verfassungslage an die der anderen Länder ist in Bremen besonders schwierig. Schließlich kann die Verfassung nur durch einstimmigen Beschluß der Bürgerschaft oder durch Volksentscheid geändert werden. An dem Einstimmigkeitserfordernis sind mehrere Vorstöße gescheitert, so auch die Verfassungsänderungen, die vor Jahren vom nichtständigen Ausschuß zur Überprüfung der Landesverfassung vorgeschlagen worden waren. Zu dessen Vorschlägen gehörte seinerzeit auch die Herabsetzung des Quorums zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen.

Die zwei Lesungen des heute vorliegenden Entwurfs endeten jeweils mit einem einstimmigen Votum der Bürgerschaft. Das läßt hoffen. Die Bürgerschaft wird, sollte sie auch in dritter Lesung den Entwurf einstimmig beschließen, unsere Verfassung an

eine parlamentarische Entwicklung anpassen, die in allen anderen Bundesländern anzutreffen ist. Hinter dem Mehrheitserfordernis steht die Vorstellung, nur das Parlament als Ganzes sei Kontrollorgan der Exekutive. Sicherlich hat das gesamte Parlament eine Kontrollfunktion. Sie wird aber auch in besonderem Maße von der Opposition wahrgenommen. Die Kontrolle des Parlaments wird effektiver, wenn eine Minderheit ebenfalls über den Einsatz eines Kontrollmittels bestimmen kann. Die Verfassungsänderung stärkt also die Oppositionsrechte. Das macht das entscheidende Gewicht dieser Verfassungsänderung aus.

Wortmeldungen liegen nicht vor. — Dann ist die Beratung geschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in dritter Lesung kommen, weise ich Sie noch einmal auf den Wortlaut von Artikel 125 Absätze 3 und 4 der Landesverfassung hin. Diese Bestimmungen lauten wie folgt:

„Ein Beschluß auf Abänderung der Verfassung kommt nur zustande, wenn die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft zustimmt und die so beschlossene Verfassungsänderung durch Volksentscheid angenommen ist. Der Volksentscheid ist nicht erforderlich, wenn die Verfassungsänderung von der Bürgerschaft einstimmig angenommen ist und die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft anwesend ist.“

Das ist die Verfassungslage.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen — Einsetzung von Untersuchungsausschüssen — in dritter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann stelle ich fest, die Bürgerschaft beschließt das Gesetz einstimmig in dritter Lesung.

(Starker Beifall)

Ich stelle außerdem fest, bei der Abstimmung war die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft anwesend.

Durch diesen einstimmigen Beschluß ist ein Volksentscheid entbehrlich geworden. Ich bedanke mich bei Ihnen!

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 68
vom 17. August 1987
(Drucksache 11/1005)**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

- (A) Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und REP)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Dann ist es so beschlossen.

Bericht des Petitionsausschusses über seine Tätigkeit während der 11. Wahlperiode vom 18. August 1987

(Drucksache 11/1006)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Petitionsausschusses Kenntnis.

Meine Damen und Herren, bevor wir die letzte ordentliche Landtagssitzung dieser 11. Wahlperiode beenden, lassen Sie mich noch ein Wort des Dankes sagen allen Kolleginnen und Kollegen, die für das neue Parlament nicht erneut kandidieren!

- (B) In der neuen Wahlperiode wird die Bremische Bürgerschaft auf eine Reihe bewährter Kolleginnen und Kollegen verzichten müssen, auch wenn wir sicher manche ausscheidende Kollegin oder manchen Kollegen in der Deputationsarbeit wiederfinden werden. Wir wissen schon heute, daß unabhängig vom Wahlausgang jeder vierte der heutigen Abgeordneten nicht der neuen Bürgerschaft angehören wird. Weitere mögliche personelle Veränderungen werden wir erst am Wahlabend erfahren. So soll die Verabschiedung aller ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen dann an anderer Stelle erfolgen. Heute nenne ich nur die Abgeordneten, die nicht wieder kandidieren. Alle aber, deren Namen auf einer Liste stehen, wo auch immer, bleiben hier ungenannt. Hier warten wir die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler ab.

Zu den ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen gehören zum Beispiel die Vizepräsidentin der Bürgerschaft und zwei weitere Vorstandsmitglieder, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, zwei ehemalige Mitglieder des Senats, unser Alterspräsident, der vor vier Jahren diese Wahlperiode eröffnet hatte, und unsere beiden dienstältesten Kolleginnen.

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Helene Knorr! Nach sieben Wahlperioden, nach Anna Stiegler, Gertrud Harms und Elly Ley hatte diese Bürgerschaft wieder eine Frau zur stellvertretenden Parlamentspräsidentin gewählt. Ich spreche sicher für alle Abgeordneten, wenn ich feststelle, daß Sie sich eines großen Respekts erfreuen konnten, der in allen Fraktionen zu spüren war. Wie zuvor in der Hafendeputation

und in der Finanzdeputation haben wir in Vorstand und Plenum erfahren dürfen, daß hinter Ihrer persönlichen Bescheidenheit ungemein viel Sachverstand, Urteilskraft und Zuverlässigkeit stecken. (C)

Wie zuvor die Mitglieder des Petitionsausschusses haben wir alle zu schätzen gewußt, wie unvoreingenommen Sie an Entscheidungsfragen herangehen, wie gut Sie allen Seiten zuhören können, wie energisch Sie dann Partei ergreifen und wie beharrlich Sie auf die Durchsetzung der Beschlüsse drängen. Im Mittelpunkt Ihres Handelns steht immer der einzelne Mensch. Dafür danken Ihnen die Abgeordneten ebenso wie die Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung, aber auch viele Mitbürger in unserem Lande, denen Sie im Laufe Ihrer parlamentarischen Tätigkeit in den vergangenen 16 Jahren geholfen haben. Ich danke Ihnen für die stets loyale Zusammenarbeit im Vorstand!

(Beifall)

Keineswegs in den Ruhestand geht der langjährige Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Sie, lieber Kollege Bernd Neumann, bleiben Abgeordneter, nun des Deutschen Bundestags. Durch Ihre bemerkenswerte Rhetorik in unzähligen Debatten durch Ihren nie verzagenden persönlichen Optimismus, durch blitzschnelles Reagieren in nicht immer leichten Situationen und durch Ihre Stehkraft haben Sie uns alle ebenfalls 16 Jahre lang beeindruckt. Es war und ist immer eine Lust, mit Ihnen zu streiten. Sie haben eine große Fraktion und deren Basis zu führen verstanden und sich gegenüber den Regierenden zu behaupten gewußt. Hier im Parlament haben Sie, wo das möglich war, die gemeinsame Zusammenarbeit gesucht. Wo dies aus Ihrer Sicht nicht ging, haben Sie das ebenso deutlich zum Ausdruck gebracht. (D)

Durch Kompromißbereitschaft und Verlässlichkeit haben Sie in den interfraktionellen Absprachen wesentlich zur Handlungsfähigkeit dieser Bürgerschaft beigetragen. Ihre zuweilen dramatische Eindringlichkeit, aber auch Ihre Freude, sich selbst und uns alle nicht immer tierisch ernst zu nehmen, kennzeichneten auch Ihre parlamentarische Arbeitsweise. Wir danken Ihnen für Ihre Kollegialität. Ich wünsche Ihnen, daß Sie in Bonn eine vergleichbare parlamentarische Blitzkarriere machen wie damals in Bremen, Sie fingen hier sofort als stellvertretender Fraktionsvorsitzender an und übernahmen schon nach zwei Jahren den Fraktionsvorsitz. Wir wünschen Ihnen alles Gute in Bonn!

(Beifall)

Mit Ihnen, lieber Kollege Moritz Thape, verliert dieses Parlament den letzten der einst so vielen Zeitzeugen, die wegen ihrer Überzeugungstreue im erklärten Gegensatz zu der menschenverachtenden Politik der Nazizeit standen. Sie selbst haben schon als junger Mann Gestapohaft und Studienverbot auf

(A) sich nehmen müssen. Vor 28 Jahren wurden Sie erstmals in die Bürgerschaft gewählt. Sie wurden dann bei jeder Wahl erneut als Volksvertreter bestätigt. Fünfmal und ohne Unterbrechung wählte die Bürgerschaft Sie in den Senat. Auch wenn Sie deshalb durch die Verfassung 20 Jahre gehindert waren, Ihr Abgeordnetenmandat auszuüben, haben Sie ja nahezu an allen Bürgerschaftssitzungen teilgenommen und auch viele Parlamentsdebatten durch knappe, sachbezogene Beiträge mitbestimmt.

Vielen Menschen sind Sie ein Vorbild geworden, was konsequentes Eintreten für eine streitbare parlamentarische Demokratie bedeutet und wie Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit auch in der Politik gelebt werden können. Als Abgeordneter, Senator und Bürgermeister sind Sie keiner Konfrontation aus dem Weg gegangen. Sie scheuten sich nie, persönlich unbequem zu sein und Wahrheiten offen auszusprechen. Dieser Freimut verdient ebenso Respekt und Anerkennung wie alles das, was Sie zur Gestaltung unseres Landes politisch beitragen konnten. Wir danken Ihnen und wünschen Ihnen alles Gute!

(Beifall)

(B) Als Alterspräsident haben Sie, lieber Kollege Hans-Hermann Sieling, vor vier Jahren daran erinnert, daß unsere demokratische Ordnung nicht davon lebt, daß alle einander mögen und sich gegenseitig des uneingeschränkten Wohlwollens versichern. Nein, so sagten Sie zu Recht, diese Ordnung lebt von der staatspolitischen Gleichwertigkeit all derer, die sich, gestützt auf den Wählerauftrag, als Mehrheit oder als Minderheit in diesem Parlament gemeinsam um das Wohl der Bevölkerung bemühen. Die gemeinsame Verantwortung für unser Land obliegt allen, ganz gleich, ob sie aus Partei oder Fraktion heraus die Regierung stellen oder ob sie sich immer wieder darauf vorbereiten, das nächste Mal die Regierung zu übernehmen.

Verehrter Herr Sieling, Sie haben in der Bürgerschaft 24 Jahre lang Ihre Aufgaben engagiert wahrgenommen in vielen Deputationen und Ausschüssen und hier im Plenum und vor allem auch als langjähriger Vorsitzender Ihrer Fraktion und als Bildungspolitiker und als Mitgestalter unserer öffentlichen Finanzen. Sie haben mit politischen Freunden und mit politischen Gegnern in fachlich fairer Weise die Klängen gekreuzt. Wir bezeugen unseren Respekt vor Ihrer parlamentarischen Leistung!

(Beifall)

Verabschieden müssen wir uns heute auch von unseren beiden dienstältesten Kolleginnen. Aufgrund ihres Lebensalters hätten beide Damen sicher noch länger bei uns bleiben können. Aber es ehrt beide, daß sie von sich aus gehen jetzt die Plätze räumen, um noch jüngeren Frauen die Chance zur politischen Bewährung zu geben.

Sie, liebe Kollegin Marianne Hänecke, gehören ebenfalls seit 1963 unserem Parlament an. Ich weiß,

Sie haben es nie bereut, daß Sie vor langer Zeit dem Rat von Wilhelm Kaisen folgten, die Frauen müßten ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und die Politik aktiv mitgestalten. Sie wählten allerdings eine andere politische Heimat, als sich das wohl Ihr Borgfelder Nachbar gedacht hatte. So haben wir Sie 24 Jahre lang erleben dürfen als kritische Politikerin, die in vielen Debattenschlachten wacker ihren Mann stand.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Ihre Frau!)

Ihre Frau stand!

(Beifall)

Ihre bohrenden Fragen und Ihr unerschütterliches Beharrungsvermögen, im unverwechselbaren Tonfall mit Fleiß und Sachverstand um die bestmögliche Lösung zu streiten, gaben unserer bremischen Gesundheitspolitik immer wieder wichtige Impulse. Dafür dankt Ihnen heute die gesamte Bürgerschaft!

(Beifall)

Auch Ihnen, liebe Kollegin Ursula Kaltenstein aus Bremerhaven, hat unser Land zu danken. Sie suchten weniger das öffentliche Streitgespräch am Rednerpult, erfreuten sich jedoch großer Anerkennung als Bildungsexpertin sowohl in Ihrer Fraktion als auch bei Verwaltungen und Verbänden und in diesem Haus. Ihr Schwerpunkt lag besonders auf der für unsere Bürgerinnen und Bürger so wichtigen Kleinarbeit und Vorbereitung in den Ausschüssen und Deputationen.

Wie Sie dieser politischen Kärnerarbeit Ihre ganze Kraft gewidmet haben, dabei stets bemüht waren, auch sozial dem Auftrag der Bürgernähe gerecht zu bleiben, wissen wir vor allem aus Ihrem langjährigen Wirken im Petitionsausschuß. Als Abgeordnete sind Sie 20 Jahre lang viele Tage in jeder Woche zwischen beiden Städten hin- und hergependelt, ein zusätzlicher Zeitaufwand, den alle Abgeordneten aus Bremerhaven zu erbringen haben. Auch Ihnen persönlich wünschen wir weiterhin alles Gute!

(Beifall)

Bevor ich nun die Liste der ausscheidenden Abgeordneten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Bürgerschaft fortsetze, lassen Sie mich einen „Nachbarn“ nennen, der in dieses Zeitschema nicht paßt und der sich ja auch selbst immer gegen jedes Schubladendenken zur Wehr gesetzt hat! Lieber Kollege Stefan Seifriz, bevor Sie erst ab 1979 Ihr Mandat als Bürgerschaftsabgeordneter ausüben konnten, hatten Sie bereits viele Jahre ein öffentliches Mandat an anderer Stelle wahrnehmen können. Schon 1961 waren Sie in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Sie haben sich als Verkehrspolitiker bundesweit großen Respekt erworben und waren auch lange Jahre Vorsitzender des Verkehrsausschusses.

(A) Der Bundestag entsandte Sie zusätzlich noch in das Europäische Parlament. 1970 wurden Sie dann von der Bürgerschaft in den Senat gewählt und mit der Leitung des Bauressorts betraut. Auch wenn Ihre parlamentarische Tätigkeit nun beendet sein soll, bleiben politische Bildung und kulturelle Entfaltung in einer menschlichen Umwelt Ziele, für die es sich als Bürger und Journalist weiter zu streiten lohnt. Wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft!

(Beifall)

Vier weitere Abgeordnete, die heute zum letzten Mal an einer Landtagssitzung teilgenommen haben, hatten ihre parlamentarische Tätigkeit vor 20 Jahren aufgenommen, kurz nachdem das Haus der Bürgerschaft fertiggestellt worden war. Unser Kollege Fritz Pötting gehört dazu. Er ist seit vielen Jahren kompetenter Sprecher der Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug. Zugleich hat er die besondere Aufgabe wahrgenommen, im Bürgerschaftsvorstand beredter Anwalt aller 20 Bremerhavener Abgeordneten zu sein. Sein kluger kollegialer Rat basiert auf dem ausgesprochenen Gespür dafür, was man den Abgeordneten, den Fraktionen und auch der Öffentlichkeit abverlangen darf und zumuten muß.

Unser Kollege Paul Jackisch hat sich vor allem sportlichen Interessen gewidmet und gewann durch seine unkomplizierte Art Freunde in allen Fraktionen. Leider kann er heute nicht hier sein. Wir grüßen ihn im Krankenhaus mit den besten Genesungswünschen! Ich habe ihm heute Blumen geschickt.

(B)

(Beifall)

Unser Kollege Ewald Launspach hat sich in Petitionsfragen wie im Verkehrswesen gleichermaßen bewährt und blieb auch nach seinem Berufswechsel der große Taxiexperte in diesem Hause. Vielen Dank, Ewald!

(Beifall)

Last, not least nenne ich unseren Kollegen Heinrich Schumacher, der das Plattdütsch bei uns zur Parlamentssprache gemacht hat. Der hintergründige Humor des von der Landwirtschaft durch und durch geprägten Abgeordneten wird uns fehlen. So segg ik di, heff en beten Nasicht mit en Minschen ut Oberschlesien, dat de nu nich länger över jo snacken deit un kort un slank blot seggen draff: Besten Dank för disse twintig Joahr!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe lange geübt.

(Stürmische Heiterkeit)

Es tut mir leid, daß es nicht besser geklappt hat!

Ebenfalls 20 Jahre, wenn auch mit vierjähriger Unterbrechung, gehörte zu uns ein Kollege, der den Hafen aus der täglichen Praxis aus dem Effeff kennt. Auch Ihnen, lieber Walter Groß, besten Dank und alles Gute!

(C)

(Beifall)

Wir danken für geleistete Arbeit in den vergangenen 16 Jahren, also seit 1971, unserem heutigen Vorstandskollegen Hans-Martin Sixt, der zuvor Sprecher der Baudeputation war. Seine bescheidene, zuverlässige und ehrliche Art hat ihm viele Freunde im ganzen Haus gesichert.

Gleicher Dank gebührt unserer Kollegin Marlis Stuchlik, die engagiert vor allem in der Deputation für Soziales arbeitete und dabei niemals ihre gewerkschaftliche Verbundenheit verleugnet hat.

Wir danken ebenfalls für 16 Jahre Parlamentsarbeit dem in Bau- und Petitionsfragen versierten Abgeordneten Wilhelm Brasse.

Wir danken ebenso den Kollegen Arno Weinkauff und Walter Kallweit, die in der Wahlperiode 1975 bis 1979 zu uns gekommen sind.

Beide Abgeordnete gaben durch ihre hartnäckigen Fragen und durch ihr unbeirrbares Auftreten Anlaß zu lebhaften Debatten. Auch diesen beiden Abgeordneten merkte man an, wie stark ihr Denken und Handeln von gewerkschaftlicher Arbeit geprägt sind.

(D)

Unser öffentlicher Dank gilt des weiteren drei Kollegen für acht Parlamentsjahre. Der Abgeordnete Claus-Dieter Dunker hat dabei der Deputation für Kunst und Wissenschaft sogar zwölf Jahre angehört und wurde als Innendeputierter auch in die Parlamentarische Kontrollkommission gewählt. Ihre erste Rede hier in der Bürgerschaft bleibt mir persönlich unvergessen. Sie hat mich offenbar sehr beeindruckt, denn ich habe damals versäumt, sie als Erstrede auszuweisen. Ich bitte heute noch um Nachsicht!

Auch der Abgeordnete Wolfgang Kietzer blickt auf eine zwölfjährige Deputationserfahrung zurück. Der Jugenddeputierte war zusätzlich dann seit 1982 auch noch Mitglied der Sportdeputation, war immer zur Stelle, wenn es um den Bremer Westen ging.

Der Abgeordnete Udo Wille hat in den vergangenen acht Jahren vehement die nordbremischen Interessen in der Hafendeputation und dann auch im Umweltschutz vertreten. Daß er von Bremen-Nord als Marathonläufer zu unseren Sitzungen kam, ist ein Gerücht. Wahr hingegen ist die schmerzliche Tatsache, daß er sich beim aktiven Fußball im FC Parlament das Schlüsselbein einmal gebrochen hat.

(Abg. Wille [SPD]: Zweimal!)

Mehrfach sogar!

Schließlich danken wir für die Zusammenarbeit in dieser Wahlperiode der Kollegin Christa Bern-

(A) bacher, die in unser Haus nicht nur ihre gewichtige Stimme einbrachte, sondern gern jeden Streit annahm, aber auch die ausgestreckte Hand der Versöhnung.

(Beifall)

Ebenso danken wir den Kollegen Dieter Mahlert, Dr. Friedemann Osmer, Walter Pachernik und Uwe Helmke. Sie haben hier im Parlament Erfahrung gesammelt, die Sie sicher auch künftig in Ihrem weiteren politischen Engagement bestärken wird.

Damit ist die lange Liste ausscheidender Abgeordneter vorläufig abgeschlossen. Es tut mir leid, daß ich hier nicht ausführlicher auf Person und Tätigkeit der ausscheidenden Abgeordneten eingehen konnte und ihrer Arbeit mit meinen kurzen Ausführungen nur wenig gerecht werden konnte.

Eine ausführlichere Würdigung dieser Kolleginnen und Kollegen und auch jener, die erst am Wahlabend von ihrem Ausscheiden aus der Bürgerschaft erfahren, wollen wir wie angekündigt zu einem späteren Zeitpunkt in einem anderen Rahmen vornehmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

(B) Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht am Ende. Ich gebe jetzt das Wort dem Abgeordneten Neumann.

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe zu, man wird ein bißchen sentimental, wenn man hier über hundertmal oder mehrere hundertmal geredet hat und jetzt verabschiedet wird. Ich habe wie immer ein schlechtes Gewissen, weil ich mich selten an die Redezeit gehalten habe. Ich weiß, wie viele ihren Mittagstisch haben und schon ganz ungeduldig sind, aber ich habe die Redezeiten meistens überzogen, und das tue ich auch jetzt.

Ich bin dem Präsidenten dankbar, daß die Möglichkeit gegeben wird, noch etwas zu sagen. Wobei ich sagen muß, wenn ich wehmütig bin, bin ich das deshalb, weil mich mit diesem Hause viel verbindet. Hier habe ich einen beträchtlichen Teil meines Berufs- und Lebensabschnittes verbracht. Obwohl ich zu der Entscheidung, mich einmal zu verändern, stehe, weil sie notwendig war, ist aber trotzdem, ich kann es nicht leugnen, ein bißchen Wehmut dabei.

Ich habe noch einmal nachgesehen, wie das war, als man anfang. Meine erste Rede habe ich zur Zusammenlegung der verschiedenen Deputationen im Bildungsbereich gehalten. Und in der nächsten Rede 1971 ging es dann um den Haushalt, dazu habe ich auch meinen Beitrag nachgesehen, da tauchten schon Kollegen auf wie Kunick, Fluß, Stichweh, Wedemeier. Das war so in etwa derselbe politische Jahrgang. Sie, meine Herren, kamen von den Jusos, und die anderen Kollegen, von der Schulenburg,

(C) Metz, Erfurth und ich, kamen aus der Jungen Union. Als ich neulich noch einmal die Bilder gesehen habe, auch von Herrn Wedemeier und von mir,

(Heiterkeit)

die gingen bis hier hin! Liebe Kollegen aus der CDU-Fraktion, die damals dabei waren, ich bewundere Sie, daß Sie mich damals mit diesen Haaren zum Fraktionsvorsitzenden gewählt haben.

(Stürmische Heiterkeit)

Ich habe es nachgelesen, da können Sie sehen, wie sich die Jusos und die Junge Union gerieben haben. Herr Kollege Kunick stellte mir die Zwischenfrage, damals 1971: „Herr Kollege Neumann, können Sie mir bitte erklären, wie die öffentlichen Investitionen für die Allgemeinheit anders finanziert werden können als durch die Allgemeinheit?“ Darauf hatte ich gesagt: „Wenn ich Jungsozialist wäre, hätte ich eine ganz einfache Antwort, Sie sind ja einer, Herr Kunick, wie ich weiß, dann würde ich nämlich antworten, die Allgemeinheit kann das nicht tragen, die Kapitalisten müssen das bezahlen.“ So einfach war das damals.

(Stürmische Heiterkeit)

(D) Meine Damen und Herren, in diesen zurückliegenden Jahren gab es viel Ärger, Aufregung und Spaß. Ich erinnere mich noch an eine Begebenheit, die spielte sich im alten CDU-Büro ab. Damals war es noch häufiger üblich, daß wir nach den Debatten ein Bier trinken gingen. Da standen wir auch einmal nach einer heißen Debatte vor der Tür, einige Kollegen von mir, und ich weiß noch, Sie waren dabei, Kollege Konrad Kunick, und der Walter Franke als Bürgermeister. Wir waren irgendwie schon ganz guter Stimmung, ich weiß nicht, woher das kam,

(Abg. **Kunick** [SPD]: Ich weiß das noch, wir haben schon vorher einen genommen!)

ich lud Sie als gastlicher Mensch in unser Büro ein, und da ging es dann auch munter weiter.

Es klingelte dann irgendwo, da sagte ich einem anderen Kollegen: „Geh doch einmal öffnen!“ „Ja, wo ist denn der Knopf?“ Ich sagte, „unten rechts.“ Aber das war die Alarmanlage.

(Heiterkeit)

Der wußte das nicht und drückte die Alarmanlage. Es wurde mir dann berichtet, hier über den Marktplatz schossen die Funkstreifenwagen zu unserem Büro. Die Polizisten stürmten hoch und sahen in trauter Eintracht den Bürgermeister Franke, Konrad Kunick, es war noch ein Genosse dabei, meine Person, der ich immer so ein bißchen zum Singen neigte, in trauter Runde zusammen. Die wußten gar nicht, wie ihnen geschah.

- (A) Meine Damen und Herren, ich sage dies deshalb, weil solche Begebenheiten wichtig sind. Sie prägen auch die Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang bedaure ich ehrlich, daß wir keine Deputationsreisen mehr machen,

(Beifall)

nicht weil man so gern irgendwo hinfahren will, das kann jeder selbst! Aber weil sich aus diesem Miteinander außerhalb dieses Raumes für die Zusammenarbeit, für dieses Gemeinwesen ungeheure Vorteile ergeben!

(Beifall)

Ich möchte noch etwas sagen zur Opposition. Meine Damen und Herren, ich war 14 Jahre sogenannter Oppositionsführer. Mir hat das immer Spaß gemacht, aber ich kann Ihnen sagen, das ist eine harte Sache. Das ist eine harte Sache, weil Sie vor großen Schwierigkeiten stehen. Sie haben das vorhin in der Debatte bemerkt. Natürlich ist es doch auch unsere und meine Aufgabe, bei den kritischen Bereichen den Finger in die Wunde zu legen. Das ist nie sehr publikumswirksam, denn die Leute wollen das nicht. Opposition ist im Grunde eine undankbare Aufgabe. Ich muß sagen, vieles war ja nicht falsch, oder alles war ja nicht falsch, was ich im Laufe meiner Jahre hier gesagt habe, und manches ist eingetroffen, und vieles wird übernommen, und dann tut das immer ein bißchen weh, ich sage dies, wenn man nicht die Möglichkeit hat, auch mitzugestalten.

(B)

Ein Argument, weil es vorhin auch kam, halte ich für nicht stichhaltig. Meine Damen und Herren, denken Sie von der SPD auch an die Kollegen der SPD, wo diese in der Minderheit sind! Die Frage, ob etwas richtig ist oder falsch, ist in der Regel nicht allein zu erklären durch die Wahlergebnisse. Wie könnten Sie sonst mit Ihrem Engagement in verschiedenen Bereichen der Friedenspolitik tätig sein! Davon sind Sie überzeugt, und trotzdem hatten Sie bei der Bundestagswahl nicht dementsprechende Ergebnisse. Und das ist hier in Bremen genauso. Ein Wahlergebnis hat die unterschiedlichsten Erklärungen, und es hat nicht immer der recht, der die Mehrheit hat, nur läßt es sich leichter damit leben, obwohl, nehmen Sie mir das nicht übel, ich finde, hin und wieder tut ein Wechsel gut, selbst wenn ich diesmal nicht unmittelbar hier von ihm betroffen wäre.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch ein Vorletztes an dieses Parlament sagen: Ich möchte die Empfehlung geben, darauf acht zu geben, daß wir uns nicht zunehmend mit Themen beschäftigen — das ist nicht die Arroganz eines neuen Bundestagsabgeordneten —, die nicht unmittelbar diesen Bereich betreffen, so wichtig sie sind, sondern ich möchte Ihnen vorschlagen, so sehe ich das Selbstverständnis dieses Parlaments, daß man sich hauptsächlich die Köpfe heißredet über die Dinge, die den Bürger unmittelbar vor Ort in Bremerhaven und Bremen angehen. Insofern sollte man auch noch einmal über die

Stadtbürgerschaft nachdenken, sie ist so ein bißchen denaturiert als Anhängsel. Na ja, was wir nicht unbedingt im Landtag erledigen können, machen wir in der Stadtbürgerschaft, obwohl das ja ein Kommunalparlament ist, welches häufig über Probleme entscheidet, die die Bürger viel mehr betreffen als die große Politik.

(C)

Ja, ich möchte abschließend mich bedanken beim Präsidenten Klink. Herr Präsident, Sie waren zwar nicht immer großzügig zu mir, aber meistens. Damals, als ich anfang, konnte ich mir weniger herausnehmen. Ich habe auch ein Protokoll darüber gefunden, als wir uns über die Räterepublik 1922 stritten. Es ging um Radikale im öffentlichen Dienst, das Thema ist ja ein bewährtes, und da sagte Herr Präsident Klink: „Herr Abgeordneter Neumann, wir haben uns mit großem Langmut Ihre Ausführungen angehört.“ Das hätte er jetzt nicht mehr gesagt! „Nur, wenn Sie jetzt anfangen, Zitate aus Senatsprotokollen von 1919 zu zitieren, würde ich das als zu weitgehend ansehen.“

(Heiterkeit)

Herr Präsident, ich möchte Ihnen Dank sagen dafür, selbst wenn wir Sie hin und wieder nicht gewählt haben — das kommt ja vor — und manchmal Ihnen nicht alle Stimmen gegeben haben, um uns zu revanchieren, weil ein anderer Vizepräsident auch nicht alle bekam, das ist so im parlamentarischen Leben! Ich möchte Ihnen Dank sagen für die Fairneß, die Sie insgesamt, das sage ich jetzt nur für meine Person, mir haben zuteil werden lassen!

(D)

Ich möchte mich auch bedanken bei meinen eigenen Kollegen. Machen Sie sich da keine Sorgen, Herr Kollege Kunick, es ist ja rührselig, was Sie gesagt haben! Ich hinterlasse einen ordentlichen Laden, und da gibt es auch nicht das, was Sie sich vorstellen. Ich hatte es mir eigentlich gar nicht vorgenommen, dies zu sagen, aber ich entnehme das Ihrer christlichen Nächstenliebe, daß Sie sich Sorgen machen, daß es auch in der CDU ordentlich weitergeht. Es geht schon ordentlich weiter!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte mich bedanken bei Frau Hänecke, Hans-Hermann Sieling und Günter Klein, die in all den Jahren, weil sie „Oldtimer“ waren, schon vieles wußten, mir sehr geholfen haben, und von denen ich viel gelernt habe!

Aber ich möchte mich auch bei Ihnen bedanken, beim politischen Gegner, und im wesentlichen, weil ich mit den anderen noch nicht so lange zusammenarbeite, bei den sozialdemokratischen Kollegen! Ach je, was haben wir schon alles miterlebt, Attacken, Auszug aus dem Parlament, ich war an mehreren Mißtrauensanträgen beteiligt. Wenn es nach mir ginge, wären — nehmen Sie mir das nicht übel — viele von Ihnen gar nicht mehr im Amt.

(Heiterkeit)

(A) Meine Damen und Herren, ich habe auch viele — obwohl ich ruhiger geworden sein soll, wenn ich an meine ersten Jahre denke —, viele hart angegriffen. Nehmen Sie es so hin, es war auch so gemeint,

(Heiterkeit)

aber ich wollte nie verletzend sein! Vielleicht darf ich das sagen, ich habe den Eindruck, daß ich trotz dieser Attacken, die ja auch die Aufgabe meines Amtes sind, und trotz vieler Kontroversen einschließlich mehrerer Mißtrauensanträge, keine Feinde habe. Kollege Thape ist auch einer der Betroffenen im Laufe der Jahre gewesen, obwohl er jetzt für mich zu den Kollegen gehört, die ich sehr, sehr schätze.

Meine Damen und Herren, ich bitte, mir das alles nachzusehen! Ich möchte abschließend sagen: Bremen, das ist sicherlich mehr als SPD und CDU und GRÜNE. Bremen, so habe ich das immer aufgefaßt, ist ein schönes Gemeinwesen, ein Bundesland, für das es sich zu streiten lohnt. — Vielen Dank!

(Starker anhaltender Beifall)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Neumann!

Als nächster Herr Abgeordneter Thape, bitte!

(B) Abg. **Thape** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 1959 habe ich in diesem Parlament als Abgeordneter und als Senator die Politik der Freien Hansestadt mitbestimmt. Wie verabschiedet man sich nun nach 28 Jahren, wenn man daraus keine persönliche Show machen will, sondern — im gewissen Sinne unaufgefordert —, das gilt ja auch für Sie, Herr Neumann, im Namen der anderen sprechen möchte, die heute zum letzten, einige sicherlich nur zum vorläufig letzten Male, an einer Bürgerschaftssitzung aktiv teilnehmen?

Wir haben an Entscheidungen mitgewirkt, die zum Teil weit über den Tag hinaus wirken, die zum Teil aber auch, trotz hitziger Debatten und heftiger Vorwürfe, längst vergessen sind. Es ist eben nichts älter als die Zeitung von gestern und nichts vergänglicher und unwichtiger als die Fensterrede vom letzten Mal.

Ich verzichte, wenn auch ungern, auf eine unvorbereitete Plauderei, man verliert zu leicht den Faden, und das ausgerechnet zehn Tage vor der Wahl, das möchte ich Ihnen nun doch nicht zumuten. Ich möchte Sie ausdrücklich ausnehmen, Sie haben das ganz phantastisch gemacht, Herr Neumann, und da ich nicht so gut aus dem Stegreif reden kann wie Sie, bin ich froh, daß ich mir das vorher aufgeschrieben habe.

Außerdem käme die Tagesordnung durcheinander, noch mehr, als wir das sowieso auf schon gewöhnt sind. Auch sind viele Journalisten auf spontane Parlamentsäußerungen nicht eingestellt.

(Heiterkeit und Beifall)

(C) Sie kritisieren zwar gern, wenn Politiker mit einem Manuskript an das Rednerpult treten, aber berichtet wird oft doch nur das, was vorher aufgeschrieben wurde. Nebensächliches kommt so noch unter die Leute, aber der parlamentarische Glanzpunkt, die Sternstunde einer Debatte, in der sogar spritziger Humor aufleuchtet und mitreißende Schlagfertigkeit, wird übergangen, weil die Pressebank gerade leer ist oder kraft höherer Einsicht entschieden wird, daß das Ganze nicht wichtig ist, weil es nicht ins Klischee paßt.

Der heutige Schlußtermin gegen 19 Uhr ist somit nicht in Gefahr. Ich habe diese festen Zeitfestlegungen allerdings nie richtig nachvollziehen können. Es gäbe auf Dauer, Herr Präsident, sicherlich keine unerledigten Tagesordnungspunkte mehr, wenn wir bis Mitternacht und länger beraten würden, denn erfahrungsgemäß verringert sich der Drang, die Redezeit in jedem Fall voll auszuschöpfen oder gar zu überschreiten, mit dem Näherrücken der Geisterstunde. In den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre haben wir das verschiedentlich so gemacht und, wenn ich mich richtig erinnere, auch mit gutem Erfolg. Im übrigen sollten Sie immer daran denken, daß wir zwar über das Reden hier entscheiden, über das Zuhören und das Nachlesen aber entscheiden andere!

Der Bundesrat hat eine phantastische Regelung. Da kann man Reden, die man halten möchte und nicht mehr halten will, weil sie zu langwierig sind, aber doch bedeutungsvoll und wichtig, einfach zu Protokoll geben. Das strafft die Sitzung und trägt erheblich zur Erleichterung bei.

(Heiterkeit)

(D) Wir sollten überlegen, ob wir das nicht in dem einen oder anderen Falle auch einführen könnten!

Die Freie Hansestadt Bremen mit ihren Städten Bremen und Bremerhaven entspricht längst dem Bild, das gerade in jüngerer Zeit von einer humanen Stadt entworfen wird: Lebensqualität, Freizeitangebot, Großstädte mit den Vorteilen zentraler Einrichtungen, trotzdem überschaubar, liebenswert und menschlich. Hier wird manches Problem mit einem Telefongespräch und nicht durch lange Aktengänge erledigt. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgeschlossen, gelegentlich konservativ im besten Sinne dieses Wortes, mit einem guten Schuß berechtigten Stolzes. Ich möchte den Bremern und ihren Abgeordneten zurufen: Laßt euch diese Freude und diesen Stolz auf eure Städte nicht wegreden und auch nicht wegfernsehsenden! Nur wer sich draußen gründlich umgesehen hat, kann ermessen, wie schön es ist, hier zu leben.

Es hat in diesen Jahrzehnten harte Auseinandersetzungen auch mit Abgeordneten gegeben, deren Parteien längst verschwunden sind, persönliche Attacken und Kontroversen, aber auch Stunden der Gemeinsamkeit. Mich hat die verschiedentlich gezeigte Fähigkeit der Bürgerschaft am stärksten be-

(A) eindruckt, in Existenzfragen Bremens dann doch zusammenzuarbeiten. Überschaubarkeit, laufende und, wenn man so will, durch die Verfassung vorgeschriebene Kontakte zwischen Legislative und Exekutive in den Deputationen, die Möglichkeit, direkt einzugreifen, sind Markenzeichen, die anderen Parlamenten schon wegen der räumlichen Ausdehnung der Länder fehlen.

Vor längerer Zeit ist darüber diskutiert worden, ob man die Deputationen nicht doch durch Ausschüsse ersetzen soll. Also, ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, für den Senat, für die Landesregierung ist das phantastisch. Man kann Entscheidungen vorbereiten, man wird nicht gestört durch die Parlamentarier, es wird dann erst darüber diskutiert, wenn man im Parlament ist oder in seiner Fraktion, man kann also das Gebäude schon fertigstellen, bevor andere dazwischenreden. Als Abgeordneter möchte ich Ihnen dringend raten, es bei den Deputationen zu belassen!

(Beifall)

Sie haben sonst nirgendwo die Möglichkeit, so früh und so effektiv einzugreifen, wie über diese Einrichtungen.

Als einziges, für mich aber besonderes Beispiel gemeinsamen Handelns nenne ich trotz der Finanzkontroversen, die sich gestern und heute wieder ergeben haben, die aber durch Ihren Beitrag, Herr Neumann, nun doch wieder etwas in einem versöhnlichen Licht erscheinen — und meine Ausführungen sind deshalb, glaube ich, doch noch passend —, nenne ich nur das Zusammentreffen in der Bremischen Vertretung in Bonn im Juli 1985, als wir vor Richtern des Bundesverfassungsgerichts und den Vertretern aller Bundesländer in einem Symposium unsere Rechtsauffassung über die Bundesergänzungszuweisungen an Bremen und die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs vorgetragen haben.

Herr Neumann hat hier als Fraktionsvorsitzender der CDU ohne Einschränkung die Forderung der bremischen Landesregierung unterstützt und auch angesichts der Parteifreunde aus anderen Bundesländern, die darüber sicherlich etwas erstaunt waren, auf jede mögliche Kritik oder gar Polemik verzichtet. Das ist nicht selbstverständlich, aber, so glaube ich, bremische Eigenart, um die andere uns beneiden und die wir sorgfältig pflegen sollten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mit Filz, Kameraderie und Unter-den-Teppich-Kehren hat das überhaupt nichts zu tun. Es gibt genug Sachthemen, über die man sich öffentlich hart auseinandersetzen kann und sicherlich auch auseinandersetzen muß. Das tun wir ja auch, wie diese letzte Sitzung der Legislaturperiode gerade wieder bewiesen hat.

Einige Damen und Herren, die heute ausscheiden, gehören wie ich jener Generation an, die 1933 zu

jung war, um Hitler zu verhindern, die 1945 aber alt genug war, um die Suppe auszulöffeln, die andere eingebrockt hatten. Es gehört deshalb bei diesen Jahrgängen schon viel Langmut, ein gutes Gewissen und innere Ausgeglichenheit dazu, wenn sie gerade in diesen Monaten zunehmend von Jungpolitikern und Junghistorikern, die selbst nie erlebt haben, was es heißt, unter der Machtglocke einer Diktatur zu leben, in Sachen Entstehung des Nationalsozialismus und über wahre Demokratie belehrt werden sollen.

(Beifall)

Rechtlosigkeit, Polizeistaat und Terror sind uns bekannt, wir brauchen in dieser Sache keine Belehrung. Ich bin deshalb besonders empfindlich gegen alle Strömungen, die unter dem Vorwand der Weiterentwicklung der Demokratie das parlamentarische Mehrparteiensystem in Frage stellen. Widerstehen Sie allen Versuchen, das Parlament von außen unter Druck zu setzen und zu manipulieren! Wir haben auch hier eingeschleuste Besuchergruppen erlebt, die mit vorbereiteten Störungen eine Unterdrucksetzung des Parlaments versucht haben. Dem naiven Neuling mag das harmlos erscheinen, aber der Schritt vom heimlich begünstigten Krach hier im Plenarsaal bis zum Vorwurf der Quasselbude, die nichts Vernünftiges zustande bringt, ist kurz und gefährlich.

(Beifall)

Getroffen werden nicht nur einige, sondern alle demokratischen Parteien. Nationalsozialisten und Kommunisten haben mit dieser Methode den Fall der ersten deutschen Demokratie beschleunigt.

Selbstverständlich soll und kann das Parlament keine harmonische Veranstaltung sein, das ist es auch in den sogenannten klassischen Demokratien nie gewesen. Man soll Menschen, die sich zur politischen Gestaltung zusammenfinden, und die von ihnen geschaffenen Einrichtungen und Umgangsformen nicht idealisieren. Die parlamentarische Demokratie wird von Menschen gemacht und getragen mit ihren Idealen, ihren Fehlern, ihren Wünschen und ihren unterschiedlichen Erfahrungen. Aber es gibt keine bessere, humanere Regierungsform, weil sie auf Kontrolle, Öffentlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Machtteilung und jederzeitigen Regierungs- und Machtwechsel aufgebaut ist und auf der Achtung vor dem einzelnen.

Die Demokratie wird natürlich nicht gefährdet, wenn in einer Region eine Partei sehr lange an der Regierung ist, das möchte ich natürlich auch noch herausstellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, das, was ich zuletzt gesagt habe, klingt doch etwas stärker nach Belehrung, als ich das beabsichtigt habe, aber eigene Erfahrungen kurz zu strei-

(C)

(D)

(A) fen, daran zu erinnern, daß nicht erst heute, sondern gestern schon Verantwortung getragen und um den besseren Weg gestritten wurde, Sie zu bitten, bei aller politischen Leidenschaft und Debattierfreude die Gemeinsamkeit der Demokraten nicht zu vergessen, ist, wenn überhaupt, in einer Stunde wie dieser angebracht.

Ich wünsche den scheidenden Damen und Herren Abgeordneten und ihren Familien alles Gute! Vielen danken wir für eine gute Zusammenarbeit und ich besonders für eine stets freundliche Behandlung! Ich glaube, ich habe sie auch verdient.

(Beifall — Abg. K l e i n [CDU]: Das gilt aber nicht für alle Fälle!)

Politik bringt nicht nur harte Arbeit und Verzicht über das normale Maß hinaus, das muß man sehr deutlich sagen, ich füge allerdings in Klammern hinzu, keiner hat uns dazu gezwungen, wir tun diese

Arbeit freiwillig. Politik, das heißt politische Gestaltung, Teilhabe an der Regierung oder Kampf um andere Mehrheiten, bringt auch Erfüllung und Befriedigung, das wollen wir ehrlich zugeben. Und ich sage genauso ehrlich, nicht weniger befriedigend ist es, nach meiner Erfahrung, wenn man weiß, zum richtigen Zeitpunkt aufzuhören. (C)

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Kollege Thape! Meine Damen und Herren, damit haben wir jetzt das Ende unserer Tagesordnung erreicht.

Ich schlage Ihnen folgendes vor: Für die Stadtbürgerschaft ist Schlußpunkt 18 Uhr. Ich rufe die Stadtbürgerschaft ein zu 14.45 Uhr.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 13.51 Uhr)

(B)

(D)

